

5. Sitzung

am Mittwoch, dem 26. November 2003

Inhalt

Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung	75
Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	75
Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung	75
Eintritt des Abgeordneten Jens Görtz (SPD) in die Stadtbürgerschaft	75

Aktuelle Stunde

Angebot der LAG zur Übernahme kommunaler Kindertagesheime nicht ungeprüft ausschlagen

Abg. Bartels (CDU)	76
Abg. Pietrzok (SPD)	78
Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen)	80
Senatorin Röpke	82
Abg. Bartels (CDU)	84
Abg. Pietrzok (SPD)	84

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses 84

**Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Bremer Bau-
betrieb und Baudienstleistungen Bremen** 85

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport 85

Bebauungsplan 2308 mit Deckblatt

für eine Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten in Bremen-Oberneuland

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2003

(Drucksache 16/34 S)

	85
--	----

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5 vom 4. November 2003 (Drucksache 16/39 S)	85
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 11. November 2003 (Drucksache 16/45 S)	85
Gesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes und der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/40 S)	85
Vorhaben- und Erschließungsplan 25 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Quartierszentrums an der Straße Hinter den Ellern in Bremen-Hemelingen Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/41 S)	86
Bebauungsplan 1361 3. Änderung des Bebauungsplanes 2063 gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) für ein Teilgebiet in Bremen-Borgfeld zwischen Daniel-Jacobs-Allee (einschließlich), Am Unteren Feld (einschließlich), Hamfhofsweg, Borgfelder Allee und Am Borgfelder Saatland (einschließlich) Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/42 S)	86
Bebauungsplan 2202 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Findorff westlich Nelly-Sachs-Straße zwischen Annette-Kolb-Straße, Blumenweg und öffentlicher Parkanlage Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/43 S)	86
Bebauungsplan 360 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen - Buschdeel, - Reepschlägerstraße, - Hinrich-Dewers-Straße, - Wietingsgang, - Weser Mitteilung des Senats vom 11. November 2003 (Drucksache 16/44 S)	86

Wahl zweier Mitglieder der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen 87

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres 87

Fragestunde

1. Verringerung der Verkehrsmissionen durch die B 75

Anfrage der Abgeordneten Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 2. Oktober 2003 87

2. Doppelt vergebene Hausnummern im Holthorster Weg

Anfrage der Abgeordneten Bartels, Focke, Kastendiek und Fraktion der CDU
vom 14. Oktober 2003 88

3. Hanf-Flyer in Bremer Schulen

Anfrage der Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU
vom 28. Oktober 2003 89

4. Lärmschutzwand auf der Galopprennbahn in der Vahr für ein neues Hotel

Anfrage der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen vom 5. November 2003 91

5. Schließung der Grundschule Strom

Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Kastendiek und Fraktion der CDU
vom 5. November 2003 93

6. Buslinie 677

Anfrage der Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 6. November 2003 95

7. Baugemeinschaften

Anfrage der Abgeordneten Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 6. November 2003 96

8. Situationsbericht zum Anpassungskonzept

Anfrage der Abgeordneten Frau Ahrens, Bartels, Kastendiek und Fraktion der
CDU vom 13. November 2003 97

9. Billighotels für Drogenkonsumenten ohne Wohnung

Anfrage der Abgeordneten Frau Prinz, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 13. November 2003 100

10. Neues Wohngebiet in Strom

Anfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Hövelmann, Dr. Sieling,
Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 14. November 2003 101

11. Weserpark

Anfrage der Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD
vom 18. November 2003 103

Schwerpunkt der Flächenentwicklung auf Überseestadt legen - konkurrierende Flächenentwicklung stoppen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 23. September 2003
(Drucksache 16/27 S)

Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
vom 7. Oktober 2003
(Drucksache 16/33 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	105
Abg. Dr. Sieling (SPD)	106
Abg. Frau Winther (CDU)	108
Staatsrat Dr. Färber	110
Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	111
Abg. Dr. Sieling (SPD)	112
Abstimmung	112

Transparente Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit Gewerbeflächenentwicklungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. Oktober 2003
(Drucksache 16/37 S)

Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen)	113
Abg. Liess (SPD)	115
Abg. Frau Winther (CDU)	115
Abstimmung	116

Kaufhaus Bamberger für Medienbüros nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29. Oktober 2003
(Drucksache 16/38 S)

Preiswerten Büroraum für das Medienquartier ermitteln

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 25. November 2003
(Drucksache 16/48 S)

Abg. Frau Krusche (Bündnis 90/Die Grünen)	116
Abg. Strohmam (CDU)	118
Abg. Frau Busch (SPD)	118
Staatsrat Dr. Färber	120
Abstimmung	120

Wirtschaftliches Betreibermodell für Jugendfreizeitheime

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU
 vom 2. Oktober 2003
 (Drucksache 16/32 S)

Abg. Pietrzok (SPD) 121
 Abg. Bartels (CDU) 122
 Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen) 123
 Senatorin Röpke 124
 Abstimmung 125

Ortsgesetz über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer

Mitteilung des Senats vom 2. Oktober 2003
 (Drucksache 16/35 S)

Abg. Frau Wiedemeyer (SPD) 125
 Abg. Köhler (Bündnis 90/Die Grünen) 126
 Abg. Pflugradt (CDU) 127
 Staatsrat Lühr 127
 Abstimmung 128

Anhang zum Plenarprotokoll 129

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Frau Emigholz, Dr. Güldner, Frau Möbius, Dr. Schrörs, Frau Wangenheim.

Vizepräsident Ravens
Vizepräsidentin Dr. Trüpel

Präsident Weber

Schriftführerin Arnold-Cramer
Schriftführerin Hannken

Senator für Bildung und Wissenschaft **Lemke** (SPD)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales **Röpke** (SPD)

Senator für Bau, Umwelt und Verkehr **Eckhoff** (CDU)

Senator für Finanzen **Dr. Nußbaum**

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Lühr** (Senator für Finanzen)

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 11.58 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die fünfte Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und Vertreter der Presse.

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgenden Eingang bekannt:

Preiswerten Büroraum für das Medienquartier ermitteln, Dringlichkeitsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. November 2003, Drucksache 16/48 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrags herbeiführen.

Meine Damen und Herren, wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit dem Tagesordnungspunkt zwölf zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung

1. Elftes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadtgemeinde Bremen
Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
(Drucksache 16/46 S)
2. Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffen und Jugend-schöffen für die Geschäftsjahre 2005, 2006, 2007 und 2008
Mitteilung des Senats vom 18. November 2003
(Drucksache 16/47 S)

Diese Angelegenheiten kommen auf die Tagesordnung der Dezember-Sitzung.

II. Kleine Anfrage gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Altersstruktur von Lehrkräften und Konsequenzen für die nächsten Jahre
Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. September 2003
Dazu
Antwort des Senats vom 28. Oktober 2003
(Drucksache 16/36 S)

III. Eingabe gemäß § 70 der Geschäftsordnung

Offener Brief der Bürgerinitiative Stephaniviertel zum Planfeststellungsverfahren 2280 B6/B 75 - Knoten und Verbindungsstraße Hafen/Überseestadt, sowie Straßenbahnführung durch Faulenstraße oder Straße Am Wall.

Diese Eingabe kann bei der Verwaltung der Bürgerschaft eingesehen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Verbindung des Tagesordnungspunktes drei, Schwerpunkt der Flächenentwicklung auf Überseestadt legen - konkurrierende Flächenentwicklungen stoppen, mit dem Tagesordnungspunkt fünf, Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln, und des Tagesordnungspunktes 13 mit außerhalb der Tagesordnung, hierbei handelt es sich um die Petitionsberichte Nummer 5 und Nummer 6.

Hinsichtlich der Reihenfolge der Tagesordnung wurde nachträglich vereinbart, die Sitzung mit der Aktuellen Stunde zu beginnen, also jetzt, um 14.30 Uhr nach der Mittagspause die Fragestunde aufzurufen und im Anschluss daran die Tagesordnungspunkte drei in Verbindung mit fünf, so wie ich es gerade dargestellt habe, danach den Tagesordnungspunkt elf, Transparente Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit Gewerbeflächenentwicklungen, und den Tagesordnungspunkt zwölf, Kaufhaus Bamberger für Medienbüros nutzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer mit diesen interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Ihnen davon Kenntnis geben, dass mir der Landeswahlleiter mitgeteilt hat, dass Herr Jens Görtz mit Wirkung vom 24. Oktober wieder Mitglied der Stadtbürgerschaft ist.

Meine Damen und Herren, wir treten in die Tagesordnung ein.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Bartels, Karl Uwe Oppermann, Kastendiek und Fraktion der CDU folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Angebot der LAG zur Übernahme kommunaler Kindertagesheime nicht ungeprüft ausschlagen.

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Röpke.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalition hat verabredet, die städtischen Kindertageseinrichtungen organisatorisch zu verselbständigen. Die Senatorin für Jugend und Soziales plant derzeit, die kommunale Trägerschaft in einen Eigenbetrieb zu überführen und in diesem Zusammenhang die kommunale Trägerschaft beizubehalten.

Die Deputation für Soziales hat am 24. September 2003 einen Bericht entgegengenommen, in dem die Projektstruktur der organisatorischen Verselbständigung dargestellt wird. In dieser Sitzung erklärte Frau Senatorin Röpke auf unsere Nachfrage hin, man wolle in diesem Zusammenhang auch ein Angebot der Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände prüfen, wenn es denn vorliegt, inwieweit die Übernahme aller 75 Kindertageseinrichtungen sinnvoll und auch machbar ist.

In der vergangenen Woche nun, und das ist der aktuelle Bezug, erklärte Frau Senatorin Röpke, dass für sie die kommunale Trägerschaft der Tageseinrichtungen unverzichtbar sei, und geht damit einen Schritt zurück. Dies ist umso verwunderlicher, als bis heute seitens der LAG noch gar kein konkretes Angebot abgegeben wurde. Es steht immerhin seit vier Jahren eine Absichtserklärung im Raum. Spätestens seit 1999 fordern die Verbände der freien Wohlfahrtspflege die organisatorische Trennung der städtischen Kindertagesheime von der Kommune. Auch Bürgermeister Scherf hat sie dabei, wie man Zeitungsberichten entnehmen konnte, unterstützt.

Ich muss schon fragen, Frau Senatorin, wie man ein Angebot ablehnen kann, das man noch gar nicht konkret kennt, denn Gespräche, die in die Tiefe gingen und auch die qualitativen Rahmenbedingungen und finanziellen Eckpunkte, geschweige denn einen zeitlichen Horizont beleuchtet haben, fanden zwischen der Behörde und der LAG bisher nicht statt. Auch ist man in Ihrem Hause noch gar nicht in der Lage, sagen zu können, inwieweit ein Eigenbetrieb der Stadt niedrigere Betriebskosten verursacht als die bisherige Organisationsform.

Man muss bedenken, bei einem Eigenbetrieb hätten wir in der Stadt zwei Giganten als Anbieter, zum einen die Bremische Evangelische Kirche und zum anderen den Eigenbetrieb der Stadt. Für Verhandlungen von Zuwendungen und Rahmenbedingungen ist dann der Zuwendungsgeber in einer schwachen Verhandlungsposition. Vielmehr gäbe es einen Interessenkonflikt der Stadt Bremen, nämlich einerseits als Anbieter selbst und andererseits als oberste Behörde der Planung. Da drängt sich mir der Verdacht auf, dass ein Angebot hier nicht in die politische Landschaft passt.

Was ist aber nun, und die Frage muss auch in so einer Aktuellen Stunde gestellt werden, wenn das Angebot der LAG nicht nur in finanzieller Hinsicht, sondern eben und viel wichtiger in qualitativer Hinsicht besser ist als das, was man mit einem Eigenbetrieb erreichen kann? Ziel vor den aktuellen Gesellschafts- und auch Haushaltsentwicklungen muss es sein, gerade im Sozial- und Jugendbereich mit allen Verantwortlichen und Beteiligten im Bereich der Kindertagesbetreuung neue Zielvorstellungen zu entwickeln. Durch den Anstieg von Sozialfällen und den steigenden Bedarf an Kindertagesbetreuung und deren Flexibilisierung werden in den nächsten Jahren zusätzliche Ausgaben erforderlich sein.

Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir es nicht schaffen sollten, einen gedanklichen Schritt weg von der Versorgungskommune zu erreichen, wir die notwendigen Herausforderungen und Fortentwicklungen im Kinderbetreuungsbereich nicht meistern können. Meine Damen und Herren, wir müssen dazu kommen, dass die klassische Versorgungskommune zu einer modernen Gewährleistungskommune wird. Das bedeutet knapp formuliert: Jeder tut das, was er auch am besten kann. Bürger und Privatwirtschaft müssen als potentielle Aufgabenträger einbezogen und nicht abgewiesen werden. Nicht jede bisherige Verwaltungsaufgabe muss auch eine Aufgabe der Kommune bleiben.

In dem Zusammenhang verweise ich auf die gesetzlichen Bestimmungen. Die Paragraphen 79

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

und 80 SGB VIII übertragen die Planungsverantwortung der Stadt. Diese hat zum Beispiel die Bedarfsbestimmung sicherzustellen, bei ihrer Gesamtverantwortung geht es um Finanzplanung und Erfolgskontrolle. Staatlich neutrale Angebote schließt das SGB VIII aus, wenn freie und andere Anbieter Aufgaben übernehmen möchten.

Mit Genehmigung des Präsidenten darf ich in diesem Zusammenhang Professor Münder aus seinem Kommentar zum SGB VIII zitieren, da heißt es: „Bei der Ausfüllung der Gesamtverantwortung und Planungsverantwortung haben die öffentlichen Träger die Grundsätze der Pluralität und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den freien Trägern sowie das Wunsch- und Wahlrecht der Personensorgeberechtigten zu beachten.“ Hieran kommt auch die Sozialsenatorin nicht vorbei.

Wir wollen mittel- und langfristig das Sanierungsziel auch im Kinder- und Jugendbereich erreichen. Gefragt sind kluge und neue Wege, Kinderbetreuung zu organisieren, die sich auch unter Wettbewerbsbedingungen behaupten können. Wenn es so sein sollte, dass wir mit den freien Trägern in Bremen die Kinderbetreuung mit geringeren städtischen Zuschüssen bei der Beibehaltung der gleichen Qualitätsstandards und sozialverträglichen Elternbeiträgen organisieren können, dann wäre es doch nur politisch klug, diese Chance auch zu ergreifen. Es kann doch durchaus sein, dass ein Eigenbetrieb nicht die Möglichkeiten bietet, die Sie sich wünschen und erhoffen. Das Einwerben von Drittmitteln oder das Erwirtschaften von Eigenmitteln ist in einem staatlichen Eigenbetrieb nur bedingt vorstellbar. Die Umwandlung in einen Eigenbetrieb ist eben nur ein halber Schritt.

Es verwundert mich nicht, im Gegenteil, es bestärkt mich noch in meiner Meinung, wenn ich höre, dass die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft schon reflexartig die Absichtserklärung der LAG ablehnt. Dem Einfluss von Politik und der Wahrung der Interessen der Beschäftigten muss man natürlich entsprechen und Rechnung tragen. Aber man darf auch nicht die Ängste schüren, die Übernahme von Kindertagesstätten und damit Bildungseinrichtungen an freie Träger würde zur Ware auf dem freien Markt und ein Selektionsinstrument.

Die Tageseinrichtungen bei der LAG haben alle vergleichbare Qualitätsstandards. Hinsichtlich ihrer Qualität und Rahmenbedingungen haben wir das bremische Ausführungsgesetz. Die Stadt beziehungsweise die Politik schreibt darin die notwendigen Anforderungen vor, so dass auch unter inhaltlichen Voraussetzungen keine Befürchtungen einer minderen Qualität aufkommen können.

Ich habe große Sorge, dass die natürlich hohe politische Sensibilität dieses Themas mit einer Vielzahl von Partikularinteressen lange wirksame Reformen verhindert. Frau Senatorin, auch mit dem Personalrat muss man darüber in einen Diskurs eintreten können. Einfache Absageerklärungen sind hier nicht hilfreich.

Ich möchte auch noch einmal deutlich sagen, weil da eine gewisse Schiefelage in den unterschiedlichen Berichterstattungen aufgetreten ist: Die LAG und die ihr untergliederten Verbände betreiben seit Jahren mit hoher sachlicher und fachlicher Kompetenz Kindertageseinrichtungen in Bremen. Sie alle bringen die Erfahrungen mit, die benötigt werden, wenn man in Richtung von mehr Wettbewerb geht und mit größerem Kostenbewusstsein denkt. Die LAG ist auf diesem Feld ein hoch spezialisierter Anbieter.

Wir wollen unsere Kinder optimal auf die Schule vorbereiten, Lernschwächen und Defizite frühzeitig erkennen und minimieren. Hier haben die 29 Kindertagesheime, die von der LAG betrieben werden, bisher gute Betreuungsangebote vorgehalten. Aber ist es nicht auch im Interesse unserer Kinder und ihrer Eltern, zu einer breiten Angebotsstruktur in Bremen zu kommen? Wichtig ist doch, dass jeder Cent, den wir für die Kinderbetreuung ausgeben, auch direkt bei den Leistungsempfängern ankommt, nämlich den Kindern, und nicht in Overheadkosten verschwindet.

Die Behörde kann gerade nicht beantworten, wie hoch die Pro-Platz-Pauschale ist. Das ist schon in der Vorlage des Wibera-Gutachtens deutlich geworden. Da hat die Stadt ihre Daten auch nicht im Detail abliefern können. So ist die Frage: Muss man bei der Pro-Platz-Pauschale zu einem Bruchteil auch die Gehälter der Senatoren und des Staatsrats mit einberechnen? Nicht, dass ich ihnen Ihre Gehälter nicht gönne, verstehen Sie mich bitte nicht falsch, aber es ist die Frage!

Die LAG kann die Kosten ihrer Tageseinrichtungen schon jetzt sehr klar beziffern und hat jahrelange Kompetenz in der Führung ihrer GmbH. Kostentransparenz ist hier das Stichwort.

Richtig ist und bleibt, dass wir in Bremen keine Kindertagesheime brauchen, die billig sind, sondern Kindertagesheime, die gut sind. Innovation und Eigeninitiative sind aber eher im privaten Sektor verankert als in einer Amtsstruktur. Wir trauen den freien Trägern mehr zu.

Richtig ist auch, die Kommune muss die Grundversorgung der Kindertagesbetreuung gewährleisten. Dass sie sie aber selbst betreiben muss, ist nun wirklich nicht zwingend notwendig.

Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser zu erreichen, fordern wir ein Höchstmaß an Flexibilisierung der Öffnungszeiten in den Tageseinrichtungen unter weitestgehender Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Eltern. Dies erfordert auch flexible Arbeitszeitmodelle für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten. Ist dies nicht besser in freier Trägerschaft möglich? Kindertageseinrichtungen müssen sich auf dem Markt behaupten. Nicht zuletzt die Pisa-Studie, auch der demographische Wandel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Herausforderungen, die wir qualitätsorientiert - -

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen, kommen Sie bitte zum Schluss!

Abg. **Bartels** (CDU): Ich komme zum Ende, es tut mir sehr Leid! Meine Damen und Herren, es wird behauptet, freie Träger würden die Betriebskosten insbesondere dadurch senken, weil sie nicht qualifiziertes Personal zur Betreuung abstellen. Wir haben immer deutlich gesagt, dass es nicht das Ziel sein kann, die Kinder von pädagogisch unqualifizierten Kräften betreuen zu lassen. Natürlich kann bei einer GmbH der ehrenamtliche Einsatz auch durch Freiwilligenarbeit nicht die Leistung qualifizierter Erzieherinnen und Erzieher ersetzen, aber ergänzen und bereichern.

Frau Senatorin, treten Sie ernsthaft in Verhandlungen mit der LAG ein, und schlagen Sie so ein Angebot nicht ungeprüft aus! Wir wollen dem Wandel der Familie Rechnung tragen und werden uns als CDU-Fraktion auch zukünftig weiterhin für die Anliegen der freien Träger einsetzen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bartels, ich finde es wirklich kühn von Ihnen, dass wir nun ausgerechnet in diesem Monat zum Thema Kindergärten eine Aktuelle Stunde haben,

(Beifall bei der SPD)

kühn deswegen, weil genau mit den Konzepten, mit denen die CDU in Bremen für die Kindertagesbetreuung angetreten ist, nun in Hamburg gerade

ein FDP-Senator zurückgetreten ist, weil er grandiose Misserfolge organisiert hat.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere nur an das CDU-Konzept, mit dem Sie hier auch angetreten sind, mit der Kita-Card, wo Sie versucht haben, auch hier für Bremen ein VEB-Kombinat Kindergartenplatzvergabe zu organisieren, was wir nicht gewollt haben.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Reine Polemik!)

3800 Kinder haben keinen Kindergartenplatz bekommen, ein gigantisches Defizit, und der Senator ist weg. Aber gut, das war Ihre Entscheidung, allerdings ist es auch nötig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass wir mit der CDU sehr wohl auch im Bereich der Kindergartenpolitik substanzielle Fortschritte gemacht haben, die ich auch sehr begrüße. Ich erinnere nur daran, wie wir die Debatte im Hinblick auf den Bildungsansatz in der Kindertagesbetreuung weiterentwickelt haben, wie wir Sofortmaßnahmen aus Pisa heraus beschlossen haben und wie wir auch die Zweitkraft jetzt hier politisch durch die entsprechenden Beschlüsse herbeiführen wollen. Ich bin da also auch sehr optimistisch und bin der Auffassung, dass wir insgesamt für den Kindergartenbereich sehr, sehr behutsam vorgehen sollten.

Herr Bartels, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen: Für die SPD-Fraktion kann man keineswegs davon ausgehen, dass es im Hinblick auf die Übertragung von städtischen Aufgaben an freie Träger bei uns in irgendeiner Weise eine ideologische Debatte gibt. Wir haben nachher auf der Tagesordnung noch das Thema der Jugendfreizeitheime, da ist zum Beispiel auch für die SPD-Fraktion deutlich geworden, dass wir mit diesem Thema offensiv umgehen.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Hat ja lange gedauert!)

Wenn wir uns die Thematik im Hinblick auf die Drogenhilfe ansehen, die Diskussionen, die da ins Haus stehen, kann ich Ihnen auch jetzt schon versichern, dass wir auch mit diesem Thema offensiv umgehen und keineswegs im Voraus abschlagen werden, dass die freien Träger möglicherweise auch in diesem Fall angemessene Aufgabenübernahme gewährleisten können.

Allerdings, und das sage ich auch ganz deutlich: Wir sagen nicht wie Sie kategorisch, dass jede staatliche Aufgabe am besten an die Wohlfahrtsverbände übertragen werden muss. Das tun wir nicht, sondern wir sagen ganz deutlich, in jedem Einzelfall muss überprüft werden, ob das sinnvoll

ist, und das erste Kriterium ist dabei natürlich bei gewährleisteter Qualität, ob wirtschaftliche Effekte dadurch erzeugt werden, die positiv sind. Das ist der Unterschied zwischen der SPD-Fraktion und der CDU,

(Zuruf des Abg. Kastendiek [CDU])

denn Sie vertreten seit Jahren im Jugendhilfeausschuss die These, dass das einfach für sich stehend schon günstiger und sinnvoller sei, das an die freien Träger zu übertragen. Wir sagen da deutlich, das ist nicht richtig!

(Zuruf der Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen])

Wir wollen eine Überprüfung, und zwar wird so etwas bei uns nicht einfach, wenn die LAG eine Pressekonferenz macht, dann in diesem Fall überprüft, sondern diese Debatte wird doch kontinuierlich geführt, inwiefern man solche Angebote durch die Wohlfahrtsverbände billiger betreiben kann.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Ja, wollen Sie denn jetzt verhandeln?)

Herr Kastendiek, zu Ihren Zwischenrufen nur einmal einen Hinweis: Das Wibera-Gutachten sollten Sie sich vielleicht auch einmal zu Gemüte führen. Da stellt sich nämlich Folgendes heraus: Es gibt keine klaren Antworten im Hinblick auf die Frage, ob die Wohlfahrtsverbände billiger sind. Es gibt ein paar Hinweise darauf, dass die Wohlfahrtsverbände an einzelnen Punkten im Moment sogar teurer sind, was den Overheadbereich betrifft. Das heißt aber wiederum auch nicht, dass man kategorisch sagen kann, die Wohlfahrtsverbände sind teurer - kann man auch nicht sagen -, sondern man muss sagen, man muss sich das auch wirklich ganz detailliert ansehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Zuruf des Abg. Kastendiek [CDU])

Warten Sie doch einmal ab, bleiben Sie doch einmal geschmeidig, Herr Kastendiek! Sie bekommen Ihre Antwort gleich!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Der Hintergrund ist der, dass wir den Weg des Eigenbetriebs gegangen sind im Hinblick auf die Kindertagesbetreuung. Wir haben dieses System angedacht, und zwar aus einem Grund, der aus den Reihen der Wohlfahrtsverbände schon immer herbeizitiert worden ist, nämlich dem der präzisen Kostenvergleichbarkeit. Die Schwäche des Wibera-Gutachtens war, und das müssen Sie sich auch gefallen lassen, Frau Senatorin, dass die Ausga-

ben für die städtischen Einrichtungen nicht präzise genug gemacht wurden. Deswegen haben wir doch gesagt, wir gehen jetzt den Weg des Eigenbetriebs und versuchen dezidiert herauszuarbeiten, was der operative Teil der Kindertagesbetreuung tatsächlich in dem Bereich Stadt für Kosten fabriziert und was er für Kosten fabriziert bei den Wohlfahrtsverbänden. Dann ist eine Vergleichbarkeit da, die im Hinblick auf eine Wettbewerbssituation mit den freien Trägern auch einen Konkurrenzkampf auf gleicher Augenhöhe durchaus möglich machen würde, was die Kosten betrifft. Das bedeutet, wir erzeugen Kostenklarheit, auch durchaus Kostendruck, weil wir nur begrenzt Geld haben, und erwarten natürlich auch eine bestimmte Qualität dafür.

Dann möchte ich Ihnen noch einmal ganz deutlich sagen: Wenn wir uns die Kostenstrukturen bei den Wohlfahrtsverbänden und bei den städtischen Einrichtungen in dem operativen Teil ansehen, dann muss man doch feststellen, es gibt substantiell relativ wenig Spielräume, überhaupt Kosten einzusparen. Die Personalkosten sind relativ klar, denn wir haben es hier mit Bezahlungen analog des BAT zu tun, und ich kann Ihnen sagen, dass die Tarife eingehalten werden, auch bei der Übertragung an freie Träger, das ist für die SPD-Fraktion übrigens eine Selbstverständlichkeit.

Das heißt, es gibt im Hinblick auf die Kostensparnis nur gewisse Möglichkeiten, wenn man größere Flexibilisierungserfolge hätte. Das kann ich aber nicht erkennen. Schauen Sie sich einmal den Anteil der befristeten Beschäftigten und den Anteil der Teilzeitbeschäftigten im Kindergartenbereich an: Wir haben mehr als die Hälfte Teilzeitbeschäftigten. Ein Drittel der Leute ist mittlerweile befristet beschäftigt. Das heißt, die Steuermöglichkeiten entsprechend der Bedarfe haben mittlerweile ein Maß erreicht, dass wir sagen können, dass schon in der bestehenden Struktur substantielle Unterschiede zu den Wohlfahrtsverbänden nicht bestehen.

Ein weiterer Punkt, den ich auch nicht wegre-den möchte, ist der: Wenn man sich ansieht, welche Umstrukturierungen wir in der Kindertagesbetreuung vor uns haben, dann muss man sich natürlich auch darüber klar sein, ob man bestimmte Auseinandersetzungen überhaupt will und ob sie sich lohnen. Man muss genau wissen, dass die Beschäftigten in den bremischen Kindergärten im Moment die klare Haltung haben, sie möchten nicht hinübergehen an die Wohlfahrtsverbände. Wir setzen uns mit der Problematik sehr wohl auch auseinander, und wir sagen, wenn es keine substantiellen Unterschiede in der Kostenstruktur und in der Qualität gibt, dann müssen wir uns einer solchen Auseinandersetzung nicht aus ideolo-

gischen Gründen aussetzen, sondern dann können wir uns auch in dieser Frage ganz entspannt die Verhältnisse anschauen.

Ich möchte noch etwas sagen, und zwar ist das sicherlich einer der wichtigsten Punkte dabei: Der Staat hat eine Gewährleistungsfunktion. Sie haben das Jugendhilferecht im Hinblick auf das Subsidiaritätsprinzip zitiert, aber eine Aussage haben Sie, finde ich, vergessen: Es gibt eine große Zahl von Eltern, die ein Interesse daran haben, dass ihre Kinder in ein staatliches Angebot gehen, und zwar in ein neutrales Angebot und nicht in ein Angebot einer Organisation, die eine bestimmte weltanschauliche Auffassung damit verbindet.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen - Zurufe von der CDU)

Wenn das so ist, dann müssen wir das auch zur Kenntnis nehmen und können nicht einfach sagen, wir gehen diesen Weg auf jeden Fall. Dieses Argument gewinnt meiner Meinung nach übrigens auch noch an Bedeutung, wenn man davon ausgeht, dass die Kindertagesbetreuung zunehmend im Hinblick auf den Bildungsaspekt wichtiger wird.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist doch Quatsch!)

Herr Bartels, Sie haben von zwei Monopolen gesprochen. Wenn ich das Konzept der LAG richtig verstehe, will sie nun erst einmal als eine gemeinsame GmbH diese Einrichtungen übernehmen. Erst dann, Herr Bartels, haben Sie genau die Monopole, vor denen Sie gerade gewarnt haben, und ich möchte auch davor warnen und sage Ihnen ganz deutlich, eine solche Monopolstruktur macht keinen Sinn! Wenn wir einen Eigenbetrieb haben, dann haben Sie erzählt, dass die Senatorin keinen Einfluss mehr darauf hat, was dieser an Geld für den Betrieb seiner Einrichtung verlangt. Das ist doch eine absurde Vorstellung! Die Senatorin selbst hat doch die Aufsicht über diesen Eigenbetrieb und hat natürlich Einfluss darauf, welche Kosten da fabriziert werden.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich gehe übrigens fest davon aus, dass wir dort als Fraktionen übrigens genauso vertreten sind und Einfluss auf die Kostenstruktur haben und uns genau ansehen können, was da läuft, so wie wir das bei den anderen Eigenbetrieben auch machen. Deswegen noch einmal ganz deutlich: Aus den von mir genannten Gründen bin ich sehr dafür, dass wir diesen Weg des Eigenbetriebs weitergehen. Er ist in der politischen Kontinuität dessen, was wir im Kindergartenbereich gemacht ha-

ben. Ich halte das für einen richtigen Weg. Jetzt auf der Grundlage dieser Absichtserklärung der Wohlfahrtsverbände diesen Schritt zu gehen halte ich nicht für vernünftig. Ich möchte übrigens auch noch einmal darauf hinweisen, es gibt bisher nach meinem Wissen nicht eine einzige Großstadt, die diesen Weg gegangen ist, sondern Bremen wäre dann die erste Stadt, und das ohne einen erkennbaren Grund. Wir lehnen das ab! - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, wenn ich die beiden Reden vergleiche, die wir uns gerade angehört haben, dann bin ich doch um einiges näher bei Herrn Pietrzok wie des Öfteren bei diesen Fragen, aber ich glaube, wir haben da doch noch eine etwas unterschiedliche Gewichtung.

Dass diese Debatte zur Unzeit kommt, ich glaube, darin sind wir uns einig. Sie haben Herrn Lange aus Hamburg zitiert.

(Zuruf des Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU])

Natürlich kommt diese Debatte zur Unzeit, und ich führe auch aus, warum es so ist! Wir haben momentan - wenn Sie einmal in den KTH-Bereich schauen, Herr Oppermann, Sie werden das wissen, Sie können das dann auch Herrn Kastendiek gern einmal berichten, wie das ist - eine unwahrscheinliche Verunsicherung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir haben in weiten Teilen der mittlerweile sehr mobilisierten Elternschaft ebenfalls diese Verunsicherung.

Es geht nämlich einerseits um das Zweitkräfteprogramm, das wir alle wollen und das, in welcher Form auch immer, kommen wird, aber die Frage ist, wie viele Kräfte tatsächlich kommen. Da stellt sich die Frage in jeder einzelnen Gruppe, wie viele Kräfte kommen. Das kann uns zu diesem Zeitpunkt wohl noch keiner sagen. Es ist auch die Frage, was ist beispielsweise mit dem Küchenpersonal, was ist mit den Reinigungskräften, gibt es an anderen Stellen Personalabbau, der dann sozusagen im Saldo womöglich dazu führt, dass wir doch nicht so viel mehr Personal bekommen! Das alles sind Fragen, über die wir eigentlich momentan diskutieren sollten, denn das sind die Fragen, die bewegen. Diese Strukturdebatten, meine ich, gehen völlig am Thema vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Nun gut, Sie haben es angeschnitten, also werde ich auch ein paar Sätze dazu sagen! Ich denke, das Ziel der Grünen ist, und da müssten wir uns eigentlich einig sein im Sinne dessen, was wir schon seit langem als vorschulische Bildung diskutieren, die Qualität muss im Mittelpunkt stehen. Unser Ziel ist, eine möglichst qualitativ gute Betreuung für die Kinder herbeizuführen, damit sie möglichst gute Chancen für einen Start ins Leben haben! Da müssen wir uns natürlich einmal die einzelnen Modelle, die jetzt vorgeschlagen wurden - der Eigenbetrieb der SPD, die LAG der CDU -, anschauen, wo die Vorteile liegen.

Im Eigenbetrieb: Natürlich, wir haben eine stärkere Kostentransparenz, das Parlament hat einen relativ guten Draht und eine relativ gute Möglichkeit auch der Einwirkung, aber ich denke, dabei darf es nicht bleiben. Was wir brauchen, ist doch nicht nur die Kostentransparenz, sondern wir brauchen auch eine Leistungstransparenz. Wir müssen doch sehen, was wird für das Geld für die Kinder erreicht. Das ist doch der Punkt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

In diesem Sinne denke ich, dass wir an dieser Stelle weiter diskutieren müssen und dass die Idee des Eigenbetriebs da auch wesentlich weiter entwickelt werden muss. Momentan sehe ich leider Gottes, und da hängt auch die LAG mit im Spiel, dass wir eine unwahrscheinliche Verunsicherung haben, hervorgerufen durch eine Fehlkommunikation, dass viele Betroffene mit Eigenbetrieb verbinden, jetzt werden wir privatisiert, und dann gibt es Dumpinglöhne. Das ist nicht so, zum Glück! Anderenfalls würden wir dieses Modell auch nicht unterstützen.

Ich halte es für viel wichtiger, statt mit solchen Scheindebatten wie heute die Stimmung weiter aufzuheizen, dass wir wirklich in die Einrichtungen gehen und den Leuten sagen, woran sie sind und dass sie nicht zu fürchten brauchen, dass sie demnächst zu Dumpinglöhnen beschäftigt werden. Allerdings bei der Bezahlung der Erzieherinnen nicht auch schon zum jetzigen Zeitpunkt von Dumpinglöhnen zu sprechen ist auch etwas schwierig.

Ich komme nun zum Angebot der LAG! Uns liegt es vor seit dem 17. November. Wenn das in der CDU noch nicht angekommen ist, könnten wir Ihnen das weiterreichen. Ich fand einige Punkte dort doch sehr bemerkenswert. Der Punkt der Ehrenamtlichen, den Herr Pietrzok eben schon in der Debatte kurz erwähnt hat: Ich finde es relativ bemerkenswert, dass die LAG in einem vierseitigen Papier damit argumentiert, dass Ehrenamtliche

fester Bestandteil ihres Finanzierungskonzepts sind. Ich finde das bedenklich vor dem Hintergrund dessen, was wir diskutieren unter Qualitätssteigerung und dass wir die Ausbildung der Erzieherinnen verbessern werden. Das ist zum Beispiel ein Punkt, da würde ich auf keinen Fall mitgehen, und da denke ich, das ist nicht im Sinne dessen, was wir politisch wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Eine weitere Frage ist die der bisherigen Mitarbeiter. Ich kann immer nur dieses Wort Verunsicherung nennen. Auch wenn ich womöglich redundant wirke, aber es ist einfach der momentane Status, der natürlich auch mit solchen Maßnahmen einhergeht. Bestandsschutz für einige Zeit okay, und was ist danach? Man kann die Leute nicht wegzaubern. Irgendwo müssen sie entweder weiterbeschäftigt werden, dann ist die Frage, zu welchen Löhnen, oder aber sie werden womöglich betriebsbedingt entlassen. Das wären alle Modelle, die angesichts dessen, wo wir hinwollen, und dessen, wo wir stehen im Bereich der Kindertagesheimversorgung, in die völlig falsche Richtung gehen.

Ich meine, und das ist auch die Position unserer Fraktion, es darf keine Privatisierung um jeden Preis geben. Alle Bestrebungen, die Kindertagesheime so zu betreiben, dass sie vernünftigen Qualitätsstandards genügen, finden unsere Unterstützung. Dafür ist es aber auch notwendig, dass wir beispielsweise den Rahmenbildungsplan, der momentan erstellt wird und den wir nach meinem Informationsstand irgendwann im nächsten Jahr womöglich haben, konsequent weiter verfolgen und dass, wenn wir diesen Rahmenbildungsplan haben, wir uns dann hinsetzen. Dann haben wir sozusagen eine Richtlinie, an der wir die inhaltliche Arbeit in den Kindertagesheimen ausrichten können, und dann können wir uns auch in Ruhe überlegen, wie man diese inhaltlichen Richtlinien in welchen Betreibermodellen umsetzt. Das ist dann immer noch früh genug.

Dass die LAG zum nächsten Kindergartenjahr 2004/2005 die Einrichtungen übernehmen möchte und die CDU natürlich dann nun auch etwas in Zeitdruck ist und das vielleicht mit einer Aktuellen Stunde auch zum Ausdruck bringt, kann ich ja verstehen, aber ich denke, gerade an dieser Stelle dürfen wir keine übereilten Entscheidungen treffen. Wir haben acht Jahre große Koalition, acht Jahre Kita-Politik, es hat sich bislang noch nicht so schrecklich viel getan in diesem Bereich.

(Abg. Pietrzok [SPD]: Was? - Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, das stimmt doch!)

Ich denke, dass Sie jetzt innerhalb eines Jahres hier die grundlegenden Strukturentscheidungen umwälzen wollen, ist etwas überstürzt. Wir haben die Situation, ich habe es geschildert: Was ist mit der personellen Situation, was ist mit dem Rahmenbildungsplan?

Lassen Sie uns doch noch warten, bis wir im nächsten Jahr dann irgendwann Klarheit haben über die personelle Situation, über das, wo wir inhaltlich hingehen wollen, quo vadis Kita-Politik! Dann können wir uns doch hinsetzen und prüfen, was ist vor diesem Hintergrund das beste Betreibermodell, wie können wir dann die Kindertagesheime so betreiben, dass es Sinn macht. Dann müssen auch alle Parteien an einen Tisch geholt werden: Die Mitarbeiterinnen, die Eltern, die Politik, die Betroffenen insgesamt müssen sich dann zusammensetzen. Politik muss gerade in diesem Bereich auch sehr transparent arbeiten. Wenn wir das im nächsten Jahr schaffen, dann ist das aus meiner Sicht früh genug. Alle anderen Debatten sind verfehlt, und damit bedanke ich mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir feststellen können, Bremen hat ein gutes Angebot an Kindertagesheimen. Wir haben ein stadtteilorientiertes Angebot mit Trägervielfalt und mit Profilbildung. Wir sind dabei, gemeinsam mit den Trägern dieses Angebot noch weiter zu verbessern. Wir arbeiten gemeinsam mit den Trägern an dem Rahmenbildungsplan, an der Sprachförderung, an mehr Flexibilität mit dem Ziel, Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch stärker in den Vordergrund zu stellen.

Wir arbeiten gemeinsam an einem besseren Übergang zwischen Elementarbereich und Grundschule, um nur einmal einige Positionen zu benennen, und gemeinsam in Projektgruppen. Träger, Elternvertreter, Behördenvertreter arbeiten sehr fruchtbar, sehr konstruktiv und sehr vorwärtsorientiert zusammen. Wir haben auch der LAG und den Trägern Angebote gemacht, was die Gemeinsamkeit betrifft, wenn es um die personelle Verstärkung der Kita-Gruppen geht, auch dort wollen wir gemeinsam mit den Trägern das neue Konzept entwickeln.

Wir sind also in einem Prozess einer wirklich guten Kooperation mit allen Trägern. Dann kommt dieses überraschende Angebot der LAG, alle, das ist das Entscheidende, kommunalen Kindertagesheime zu übernehmen. Herr Bartels, in der Deputation haben wir mitnichten darüber geredet, sondern es gab eine Diskussion anhand der Vorlage über den Eigenbetrieb, und da hat die LAG Bedenken angemeldet. Es war herauszuhören, dass sie vielleicht ein Angebot überlegt, aber sie hat keineswegs gesagt, dass sie ein Angebot für alle Kindertagesheime in Vorbereitung hat, und wir haben schon überhaupt nicht darüber diskutiert. Insofern habe ich auch dazu in der Deputation, das möchte ich hier noch einmal ganz klar feststellen, überhaupt keine Aussage gemacht, konnte ich auch gar nicht, weil wir das Angebot ja gar nicht gekannt haben.

Uns hat das dann auch über die Presse erreicht, das fand ich eigentlich schade, weil wir einen sehr schönen Prozess der vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der LAG haben. Dann über eine Pressekonferenz ein solches Angebot in die Welt zu setzen finde ich schade, weil es in erster Linie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den kommunalen Einrichtungen verunsichert. Man sollte sich, wenn man so ein tiefgehendes Schiff hat, dann auch einmal darüber Gedanken machen seitens der LAG, wie man damit umgeht. Ich hätte mir gewünscht, dass die LAG auf uns zugekommen wäre, wir Gespräche geführt hätten, man sich dann sozusagen in einem Prozess hätte verständigen können oder auch nicht, aber das wäre der richtige Weg gewesen.

Aber abgesehen von dieser Stilfrage ist es natürlich eine entscheidende politische Frage. Will die Stadtgemeinde Bremen künftig auf alle kommunalen KTH verzichten, das ist doch die Frage, mit der wir uns hier auseinander setzen müssen. Ich habe ganz klar gesagt, dass ich das nicht für vertretbar halte.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dazu stehe ich auch weiterhin, denn die Stadt hat einen Versorgungsauftrag zu erfüllen, sie ist in Ergänzung von freien Trägern ein Anbieter auf diesem Markt, und ich halte die Stadt für einen guten und wichtigen Anbieter. Sie ist für viele ein wichtiger Anbieter, weil sie ihr Angebot nicht konfessionell und nicht weltanschaulich gestaltet. Sie ist also für alle Zielgruppen offen. Es ist auch deswegen wichtig, weil die Kommune über Deputation und Jugendhilfeausschuss für ihren Bereich direkt Einfluss auf fachliche Ausrichtung und Schwerpunktsetzung nehmen kann. Bei den Trägern

kann sie das nicht direkt. Vor allem unser kommunaler Träger leistet gute Arbeit.

Wir haben hoch motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die von einer hohen Flexibilität geprägt sind. Herr Bartels, ich möchte Sie bitten, sich da noch einmal zu informieren, das hat Herr Pietrzok auch schon gesagt. Wir haben einen großen Teil von befristeten Verträgen, wir muten den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu, dass sie über lange Zeiträume nicht wissen, wo sie letztendlich landen oder ob sie einen sicheren Arbeitsplatz bei der Stadt bekommen. Wir muten ihnen zu, dass sie hoch mobil sind und sich voll nach den Bedarfsgesichtspunkten einsetzen lassen müssen, das geht manchmal bis hin zu ganz kurzen Fristen, wenn noch nicht ganz klar ist, wie die Zuordnung der Kinder in den Gruppen ist. Mehr Flexibilität kann ich mir überhaupt nicht vorstellen.

Ich bitte Sie sehr, meine Damen und Herren von der CDU, sich damit zu beschäftigen und Privatisierung nicht immer nur sozusagen als Garant für Flexibilität zu betrachten. Der öffentliche Dienst kann das auch, und das stellen wir jetzt schon unter Beweis.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt aus meiner Sicht also keinen fachlichen Grund, dieses Konzept der kommunalen Angebote aufzugeben und es in eine GmbH zu überführen. Ich bin mir auch ganz sicher, dass wir uns im Wettbewerb gut behaupten werden. Deswegen machen wir den Eigenbetrieb in der Tat, weil ich auch sehr großen Wert darauf lege, dass wir noch viel transparenter werden, was die Kostenstruktur betrifft, dass wir noch betriebswirtschaftlicher arbeiten, dass wir noch effektiver werden und dass wir durch diesen Eigenbetrieb auch noch mehr die Eigenständigkeit, die Motivation vor Ort in den einzelnen Kita-Gruppen fördern. Das ist die Zielsetzung, wir wollen eine stärkere Profilorientierung in den Kitas stadtteilorientiert bewegen.

Das Ganze steht unter dem obersten Primat von Qualität. Ich will einen Wettbewerb um Qualität im Interesse der Kinder, und dazu brauchen wir aus meiner Sicht auch eine Trägervielfalt. Nur dann können Eltern auch entscheiden, wo ist das beste Angebot für mich. Letztlich profitieren davon Kinder und Eltern.

Aber ist dann wirklich noch eine Trägervielfalt gegeben, wenn wir auf der einen Seite die Bremische Evangelische Kirche als Träger haben und auf der anderen Seite die neue GmbH der LAG? Viel mehr ist dann ja nicht da. Ist das Trägervielfalt,

ist das etwas, was Wettbewerb und Qualität befruchtet? Das frage ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU. Ich sage nein, das kann nicht der richtige Weg sein!

(Beifall bei der SPD)

Ich bin davon überzeugt und sehe auch die Kommune in der Verantwortung, dass wir die frühkindliche Bildung als kommunale Aufgabe auch, nicht nur ausschließlich, sondern auch begreifen müssen. Wir haben dazu die Fähigkeit. Herr Pietrzok hat es auch schon gesagt, ich kenne keine größere Stadt, die auf ein kommunales Angebot verzichtet: Berlin, Hamburg, Dortmund, Hannover, Essen, Stuttgart, keine dieser Städte hat die Absicht, diesen Weg, den Sie hier vorschlagen, zu gehen, und das hat gute Gründe, die ich ausgeführt habe.

Ich möchte aber noch ausdrücklich betonen, dass ich weiterhin an einer guten Zusammenarbeit mit der LAG interessiert bin, weil wir mit der LAG gemeinsam diese Projekte, die ich eingangs skizziert habe, fortsetzen wollen. Die LAG macht in dem Sektor gute Arbeit, das ist gar keine Frage, und ich glaube, dass wir uns sozusagen gegenseitig befruchten können und voneinander lernen können. Ich bin selbstverständlich auch immer bereit, Gespräche zu führen, keine Frage. Ich kann mir auch gut vorstellen, dass in begründeten Einzelfällen, ich sage ausdrücklich in begründeten Einzelfällen, wenn zum Beispiel die demographische Entwicklung es in einem Bereich notwendig macht, sich zusammenzutun, wir da kooperieren und auch vielleicht fusionieren, das ist überhaupt kein Thema, wir sind da offen.

Das haben wir zum Beispiel bei den Jugendfreizeitheimen unter Beweis gestellt, wo wir diesen Weg auch gehen wollen. Das haben wir auch in vielen anderen Bereichen unter Beweis gestellt, und dazu sind wir auch in Zukunft bereit. Ich bin nicht dazu bereit, an eine GmbH der LAG alle unsere kommunalen Kitas zu geben. Das halte ich für nicht akzeptabel, und deswegen habe ich ganz klar gesagt, dieses Angebot, so wie es ist, lehne ich ab. Sie können sich von der Qualität des Angebots in der Deputation dann selbst ein Bild machen, dazu sage ich jetzt nichts mehr. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Das Wort hat der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels** (CDU)¹⁾: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das war schon interessant, was meine Nachredner hier am Pult gesagt haben. Herr Kollege Pietrzok, mir ist etwas aufgefallen: Seit wann passt Ihnen denn die Weltanschauung der Arbeiterwohlfahrt nicht ins Konzept? Die ist nämlich Teil der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände.

(Beifall bei der CDU)

Die stehen doch gerade für Pluralität, wir werden dann doch nicht zwei große Anbieter haben. Ich habe auch den Eindruck, dass der Kollege Crueger und auch Kollege Pietrzok hier A gesagt haben, aber tatsächlich B gemeint haben. Frau Senatorin hat gesagt, sie würde das Angebot der LAG ablehnen.

Ich sage, es könnte durchaus sein, meine Damen und Herren, dass wir wirklich vor einer, so will ich es einmal nennen, sizilianischen Frage stehen, nämlich ein Angebot zu bekommen, das wir nicht ablehnen können. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Frau Senatorin, deshalb fordern wir Sie noch einmal auf: Treten Sie noch einmal direkt in Gespräche mit der LAG ein, vielleicht kommt man ja unter einen Hut! - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Bartel,

(Zurufe von der CDU: Bartels!)

Bartels, okay, vielen Dank, Herr Bartel, ich selbst bin Mitarbeiter in einem Tendenzbetrieb, der zum sozialdemokratischen Spektrum gehört. Natürlich ist es so, dass mir die Arbeiterwohlfahrt als Organisation sehr nahe steht, aber ich erwarte doch nicht von allen Menschen dieser Stadt, dass sie sich meine Überzeugung zu Eigen machen, das kann ich nicht tun.

(Beifall bei der SPD)

Ich muss zur Kenntnis nehmen, dass es Menschen gibt, die ihre Kinder auch sehr gern in Einrichtungen schicken, die in besonderer Weise dem Gebot der Neutralität folgen, und ich bitte, mein Argument so zu verstehen.

Ich möchte eines aber auch noch einmal deutlich sagen, weil das gerade von den Grünen im Hinblick auf die LAG formuliert worden ist, dass die Gefahr darin besteht, dass Ehrenamtliche eingesetzt werden. Ich darf das bitte noch einmal vorlesen: „Nicht unerwähnt bleiben soll auch die Möglichkeit, bei Trägern der freien Wohlfahrtspflege weitere Synergieeffekte mit anderen Aufgabenbereichen zu erzielen bis hin zu ergänzendem Einsatz von Freiwilligenarbeit.“ Ich möchte da deutlich sagen, wir als SPD finden das richtig, wir finden das gut. Übrigens gibt es solche Erfahrungen auch schon in kommunalen Einrichtungen, die sind klasse, und wir unterstützen das.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Trüpel: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aktuelle Stunde ist geschlossen.

Interfraktionell hat man sich eben verständigt, dass wir jetzt in die Mittagspause eintreten und um 14.30 Uhr mit der Fragestunde fortfahren.

(Zurufe)

Früher? 14.15 Uhr, sind alle damit einverstanden? Gut, wir fangen dann um 14.15 Uhr mit der Fragestunde an!

Ich unterbreche die Sitzung bis 14.15 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12.41 Uhr)

*

Präsident Weber eröffnet die Sitzung wieder um 14.16 Uhr.

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung der Stadtbürgerschaft ist wieder eröffnet.

Zum Verfahren möchte ich Ihnen vorschlagen, jetzt die Punkte aufzurufen, bei denen keine Aussprache vorgesehen ist, und um 14.30 Uhr - wie vereinbart - mit der Fragestunde zu beginnen.

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Entsorgungsbetriebsausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des Betriebsausschusses Bremer Baubetrieb und Baudienstleistungen Bremen

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Sport

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2308 mit Deckblatt für die Änderung von Festsetzungen in Teilgebieten in Bremen-Oberneuland

Mitteilung des Senats vom 17. Oktober 2003
(Drucksache 16/34 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2308 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 5 vom 4. November 2003

(Drucksache 16/39 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 6 vom 11. November 2003

(Drucksache 16/45 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Behandlung der Petitionen in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Gesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes und der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung in der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003
(Drucksache 16/40 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung des Entwässerungsgebührenortsgesetzes und der Gebührenordnung für die Benutzung der öffentlichen Abfallentsorgung beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Vorhaben- und Erschließungsplan 25 mit Deckblatt (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für die Errichtung eines Quartierszentrums an der Straße Hinter den Ellern in Bremen-Hemelingen

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/41 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Vorhaben- und Erschließungsplan 25 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

**Bebauungsplan 1361
3. Änderung des Bebauungsplanes 2063 gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) für ein Teilgebiet in Bremen-Borgfeld zwischen Daniel-Jacobs-Allee (einschließlich), Am Unteren Feld (einschließlich), Hamfhofsweg, Borgfelder Allee und Am Borgfelder Saatland (einschließlich)**

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/42 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 1361 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2202 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Findorff westlich Nelly-Sachs-Straße zwischen Annette-Kolb-Straße, Blumenweg und öffentlicher Parkanlage

Mitteilung des Senats vom 4. November 2003 (Drucksache 16/43 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2202 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 360 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Blumenthal zwischen - Buschdeel, - Reepschlägerstraße, - Hinrich-Dewers-Straße, - Wietinggang, - Weser

Mitteilung des Senats vom 11. November 2003 (Drucksache 16/44 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 360 mit Deckblatt beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl zweier Mitglieder der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen

Die Wahlvorschläge liegen Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend den Wahlvorschlägen wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Inneres

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, das waren die Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 13 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Die erste Anfrage trägt den Titel „**Verringerung der Verkehrsmissionen durch die B 75**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Herr Kollege Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat, die Einhaltung der Höchstgeschwindigkeit auf der B 75 zu gewährleisten?

Zweitens: Unter welchen Voraussetzungen könnte ein Lkw-Überholverbot auf der B 75 insbesondere im Bereich der Neustadt/des Stephaniviertels erlassen werden?

Drittens: Wie bewertet der Senat die Forderung der Bürgerinitiative Stephaniviertel, bei der nächsten Fahrbahnsanierung auf der B 75 einen lärm-mindernden Straßenbelag zu verwenden?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die polizeiliche Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf der B 75/ B 6 gestaltet sich zwischen Huchting und der BAB 27 - BAB-Zubringer Freihäfen - wegen der Brücken- beziehungsweise Tunnelbauweise als außerordentlich schwierig. Aufgrund dieser Typologie kann das bei der Polizei Bremen zur Verfügung stehende mobile Überwachungsgerät - Radar-Wagen/ESO-Lichtschranke - nicht eingesetzt werden, so dass sich die Geschwindigkeitsüberwachungsmaßnahmen nur auf zwei geeignete Kontrollpunkte beschränken.

Abhilfe könnten hier nur eine oder mehrere stationäre Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen schaffen. Diese Anlagen sind bei der Polizei Bremen in Planung. Geeignete Standorte, die sich insbesondere im Bereich der Neustadt befinden, wurden bereits festgelegt. Eine Umsetzung der

geplanten Maßnahmen ist bisher wegen fehlender finanzieller Mittel noch nicht geschehen.

Zu Frage zwei: Auf der B75 gilt seit Jahren ein Lkw-Überholverbot auf der Strecke zwischen Stephanibrücke und Landesgrenze in beiden Fahrrichtungen. Die Anordnung beruht auf den Besonderheiten der Streckenführung und der hohen Verkehrsbelastung.

Zu Frage drei: Nach den Vorschriften des BMVBW soll bei Bundesfernstraßen als oberster Belag eine Deckschicht mit dem Korngefüge von null bis elf Millimeter eingebaut werden. Da dieser Belag einen hohen Lärmpegel verursacht, hat das Amt für Straßen und Verkehr beim BMVBW prüfen lassen, ob ein Splittmastixasphalt mit der Korngröße null bis acht Millimeter eingebaut werden kann. Diesen Belag bezeichnet man als lärm-mindernden Fahrbahnbelag. Die Anfrage wurde positiv beschieden, so dass in Bremen seit zwei Jahren dieser Belag grundsätzlich zur Anwendung kommt. Ich hoffe, Sie sind jetzt alle klüger!

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Die drängt sich geradezu auf! Die Sache mit dem Splittmastixasphalt und der Korngröße, das ist ja grundsätzlich vorgesehen. Da würde mich interessieren, ob das denn auch schon konkret umgesetzt worden ist, als jetzt jüngst vor einem oder eineinhalb Jahren größere Baumaßnahmen auf der B 75 erfolgt sind.

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Da dies seit zwei Jahren grundsätzlich gemacht wird, gehe ich davon aus, wenn die letzte Baumaßnahme ein oder eineinhalb Jahre her ist, dass das da auch gemacht wurde! Wir können ja beide einmal dort entlangfahren und millimetergenau schauen, wie weit wir ein entsprechendes Maß hineingedrückt bekommen, Herr Dr. Sieling!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Wir prüfen die Körnung!)

Wir sollten das allerdings nicht im Berufsverkehr machen, weil dann die Gefahr, dass wir beide überfahren werden, vielleicht zu groß ist.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir würden das schade finden!)

Das würde vielleicht in beiden Regierungsfraktionen zu großer Freude führen, weil dann Posten

frei werden. Das heißt also, wir sollten das dann machen, wenn die Fahrbahn sowieso gesperrt ist.

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich bin damit einverstanden! Wunderbarer Vorschlag, das eher in der verkehrssamen Zeit zu machen! Danke!)

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff „**Doppelt vergebene Hausnummern in Holthorster Weg**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Bartels, Focke, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Bartels!

Abg. **Bartels** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Erkenntnisse hat der Senat über die doppelte Vergabe von Hausnummern in der Straße Holthorster Weg in Bremen-Burglesum und in ihrem niedersächsischen Teil der Gemeinde Schwanewede, Ortsteil Leuchtenburg?

Zweitens: Welche konkreten Maßnahmen will der Senat einleiten, um die in diesem Zusammenhang stehenden fehlgeleiteten Postzustellungen zu minimieren?

Drittens: Inwieweit sieht der Senat eine Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Schwanewede Klarheit in der Zuordnung der Hausnummern für bremische sowie niedersächsische Anwohner zu erreichen?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Ich liebe diese Fragestunde, weil das ein schönes Vorlesen ist.

Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Jetzt habe ich hier die falsche Antwort!

(Heiterkeit und Beifall)

Ich habe extra noch einmal bei der Senatskanzlei nachgefragt, dass ich nicht das falsche Exemplar bekomme. Jetzt steht hier „Doppelt vergebene Hausnummern im Holthorster Weg“, und das fängt an: „Die polizeiliche Überwachung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit“. Liebe Senatskanzlei, das kann nicht der letzte Entwurf sein, das würde mich zumindest überraschen. Ich nehme also doch den

Entwurf, der mir von meinem eigenen Haus mitgegeben wurde, und hoffe, dass das der letzte Entwurf ist.

Zu Frage eins: Von den Gemeinden Bremen, Schwanewede und Ritterhude sind für den Holthorster Weg nach dem jeweiligen Gemeindesystem Hausnummern zugeordnet worden. Dies hat zwangsläufig dazu geführt, dass gleiche Hausnummern in diesem Straßenzug vergeben wurden.

Zu Frage zwei: Bei der grundsätzlich bestehenden Möglichkeit, zusammen mit den Gemeinden Schwanewede und Ritterhude eine länderübergreifende durchgehende Nummerierung der Grundstücke am Holthorster Weg zu erreichen, muss allerdings beachtet werden, dass nach Auskunft der Meldestelle des Ortsamtes Burglesum allein auf dem Bremer Gebiet 499 Personen von einer Neuordnung der Hausnummern betroffen wären. Allein schon wegen der damit verbundenen erheblichen Umstände für jeden einzelnen Anlieger sollte von einer solchen Aktion abgesehen werden, auch wenn zukünftig die Fehlleitung von einzelnen Postsendungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.

Neben dem bei den einzelnen Anwohnern gegebenen Aufwand sollte auch aus folgenden Gründen von einer Anpassung der Hausnummern abgesehen werden: Öffentliche Dienste wie Feuerwehr und Polizei sehen keine Probleme mit dem Auffinden von Grundstücken in diesem Bereich. Für den bremischen und den niedersächsischen Teil des Holthorster Weges gibt es unterschiedliche Postleitzahlen. Laut Angabe der Post ist von 15 gleichlautenden Hausnummern auszugehen. Die hohe Zahl der durch eine Neuordnung betroffenen Personen, 499, erklärt sich durch die mehrgeschossige Bebauung auf bremischem Gebiet. Das zuständige Bremer Zustellamt der Bremer Post AG führt die Fehlleitung von Postsendungen auf von Absendern gemachten unzutreffenden beziehungsweise missverständlichen Empfängerangaben auf den betreffenden Postsendungen zurück. Falsche Adressierungen führen aber auch in durchgehend nummerierten Straßen zu fehlgeleiteten Postzustellungen.

Zu Frage drei: Der Senator für Bau, Umwelt und Verkehr wird sich gemeinsam mit den Gemeinden Schwanewede und Ritterhude bemühen, zeitnah eine Lösung für eine eindeutige Zuordnung der Anwohner herbeizuführen. Dabei soll der Aufwand, der sich durch eine mögliche Neunummerierung der Häuser ergibt, für die einzelnen Anwohner möglichst gering gehalten werden.

Präsident Weber: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Senator, sind Ihnen denn auch weitere Straßen in Bremen bekannt, die so ein Problem haben?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Mir sind bis jetzt keine bekannt, aber ich kann, wenn es der besondere Wunsch ist, gern noch einmal eine Arbeitsgruppe einsetzen, um dieses Problem ermitteln zu können.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Bartels** (CDU): Herr Senator, Sie haben davon gesprochen, dass Sie auch mit dem Zustellamt der Deutschen Post AG gesprochen haben. Ist denn jetzt bei diesem Problem eine Sensibilisierung bei den Zustellern erfolgt?

Präsident Weber: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Davon gehe ich fest aus, dass das damit noch einmal erreicht wurde. Sie haben aber mindestens beschrieben, dass das Problem tatsächlich auf falsche Angaben zurückzuführen ist und nicht auf die doppelten Hausnummern. Trotzdem bin ich dafür, dass man noch einmal schaut, ob man dieses Problem mit einem geringen Aufwand unbürokratisch lösen kann, indem man, was weiß ich, es bei den Zahlen belässt und dann a, b, c dahinter setzt, es sozusagen vernünftig löst und nicht den ganzen Holthorster Weg neu ordnen muss. Vielleicht ist das ein Kompromissvorschlag, den wir mit den Umlandgemeinden dann entsprechend umsetzen können.

Präsident Weber: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema „**Hanf-Flyer in Bremer Schulen**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Rohmeyer, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Herr Kollege Rohmeyer!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat rechtlich die von der Gesamtschülervertretung Bremen, GSV, in Umlauf gebrachten Flugblätter zum Umgang mit Cannabis?

Zweitens: Inwieweit wird der Senat in Zukunft sicherstellen, dass Mittelzuwendungen an die GSV besser überprüft werden?

Drittens: Welche Konsequenzen zieht der Senat aus der unreflektierten Drogenpolitik der GSV?

Präsident Weber: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

(Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

Senator Lemke: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Bei der Polizei liegt eine Anzeige gegen die Verfasser des Flugblatts vor. Nach Eingang der Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wird diese prüfen, ob zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorliegen, und sodann das Erforderliche veranlassen.

Zu Frage zwei: Die Mittelzuwendungen an die GSV werden hinreichend überprüft. Nicht sachgemäße Verwendung wird im Einzelfall mit der GSV geklärt.

Zu Frage drei: Das Flugblatt steht im klaren Widerspruch zum Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule und zu den Richtlinien zur Suchtprävention und zum Umgang mit Suchtmittelkonsum, Sucht und Suchtgefährdung in der Schule vom 6.3.2001. Die GSV wird im Rahmen der bestehenden Rechtsaufsicht aufgefordert, in Zukunft auf Aktionen zu verzichten, die der Förderung von Drogenkonsum, einschließlich Tabak und Alkohol, Gewalt, Diskriminierung und Kriminalität dienen könnten. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch nach einer Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, können Sie mir sagen, inwieweit dieser Sachverhalt mit der GSV zwischenzeitlich geklärt ist, wie teuer das Flugblatt war und welche Mittel zurückgefordert wurden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da dieser Vorgang bereits mindestens anderthalb Jahre zurückgeht, uns in der Behörde dieses Flugblatt gar nicht bekannt war bis zu einer Anzeige eines Herrn Rogge - -

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Dass wir hier Namen nennen, Herr Senator, ist auch nicht üblich! Namen werden hier nicht genannt!)

Ich bin ja an der Aufklärung dieses Vorgangs interessiert, und ich muss Ihnen gegenüber eine ordnungsgemäße Antwort geben.

(Beifall bei der SPD)

Ich kann nur sagen, dass das Flugblatt in unserer Behörde und an vielen Schulen nicht bekannt war, aber es ist jetzt nach anderthalb Jahren durch eine Anzeige beziehungsweise durch ein Interview, das Ihnen auch bekannt ist, bekannt geworden. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Ich finde es ausreichend beantwortet. Ich stehe überhaupt nicht hinter dem Inhalt dieses Flugblattes, aber ich denke, das sollte auf die Art und Weise abgearbeitet werden, dass wir die GSV darauf hinweisen, dass das absolut nicht akzeptiert wird und dass wir auch nicht bereit sind, das zu bezahlen. Wir vermuten aber, nein, nicht wir vermuten, sondern dieses Flugblatt ist längst abgerechnet, weil das Haushaltsjahr 2001/2002 längst abgerechnet ist. Ich kann da kein Geld mehr zurückfordern. Ich kann die GSV nur bitten, mit derartig sensiblen Themen anders umzugehen, als es hier der Fall gewesen ist.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Rohmeyer** (CDU): Herr Senator, es ist leider nicht das erste Mal, dass die Gesamtschülervertretung hier unangenehm aufgefallen ist. Ich darf Sie daran erinnern, dass die GSV in der vergangenen Wahlperiode auch zu einer Party zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens eingeladen und aufgerufen hatte. Ich darf Sie also noch einmal fragen: Wie kann es überhaupt sein, dass, nachdem die GSV ja nun nicht unauffällig ist, anderthalb Jahre auch schnelle und einfache Rezepte für den Heißhunger auf Cannabisprodukte anscheinend auf Staatskosten erstellt und verteilt werden?

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Das sind ja Unterstellungen, das glaubt man ja nicht, und das in der Stadtbürgerschaft!)

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Meine Damen und Herren, ich habe mich zu dem Inhalt des Flugblattes klar geäußert. Der Inhalt steht im klaren Widerspruch zu unserer Bildungspolitik und unserem Erziehungsauftrag. Wir haben die GSV gebeten, uns in Zukunft jeweils vor dem Erscheinen der Flugblätter diese mitzuteilen, nicht etwa, um Zensur auszuüben, sondern um im Vorhinein schon tätig werden zu können. Zensur wollen wir nicht ausüben, aber wir wollen den Schülerinnen und Schülern schon sagen, dass das von uns auf keinen Fall toleriert wird und dass es auch nicht bezahlt wird.

Wenn solche Flugblätter demnächst dort auftauchen, dann müssen sie sehen, wie sie das finanzieren. Es kann auf keinen Fall sein, dass wir so etwas durch Steuergelder unterstützen und bezahlen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abg. Rohmeyer [CDU]: Ich danke Ihnen für die letzte Klarstellung! Wir werden das beobachten! Vielen Dank!)

Eine weitere Zusatzfrage durch den Abgeordneten Crueger!

Abg. **Crueger** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, es ist dem Senat also bekannt, dass dieses Flugblatt über anderthalb Jahre alt ist, dass es nicht mehr verteilt wird, sondern nur auf Nachfragen der Schülerunion herausgegeben wurde, und dass die GSV daraufhin mittlerweile auch einen Brief an die Schulen verfasst hat, dieses Flugblatt, so es noch vorhanden sein sollte, nicht mehr in Umlauf zu bringen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Den ersten Teil Ihrer Frage habe ich eben schon beantwortet. Es ist richtig, das ist uns bekannt. Dass die GSV jetzt die Schulen aufgefordert hat, das zurückzuziehen, das ist mir nicht bekannt. Das nehme ich aber mit Freude zur Kenntnis, es hat da offensichtlich eine Bewusstseinsänderung stattgefunden. Das finde ich sehr loblich. Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Köhler!

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, trifft es zu, dass die Rechtsaufsicht dann eingreifen muss, wenn Rechtsverstöße zu befürchten sind, und nicht dann, wenn ein Unterschied zwischen der politischen Position des Senators für Bildung oder hier vertretenen Fraktionen und der Position der GSV vorliegt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Sie wissen, dass ich kein Jurist bin, aber ich möchte gern wissen, welche Flugblätter an unseren Schulen in Umlauf gebracht werden. Wenn die GSV als vom Staat unterstützte Organisation derartige Flugblätter verbreitet, dann möchte ich gern den Inhalt wissen und nicht erst anderthalb Jahre später über einen möglicherweise wie auch immer gesteuerten Hintergrund hier

im Parlament damit befasst werden, sondern ich möchte als zuständiger Senator wissen, was von der GSV an den Schulen verteilt wird, und ich finde, das ist völlig rechtens.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Hövelmann!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Herr Senator, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie eben mit Ihrem Hinweis der GSV eine rechtliche Beratung angeboten haben und mitnichten eine Zensur?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist absolut richtig. Ich sage das noch einmal, ich dachte aber, das sei eben verstanden worden. Es geht hier nicht um eine Zensur, sondern wir wollen vorab wissen, welche Flugblätter verteilt sind, damit wir gegebenenfalls auch mit Rat und Tat zur Seite stehen können und sagen, Leute, bitte überlegt euch das noch einmal, so wie der Prozess offensichtlich, das habe ich mit Freude eben zur Kenntnis genommen, stattgefunden hat, dass man auf solche Flugblätter besser verzichtet. So ist das zu verstehen. Wir wollen hier nicht als Oberzensor gelten.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Stimmen Sie mit mir überein, dass es besser wäre, weil es dann auch im Dialog miteinander und nicht im Gespräch übereinander passieren könnte, dieses Thema in der Bildungsdeputation zu behandeln?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Da stimme ich Ihnen zu!

(Abg. Frau Hövelmann [SPD]: Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Lärmschutzwand auf der Galopprennbahn in der Vahr für ein neues Hotel**. Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Krusche, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin Krusche!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie bewertet der Senat das Vorhaben, auf der Galopprennbahn in der Vahr eine Schall-

und Schutzwand zwischen neu zu bauendem Hotel und Rennbahn zu errichten?

Zweitens: Wie schätzt der Senat die Kombination von Hotelbetrieb mit Rennbetrieb ein, ergeben sich daraus eher Vor- oder Nachteile?

Drittens: Wie schätzt der Senat - vor dem Hintergrund, dass eine Lärmschutzwand zwischen Hotel und Rennbahn errichtet werden soll - die Notwendigkeit des Neubaus einer Trainingsrennbahn in der Marsch ein?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Auf der Galopprennbahn in der Vahr ist keine dauerhafte Schall- und Schutzwand vorgesehen. Lediglich während der Bauphase des Hotels wird eine Sichtschutzwand die Baustelle abgrenzen.

Zu Frage zwei: Die Aufwertung der Galopprennbahn in der Vahr durch ein attraktives Hotel ist ein Kernelement der seit Anfang 1999 betriebenen „Tourismusorientierten Perspektivplanung zugunsten der Bremer Rennbahn“. Das Hotel auf der Galopprennbahn in der Vahr wird erforderliche Räumlichkeiten für den Betrieb der Rennbahn - wie zum Beispiel Buchmacher-, Sanitäts- und Sanitär-, Presse- und Lagerräume - integrieren. Dadurch kann sowohl der Service als auch der Arbeitsablauf verbessert werden, was sich positiv auf die Betriebskostenseite auswirkt. Durch den ganzjährigen Betrieb des Hotels wird auch die Rennbahninfrastruktur selbst für andere Aktivitäten, Veranstaltungen und Feste attraktiv, was die Einnahmeseite der Bremer Rennbahn Gesellschaft stärkt.

Zu Frage drei: Ein Zusammenhang zwischen einer vorübergehenden stabilen Baustellenabgrenzung während des Hotelbaus auf der Galopprennbahn in der Vahr und dem Neubau der Trainingszentrale in Mahndorf ist für den Senat nicht erkennbar.

Vizepräsident Ravens: Besteht der Wunsch einer Zusatzfrage? - Bitte schön!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich das jetzt so richtig verstanden, dass es sich also nicht um eine dauerhafte Lärmschutzwand, sondern nur um eine während der Bauzeit zu errichtende Lärmschutzwand handelt? Wenn ich das so richtig verstanden habe, schließt sich für

mich noch die Frage an: Besteht eigentlich ein Zusammenhang zwischen dem Bau des Hotels auf der Galopprennbahn und der Errichtung der Trainingsrennbahn? Gibt es da eine Bedingung zwischen diesen beiden Tatbeständen, also, weil Hotel, deswegen Trainingsrennbahn, oder haben umgekehrt Hotel und Trainingsrennbahn nichts miteinander zu tun?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Im gewissen Sinn haben die beiden etwas miteinander zu tun, weil das Hotel an einer Stelle gebaut wird, was den Trainingsbetrieb etwas einschränkt, rein von der Örtlichkeit her. Es ist aber theoretisch denkbar, dass der Trainingsbetrieb in reduzierter Form in den alten Stallungen und so weiter auch fortgeführt werden kann.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Theoretisch?)

Ja!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie bewerten Sie dann in diesem Zusammenhang die Auskunft des ehemaligen Leiters des Stadtplanungsamtes, Herrn Kniemeyer, der auf meine Frage in der Baudeputation, ob der Hotelbetrieb in direktem Zusammenhang mit der Errichtung der Trainingsrennbahn zu sehen sei, damals geantwortet hat, dass mit der Errichtung des Hotels sich keine Auswirkungen auf die Pferderennbahn ergeben? Das ist im Protokoll festgehalten. Gleichzeitig aber steht dann in der Begründung zum Bauplan, die Sanierung und Modernisierung der vorhandenen Rennbahnanlage in der Vahr erfordere eine räumliche Ausweitung der bestehenden Anlage, sprich die Trainingsrennbahn. Was hat denn nun Gültigkeit? Ist das Hotel tatsächlich der Grund, warum es eine Trainingsrennbahn geben muss, oder ist es das nicht?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Was Herr Kniemeyer gesagt hat, damit kann ich jetzt nicht umgehen, dafür fühle ich mich auch nicht zuständig. Die erste Hälfte der Aussage von Herrn Kniemeyer, so wie ich es verstanden habe, bezog sich auf den Einfluss des Hotels auf die Rennbahn. Da sehe ich zumindest keinen einschränkenden, sondern einen positiven Einfluss, weil dort Tribünen und die Verknüpfung mit all den Dingen, die ich eben erwähnt habe, sage ich einmal, positiv auf die Rennbahn wirken. Was Herr Kniemeyer ansonsten zu der Einflussnahme ausgeführt hat, das kann ich

nicht nachvollziehen, damit kann ich im Moment nicht umgehen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie denn vorhin so richtig verstanden, dass es auch denkbar ist, dass der Trainingsbetrieb trotz Hotel auf der Galopprennbahn in der Vahr stattfinden kann und man möglicherweise keine Trainingsrennbahn braucht?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: In eingeschränkter Form wäre das möglich.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die **Schließung der Grundschule Strom**. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Ahrens, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Bitte, Frau Kollegin Ahrens!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Schülerzahl müsste die Grundschule in Strom in welchem Zeitraum erreichen, um weiter betrieben zu werden?

Zweitens: Inwieweit hat der Senat Pläne, die Grundschule in Strom in eine Modellschule umzuwandeln, und wie werden die bestehenden Schülerzahlen in die Überlegungen einbezogen?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Lemke.

Senator Lemke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Im Schuljahr 2003/2004 besuchen insgesamt 14 Schülerinnen und Schüler die Grundschule Strom. Sie werden in zwei Lerngruppen unterrichtet. Die erste Lerngruppe umfasst drei Kinder des ersten Jahrgangs und fünf Kinder des zweiten Jahrgangs. In der zweiten Lerngruppe werden drei Kinder des dritten Jahrgangs und drei Kinder des vierten Jahrgangs unterrichtet.

Die extreme Haushaltsnotlage des Landes und der Stadtgemeinde Bremen zwingt den Senator

für Bildung und Wissenschaft, die Effizienz des Mitteleinsatzes in den Schulen ständig zu überprüfen. Unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist ein so kleiner Schulbetrieb nicht zu verantworten. Um weiter betrieben zu werden, müsste die Schule mindestens etwa 45 Schülerinnen und Schüler haben, die in zwei jahrgangsübergreifenden Klassenverbänden organisiert werden könnten.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft nimmt am Runden Tisch Strom teil. Dort wird unter anderem versucht, Schülerinnen und Schüler aus anderen Schuleinzugsbereichen für einen Wechsel zur Schule Strom zu gewinnen.

Der Senat hat keine Pläne, die Grundschule Strom in eine Modellschule umzuwandeln. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Herr Senator, ich habe gehört, dass die Gesamtkosten, also die Personal- und Betriebskosten et cetera, nicht so hoch sind, wie sie ursprünglich angesetzt waren. Wie hoch sind sie denn nun tatsächlich?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist immer etwas kompliziert zu beantworten, weil ja auch verschiedene Ressorts betroffen sind. In diesem Fall ist Inneres und Sport auch Mitnutzer des Gebäudes. Inwieweit dort Einsparungsmöglichkeiten in der Zukunft vorhanden wären, kann ich nicht sagen. Ansonsten sind die Zahlen, die Ihnen und mir vorliegen, ziemlich verlässlich. Es spielt aber eigentlich keine Rolle, ob es 160.000 oder 150.000 oder 170.000 Euro letztendlich sind. Selbst wenn wir jetzt für die Benutzung der Sporthalle durch den Sportverein etwas abrechnen würden, wenn Sie das durch 14 teilen, bekommen Sie so große Unterschiede zu dem durchschnittlichen Aufkommen, was wir für Grundschulkinder aufbringen müssen, dass er schlichtweg nicht mehr zu bezahlen ist. Deshalb kann ich eine Schule mit 14 Schülern für die Zukunft nicht mehr halten, es sei denn, wir bekommen dort ein Signal, dass ein erhebliches zusätzliches Schüleraufkommen dort zur Schule kommt, dann könnte man diese Schule vielleicht retten.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, haben Sie Zahlen vorliegen, wie viele Kinder im Augenblick in Strom noch nicht

schulpflichtig sind, also Kinder in der Altersspanne von null bis fünf Jahren?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die haben wir selbstverständlich, denn die kann man über das Einwohnermeldeamt jederzeit anfordern. Sie sind aber nicht so, obwohl ich Ihnen jetzt nicht die einzelnen Jahrgänge aufzählen kann, dass hier deutlich erkennbar ist, dass die Schule gerettet werden könnte. Es ist nur eine Möglichkeit, wenn das lange geplante Neubaugebiet dort endlich realisiert werden könnte. Dann kann man die Hoffnung haben, dass die Schule zu halten sein könnte. Das sind aber Konjunktive, und das kann auch nicht innerhalb der nächsten zwei, drei Jahre schon alles umgesetzt werden. Deswegen sehe ich wahrscheinlich keine Rettung für diese Schule.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben angesprochen, dass das Gebäude, das von der Schule genutzt wird, auch von einem Sportverein genutzt wird und auch das Ortsamt Strom dort untergebracht ist. Ein Erlös für das Gebäude lässt sich nur durch Veräußerung erzielen, und die Frage ist jetzt: Gibt es bereits Interessenten für dieses Gebäude, oder soll es abgerissen werden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Das ist primär nicht so sehr eine Frage, die mich betrifft. Ich habe eine Miete zu zahlen, ich habe die Personalkosten, ich habe das alles zu addieren und durch die Anzahl der Kinder zu teilen. Wenn ich das Gebäude freigebe, werde ich diese Miete nicht mehr zu zahlen haben, und in den anderen benachbarten Schulen freut man sich, diese Kinder aufzunehmen. Es gibt überhaupt kein Problem, sowohl in Rablinghausen als auch in Seehausen die Kinder aufzunehmen.

Was anschließend mit dem Gebäude weiter passiert, ob es erhalten bleibt oder ob es veräußert wird, entzieht sich zunächst meiner Kenntnis. Ich sehe das nicht so sehr unter dem Gesichtspunkt der Veräußerung des Gebäudes, weil dieses Gebäude für den Ort Strom insgesamt eine sehr wichtige Bedeutung hat. Das ist ein Kommunikationsspunkt dieses Ortes, und ich möchte jetzt nicht von hier aus entscheiden, dass das demnächst verkauft wird, sondern ich kann dieses Gebäude nicht mehr tragen, ich kann es nicht mehr halten. Ich habe alles versucht, auch in Gesprächen mit dem Runden Tisch zu weiteren Einsparungen zu kommen. Es gelingt nicht.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Die Frage richtet sich auch an den Gesamtsenat. Wenn jetzt der Bildungssenator aus diesem Gebäude hinausgeht, steht natürlich der Innensenator oder der Senator für Sport dann auch mit einer Fläche da, die er beheizen und versorgen muss. Fließen in Ihre Gesamtberechnung der Ersparnis, Sie haben eben die Summe genannt, nur die Lehrrgehälter ein oder dann auch die Betriebskosten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Die vorgelegte Summe hatte mein Haus zur Einwohnerversammlung in Strom mit zirka 170.000 Euro beziffert inklusive der Kosten des Personals, Miete, Nebenkosten, Betreuungskosten et cetera. Das war alles inklusive.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie haben das zu realisierende Baugebiet vorhin angesprochen. Im Ortsteil Strom besteht ein sehr großes Interesse, ein Neubaugebiet auszuweisen. Es gibt auch Bebauungspläne. Hat sich der Senat in einer Senatssitzung mit dem Thema befasst und mit welchem Ergebnis?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Wir haben ein so gutes Verhältnis im Senat, dass wir auch außerhalb der Senatssitzung kommunizieren. Ich weiß sehr wohl über die Schwierigkeiten dort, Investoren zu gewinnen. Ich weiß auch, dass der Kollege Eckhoff sich dort allergrößte Mühe gibt, Investoren zu finden. Selbst wenn die jetzt relativ schnell gefunden werden könnten, ist damit ja nicht sicher, dass die Schule in den nächsten Jahren auch definitiv so und so viele Kinder bekommt. Bei der Geburtenunfreudigkeit in unserer Bevölkerung steht nicht sicher fest, dass man die notwendigen 45 Kinder dann innerhalb kürzester Zeit dort auch in die Schule bekommt. Wir diskutieren das, aber wir beteiligen uns nicht an einem Schwarzer-Peter-Spiel.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie viele Familien wären denn notwendig, damit Sie Ihre Entscheidung revidieren würden, Herr Lemke?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Ich habe gesagt, dass wir 45 Kinder benötigen. Dann kommen wir in etwa auf die Durchschnittskosten einer anderen Grundschule. Ich möchte den Stromern übrigens noch einmal ausdrücklich auch von dieser Stelle sagen, es ist eine vorzügliche Schule mit vorzüglichen Ergebnissen. Das haben gerade die Vergleichsarbeiten gezeigt und außerdem die Tatsache, dass der beste Bremer Abiturient aus dem Jahr 2002 aus der Zwergschule Strom gekommen ist. Das spricht eigentlich auch für den Erhalt dieser Schule. Nur, das muss auch finanzierbar sein. Wie viele Familien dafür benötigt werden, kann ich nicht sagen, weil ich nicht - ich will das jetzt nicht ins Lächerliche ziehen - der Klapperstorch bin. Ich weiß nicht, was da in den nächsten Jahren an Kindern auf uns zukommt. Ich habe keine Ahnung, was man dafür benötigt. Im Schnitt, glaube ich, 1,3 pro Familie, aber ob die schon irgendwo existieren, weiß ich nicht.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sie würden es aber begrüßen, wenn im Ortsteil Strom ein Neubaugebiet ausgewiesen werden würde, auch im Hinblick darauf, dass jede Familie 12.000 Euro an Geld im Länderfinanzausgleich einbringen würde?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Lemke: Dass ich natürlich ein großes Interesse habe, dass wir die Einwohnerzahl weiter stärken und dass in Strom dieses Neubaugebiet kommen wird, steht völlig außer Frage. Ich möchte doch diese Schule nicht schließen, sondern ich möchte jede Schule, zumal sie so gut arbeitet, weiter erhalten. Da gibt es doch überhaupt keine Frage!

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema „**Buslinie 677**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Arnold-Cramer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Kollegin Arnold-Cramer!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist die Buslinie 677 zwischen Schwanewede/Landesgrenze und Vegesack beziehungsweise St. Magnus, also auf bremischem Gebiet, von der Bevölkerung angenommen worden?

Zweitens: Gibt es im neuen Fahrplan ab Dezember 2003 Veränderungen gegenüber dem jetzigen Fahrplan?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Die Buslinie 677 ist im Rahmen des „Projekts Schwanewede“ im Wesentlichen aus der ehemaligen Weser-Ems-Buslinie 675 und der ehemaligen BSAG-Linie 77 hervorgegangen. Auf bremischem Gebiet hat sich nach Neuordnung der Linien zur neuen Linie 677 die Nachfrage leicht positiv entwickelt.

Zu Frage zwei: Mit Ende des „Projekts Schwanewede“ werden die Zahlungen der beteiligten Gebietskörperschaften für zusätzliche Angebote auf den betroffenen Linien - darunter auch Linie 677 - eingestellt; daher muss das Angebot reduziert werden.

Bis zum 13.12.2003 stellt sich das Fahrplanangebot auf der Linie 677 für die Tage Montag bis Freitag wie folgt dar: bis Blumenkamp neun Fahrtenpaare, bis Beckedorf 22 Hin- und 21 Rückfahrten, bis Bockhorn 21 Hin- und 20 Rückfahrten, bis Schwanewede 16 Hin- und 14 Rückfahrten, bis Uthlede zehn Hin- und zehn Rückfahrten, bis Hagen zwei Hin- und drei Rückfahrten.

Ab 14.12.2003 wird das Angebot für Montag bis Freitag wie folgt sein: bis Blumenkamp zehn Fahrtenpaare, bis Beckedorf 18 beziehungsweise 19 Fahrten, über Beckedorf hinaus bis Uthlede sechs Fahrtenpaare. Ab Uthlede Post wurden alle folgenden Haltestellen gestrichen. In Schwanewede soll eine neue Haltestelle, Weidenstraße, hinzukommen. Sonnabends gibt es keine Änderungen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Herr Senator, das war sehr ausführlich. Es ist nicht immer das gewesen, was ich gefragt hatte. Niedersachsen geht uns da nicht ganz so viel an. Auf bremischem Gebiet sind die Fahrten von 22 Verbindungen jetzt ab Dezember auf sechs Verbindungen reduziert worden, und das ist nun ein ganz wesentlicher Einschnitt. Wie sind die Gremien vor Ort, also die Beiräte Vegesack und Blumenthal, über diese Veränderung informiert worden beziehungsweise in diesen Entscheidungsprozess einbezogen worden?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Erstens kann ich nicht nachvollziehen, dass wir Ihre Fragen nicht beantwortet haben. Ich könnte die Fragen jetzt noch einmal wiederholen und die Antworten dazu, dann werden Sie feststellen, dass wir die Frage von Ihnen, gibt es im neuen Fahrplan ab 2003, also ab Dezember, Veränderungen gegenüber dem jetzigen Fahrplan, finde ich, sehr ausführlich und damit auch trefflich beantwortet haben.

Zweitens, die Veränderungen, die Sie gerade unterstellt haben von 22 auf sechs Fahrten, kann ich beim besten Willen nicht erkennen, auch wenn ich die Veränderungen hier sehe; bei Beckedorf ist es von 22 auf 18 und über Beckedorf hinaus bis Uthlede auf sechs!

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Ja, genau!)

Die Veränderung meinten Sie?

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Ja!)

Ich kann aber, um Ihre Frage zu beantworten, die Sie gerade gestellt haben, nicht sagen, inwieweit jetzt die Beiräte darüber informiert worden sind. Da kann ich mich aber gern erkundigen und es Ihnen noch nachreichen.

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Danke, das wäre sehr schön!)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Arnold-Cramer** (SPD): Aus dem Gebiet Lüssum-Bockhorn gehen immer mehr Kinder im Schulverbund Lerchenstraße zur Schule. Wie ist sichergestellt, dass diese Kinder zukünftig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule kommen, oder gibt es im Gegenzug dafür ein Angebot von Ihnen, den Steending so auszubauen, möglichst ganz schnell, dass da auch ein Fahrrad- und Fußweg ist und die Kinder heil zur Schule fahren können?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Jetzt haben Sie einen kleinen Vorsprung vor mir, was die Ortskenntnis betrifft, das muss ich zugestehen. Ich hätte es doch einmal persönlich abfahren sollen oder mit den Fahrtenpaaren einmal hin und einmal zurück. Ich habe das befürchtet. Vielleicht könnten wir das einmal gemeinsam in einem Ortstermin anschauen, Frau Kollegin, um zu sehen, ob es dort in diesem Bereich zu Verbesserungen kommen kann. Aus dem Stegreif kann ich Ihnen diese Frage jetzt beim besten Willen nicht beantworten.

(Abg. Frau Arnold-Cramer [SPD]: Sehr gern, Herr Senator, denn wir wollen doch, dass die Baugebiete, die in diesem Bereich so reichhaltig ausgewiesen werden, auch so attraktiv sind, dass die öffentliche Anbindung zukünftig gegeben ist!)

Aber vielleicht können wir dann, Frau Kollegin, als Ergebnis verabreden, dass wir auf die Umlandgemeinden gemeinsam hinwirken, die Zahlungen nicht zu reduzieren, damit wir das Angebot im bisherigen Umfang entsprechend erhalten können. Ich glaube, das müsste die Message sein, die von dieser Fragestunde ausgeht, dass wir uns noch einmal gemeinsam bei den Umlandgemeinden dafür einsetzen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Möhle!

Abg. **Möhle** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, ist es nicht vielleicht möglich, die öffentlichen Termine, wo sie schon die Körnung des Asphalt messen wollen, mit diesem Abfahren der jeweiligen Strecke zu verbinden, damit Sie als Bausenator auch noch Zeit haben, vernünftige Politik zu machen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Herr Möhle, ich merke, dass Sie in aller Regel nur in Lesum Bus fahren und Blumenthal für Sie weit weg ist. Vor diesem Hintergrund kann ich die Zusatzfrage nur so verstehen.

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel „**Baugemeinschaften**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie beurteilt der Senat die Möglichkeit der Schaffung von Wohneigentum über private und/oder gewerbsmäßig betreute Baugemeinschaften?

Zweitens: Sieht der Senat Möglichkeiten, diese zum Beispiel in baden-württembergischen Kommunen erfolgreich umgesetzte Alternative zur Eigentumsbildung zu unterstützen, und wenn ja, welche wären das?

Vizepräsident Ravens: Zur Beantwortung hat das Wort Herr Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Eigentumsbildung ist ein wichtiger Schwerpunkt in der Wohnungspolitik. Vor dem Hintergrund derzeit diskutierter Änderungen bei der Eigenheimzulage und vor allem aus Kostengründen wird grundsätzlich die Bildung von Baugemeinschaften befürwortet. Zum Beispiel auch für Familien mit Kindern kann dies eine interessante Alternative gegenüber dem traditionellen Eigentumserwerb vom Bauträger darstellen. Eine Konkurrenz mit dem traditionellen Eigentumserwerb wird nicht gesehen, da es sich um unterschiedliche Wege der Eigentumsbildung handelt und damit ein breiteres Nachfragepotential im Ergebnis erreicht werden kann.

Zu zwei: Auch in Bremen gibt es unter anderem mit dem Projekt „Lange Reihe“ Beispiele für die Eigentumsbildung durch Baugemeinschaften. Diese Alternative zur traditionellen Eigentumsbildung soll auch weiterhin für die bremische Wohnungspolitik umgesetzt werden. Vor zirka drei Monaten sind Gespräche zwischen dem Bauresort und Vertretern des Landesverbands des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e. V. aufgenommen worden mit der Zielsetzung, ein ähnliches Modellprojekt für Bremen zu entwickeln. Zu den Ideen gehört auch die Idee des „Organisierten Selbstbaus“, die auf der Bildung einer Baugemeinschaft aufbaut und die in diesem Falle gewerbsmäßig begleitet und betreut werden soll. Hierdurch soll unter anderem auch der Gefahr der Schwarzarbeit begegnet werden.

Eine Unterstützung des Projektes erfolgt durch den Senator für Bau, Umwelt und Verkehr in der Form, dass ein städtisches Grundstück in Huchting, planungsrechtlich zulässig für den Bau von Reihenhäusern, zunächst für dieses Modellprojekt optioniert wird. Eine weitere Unterstützung kann im späteren Vollzug durch die Wohnraumförderung erfolgen, sofern die dafür erforderlichen Voraussetzungen gegeben sind. Eine Subvention des Grundstückspreises ist nicht beabsichtigt.

Das Modellprojekt soll durch öffentliche Vortragsveranstaltungen und in Kooperation mit einem Wettbewerb für Studenten der Fachbereiche Architektur/Bauingenieurwesen der Hochschule begleitet werden. Sofern sich die Realisierung positiv entwickelt, sind weitere Modellprojekte möglich.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Wären Sie denn bereit, Herr Senator, über diese positive Idee des Modellprojektes in der Baudeputation zum gegebenen Zeitpunkt zu berichten?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Sehr gern!

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die achte Anfrage trägt die Überschrift „**Situationsbericht zum Anpassungskonzept**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Ahrens, Bartels, Kastendiek und Fraktion der CDU.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie will der Senat sicherstellen, dass die geltenden Beschlüsse zum Anpassungskonzept umgesetzt werden?

Zweitens: Wie gedenkt der Senat zu gewährleisten, dass die geplanten und beschlossenen Budgets 2003 den Stadtteilen in voller Höhe und zeitnah zur Verfügung stehen?

Drittens: In welchen Stadtteilen wurden bisher noch nicht die vollständigen Budgets des Anpassungskonzepts für 2003 ausgegeben, und um welche Restbestände handelt es sich jeweils?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die geplante und auch beschlossene Umsetzung des Anpassungskonzeptes zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in den Stadtteilen weist sich aus verschiedenen Gründen zum Ende dieses Haushaltjahres als schwierig. So konnte die Umwidmung von Mitteln, die aufgrund vorhandener Vakanzen in den städtischen Jugendfreizeithäusern zur Verfügung gestellt werden sollten und entsprechend in den örtlichen Controllingausschüssen verplant wurden, in dieser Form nicht umgesetzt werden. Grund dafür ist, dass die Jugendfreizeitheime dem für das Amt für Soziale Dienste geltenden Einstellungsstopp unterliegen, so dass vakante Stellen in Jugendfreizeithäusern nicht in Geld „umgewidmet“ und zur Realisierung

von Stadtteilbudgets eingesetzt werden konnten. Die Finanzierung der entsprechenden Maßnahmen erfolgte deshalb in 2003 aus Sachmitteln der städtischen Jugendfreizeitheimen. Dies bedeutet jedoch, dass hieraus keine Restmittel zur Verfügung stehen.

Ob noch Restmittel in den jeweiligen Stadtteilbudgets 2003 verbleiben werden, kann erst nach einem Soll-Ist-Vergleich über das Gesamtbudget des Anpassungskonzeptes zum Januar/Februar 2004 mitgeteilt werden. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht beurteilt werden, wie künftig mit den sich am Jahresende jeweils ergebenden Haushaltsresten und der Budgetrücklage umgegangen werden soll.

Um das Anpassungskonzept für die Kinder- und Jugendförderung in der Stadtgemeinde Bremen im Rahmen der beschlossenen Eckdaten fortzuschreiben zu können, strebt der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales an, die den städtischen Jugendfreizeitheimen zugeordneten Personalmittel und die Sachkosten sowie die für den zuwendungsbezogenen Bereich vorgesehenen Mittel zu sichern. Das Amt für Soziale Dienste und der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales prüfen im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005, wie das im Rahmen der beschlossenen Eckwerte des Haushalts 2004/2005 erfolgen kann. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Habe ich Sie richtig verstanden, dass die Stadtteilbudgets für 2003 nicht in voller Höhe für die Stadtteile zur Verfügung stehen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das habe ich so nicht gesagt! Wir haben jetzt eine Situation, dass wir erst Ende des Jahres den Abgleich machen können, also Soll und Ist, was ist ausgegeben worden, was war der Rahmen. Das ist in der Antwort des Senats aufgeführt, dass wir erst im Januar/Februar in der Lage sind, eine komplette Bilanz zu ziehen. Erst dann können wir gemeinsam daraufschauen und eine Bilanzierung vornehmen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie der Auffassung, dass das Geld für 2003 in voller Höhe zur Verfügung stehen müsste, und dann müsste es auch in voller Höhe ausgezahlt werden können. Wie erklären Sie sich dann, dass in der Haushaltsstelle des

Amtes für Soziale Dienste Zuwendungsbescheide mehrerer Stadtteile liegen, die weder 2003 zugestellt noch ausgezahlt werden sollen, obwohl die jeweiligen Stadtteilbudgets noch nicht erschöpft sind?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich bitte Sie, doch dann mir ganz konkret zu sagen, um welche Fälle es sich handelt. Wir haben erst vor, ich meine, einem Monat eine Runde gemacht mit dem Amt für Soziale Dienste, wo wir das Amt gebeten haben, uns diese Fälle alle aufzulisten, wo noch offene Fälle vorliegen, wo die Bescheide noch nicht umgesetzt worden sind. Diese Fälle sind uns alle mitgeteilt worden, sie sind auch alle abgearbeitet worden. Das hatte einen Budgetrahmen von rund 300.000 Euro in Anspruch genommen. Mir ist jetzt nicht bekannt, in welchem Stadtteil noch eine solche Vakanz vorliegt, wo ein Bescheid noch nicht abgearbeitet worden ist. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir das ganz konkret benennen könnten. Dann nehme ich das gern mit und werde mich auch darum kümmern.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich habe Sie also richtig verstanden, dass Ihnen nicht bekannt ist, dass es Probleme in den Stadtteilen Horn-Lehe, Walle, Findorff, Obervieland und Schwachhausen gibt mit deutlich fünfstelligen Zuwendungsbescheiden, die in der eben schon aufgeführten Art und Weise zwar erstellt worden sind, von den Controllingausschüssen genehmigt wurden, im Stadtteilbudget 2003 auch noch ohne Probleme ausgezahlt werden könnten, aber nicht durch das Amt für Soziale Dienste durch die Haushaltsstelle zugestellt und damit im Jahr 2003 ausgezahlt werden sollen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich kann nur noch einmal das wiederholen, was ich gesagt habe. Wir haben das Amt vor einem Monat aufgefordert, uns alle diese Fälle vorzulegen. Das Amt hat das getan, hat uns alle Einzelfälle vorgelegt. Wir haben sie alle abgearbeitet. Insofern bitte ich Sie noch einmal, mir ganz konkret diese Fälle, die noch offen sind, zu nennen. Ich biete Ihnen ja an, dass, wenn es diese noch gibt, ich mich darum kümmern werde. Sie müssen es dann aber sehr konkret machen. Uns liegen, ich habe mich gestern noch einmal erkundigt, in unserer Haushaltsabteilung keine weiteren Fälle vor. Dann liegt es eben auch daran, dass das Amt uns die Fälle nennen muss, wenn es noch offene gibt.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Ich habe das verstanden, dass Sie die Schwierigkeiten haben. Ich benenne nur einmal ein Beispiel. Schwachhausen hat 30.000 Euro von insgesamt 55.000 Euro noch nicht ausgeschöpft, die nach dem Stadtteilbudget zur Verfügung stehen würden. Hier ist ein Antrag über 10.000 Euro gestellt worden, der nicht beschlossen werden soll. Der wird dann erst rechtskräftig und auszahlungsfähig, wenn er zugestellt wird. Das nur als ein Beispiel!

(Senatorin Röpke: Um welches Projekt handelt es sich denn?)

Um einen offenen Jugendtreff!

(Senatorin Röpke: Den gibt es ja noch gar nicht meines Wissens!)

Dafür ist für den letzten Monat ein Zuwendungsbescheid erstellt worden. Der Jugendtreff soll jetzt für die Zukunft hier eingerichtet werden, soll im Dezember auch geöffnet werden, und hier ist der Zuwendungsbescheid erstellt worden. Er befindet sich innerhalb des Stadtteilbudgets, und er müsste somit auch zugestellt werden, weil das Geld dafür da ist. Wenn ich das jetzt aber alles richtig verstanden habe, stimmen Sie mir zu, dass es augenscheinlich ein Kommunikationsproblem zwischen Ihnen und den Ihnen nachgeordneten Behörden zu geben scheint?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Nein, dem stimme ich überhaupt nicht zu! Es gibt ein bestimmtes Verfahren, und dieses Verfahren sagt, dass die Controllingausschüsse erst einmal entscheiden müssen, was sie überhaupt bewilligen wollen.

Meine Information über Schwachhausen ist eine andere als Ihre, aber ich glaube, das führt jetzt zu weit, wenn wir das hier alles austragen. Ich biete Ihnen an, lassen Sie uns doch einmal zusammensetzen. Wir gehen Ihre Einzelfälle durch und werden das Punkt für Punkt abarbeiten. Das können wir hier in der Fragestunde nicht auflösen. Wir haben das mit dem Amt einvernehmlich geklärt, und ich kann nicht ausschließen, dass es in dem einen oder anderen Stadtteil noch ein offenes Problem gibt, aber ich kann Ihnen hier doch nicht mehr sagen, als dass wir uns dieses Problems auf jeden Fall noch einmal annehmen werden. Also, machen Sie einen Termin mit mir! Wir gehen das gemeinsam durch und werden es lösen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Ahrens** (CDU): Nein, danke! Ich nehme das Angebot gern an, wir machen einen Termin ab.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben schon öfter gemeinsam darüber geredet, das können wir gern fortsetzen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Stahmann!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Wie viele Stellen in den Freizeitheimen sind derzeit unbesetzt und die von der Zielzahl 45 abweichen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Da bin ich im Moment überfragt. Soweit ich das weiß, sind es zwei oder drei, aber ich weiß nicht, ob es noch aktuell ist. Den ganz aktuellen Stand kann ich Ihnen jetzt nicht nennen, bin aber gern bereit, Ihnen das auch bilateral mitzuteilen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): In der Vergangenheit hat das Thema häufiger den Jugendhilfeausschuss beschäftigt. Es gibt einen einstimmigen Beschluss, dass die Haushaltsmittel in die Stadtteilbudgets eingespeist werden. Meines Wissens geht es um ein haushaltstechnisches Problem. Könnten Sie als Senatorin dafür sorgen, dass dieses Problem in Kürze gelöst wird, damit die Jugendprojekte weiterarbeiten können?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben dieses Haushaltsproblem, soweit uns das in diesem Jahr möglich war, gelöst. Wir haben jetzt auch alle Reste, die noch vorhanden sind, bewusst gezogen, damit sie nicht durch eine Grundsatzentscheidung womöglich noch verfallen könnten. Insofern sind wir da, glaube ich, was das Jahr 2003 betrifft, ganz gut aufgestellt. Wir werden auf jeden Fall alles daransetzen, das habe ich auch immer wieder erklärt, und das erkläre ich hier auch noch einmal, dass das Anpassungskonzept, was den Jugendbereich betrifft, für mich höchste Priorität hat, was die stadtteilbezogene Arbeit betrifft. Ich hoffe sehr, dass es uns gelingt, das im Doppelhaushalt 2004/2005 auch so abzusichern. Das ist auch die erklärte Absicht des Jugendhilfeausschusses und auch der Jugenddeputation.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die neunte Anfrage befasst sich mit dem Thema „**Billighotels für Drogenkonsumenten ohne Wohnung**“. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Linnert, Frau Prinz und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Anzahl von Übernachtungsplätzen für Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten in so genannten Billighotels wurde wann und aus welchen Gründen gekündigt?

Zweitens: Wie gedenkt der Senat, den Wegfall der Plätze auszugleichen?

Drittens: Welche Erkenntnisse liegen dem Senat über den aktuellen Bedarf an Übernachtungsplätzen vor?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Speziell für Drogenkonsumentinnen wurden in so genannten Billighotels keine Plätze gekündigt. Einer Pension mit zehn Plätzen für die Zielgruppe allein stehender Obdachloser wurde wegen baulicher Mängel und fehlender Genehmigung im Oktober 2003 gekündigt.

Zu Frage zwei: Das Amt für Soziale Dienste wird über die Ausweitung bestehender Kontingente und die Akquise neuer Hotels und Pensionen weitere Plätze schaffen.

Zu Frage drei: Über die jahreszeitlich bedingte Steigerung des Bedarfs hinaus ist ein weiterer Anstieg festzustellen. Das Amt für Soziale Dienste geht von zirka 30 weiteren notwendigen Plätzen für alle Zielgruppen aus.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Der Senat hat die Anfrage so beantwortet, dass er gesagt hat, es gibt keine speziellen Plätze für Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten. Nun frage ich Sie dann: Wie viele Plätze in Billig-

hotels, wie viele insgesamt, die zum Teil von Drogenkonsumentinnen und Drogenkonsumenten in Anspruch genommen wurden, wurden denn gekündigt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Wir haben die Frage so verstanden, dass sie auf das eine Objekt abzielt, das wir schließen mussten. Dies nur noch einmal zur Erläuterung der Interpretation Ihrer Frage! Wir haben insgesamt vom Amt aktuell 94 Plätze. Wir haben festgestellt, dass es darüber hinaus nach unserer Einschätzung einen aktuellen Bedarf von 30 weiteren Plätzen gibt. Es ist auch in diesem Jahr, soweit wir das aktuell verfolgen, notwendig, diese Plätze zur Verfügung zu stellen, weil der Bedarf da ist. Wir haben relativ viele Auswärtige, die jetzt noch in die Stadt gekommen sind. Es ist vom Amt veranlasst, dass in etlichen Stadtteilen neue Objekte akquiriert werden, um diese Plätze zu schaffen. Darüber hinaus stellt auch die Innere Mission noch Plätze zur Verfügung.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich das richtig verstanden, es wurde ein einziges Hotel mit zehn Plätzen für allein stehende Wohnungslose gekündigt und keine weiteren?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Es gibt noch ein weiteres Objekt, das zurzeit noch in der Überprüfung ist. Es ist aber noch nicht entschieden, ob es auch aus der Belegung herausgenommen werden muss oder nicht, das könnte sein. Wenn das so kommt, dann hätten wir natürlich noch ein weiteres Problem zu lösen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Stimmen denn Informationen, dass insgesamt das ganze System von Billighotels in der Überprüfung ist und dass es da Erkenntnisse über erhebliche Doppelbelegungen und Sachverhalte gibt, die man beim jetzigen Stand als in betrügerischer Absicht erfolgt gewonnen hat? Ist das richtig?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das habe ich akustisch nicht verstanden. Haben Sie gesagt, betrügerische Absicht?

Vizepräsident Ravens: Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Ja! Ist es richtig, dass weitere Hotelplätze gekündigt wurden oder gekündigt werden sollen, weil es in betrügerischer Absicht oder aus Versehen zu Doppelabrechnungen gekommen ist?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Dazu liegen mir jetzt keine Informationen vor. Die Informationen, die ich habe, beziehen sich auf dieses eine Hotel, wo es schwere bauliche Mängel gab und auch keine Genehmigung vorlag. Andere Erkenntnisse, die Sie hier gerade ins Feld geführt haben, habe ich nicht. Ich wäre Ihnen aber sehr dankbar, wenn Sie mir das noch einmal erläutern würden, damit wir dem nachgehen können.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Dann stimmen auch Informationen offensichtlich nicht, dass das Amt für Soziale Dienste sich fast durchgängig weigert, Kosten für Übernachtungen in Billighotels zu übernehmen? Das stimmt dann auch nicht?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Auch diese Information kann ich nicht bestätigen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Könnten wir uns bitte darauf einigen, dass wir dieses Thema auf die Tagesordnung der nächsten Deputationssitzung nehmen, weil ich das wichtig finden würde, wenn Sie Erkenntnisse darüber haben, dass das Platzzahlangebot insgesamt nicht ausreicht, dass der Senat dann von sich aus die Deputation über das Problem informiert und auch über die Lösungsschritte, die er gehen will?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Das können wir gern vereinbaren, dass wir uns in der Deputation dieses Thema noch einmal vornehmen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen): Das versprechen Sie für Dezember?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Röpke: Ich verspreche es!

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die zehnte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über ein **neues Wohngebiet in Strom**. Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Hövelmann, Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie unterstützt der Senat den Stadtteil Strom bei der Realisierung der geplanten Wohnbebauung am Stellfeldsweg?

Zweitens: Was unternimmt der Senat konkret zur Gewinnung eines Investors für dieses Baugebiet?

Drittens: Verfolgt der Senat weiterhin das 1983 verkündete Ziel, die Einwohnerzahl Stroms auf 1000 zu erhöhen, um die Infrastruktur, insbesondere die Grundschule, zu erhalten?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Senator Eckhoff.

Senator Eckhoff: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Um die Realisierung des Baugebietes in die Wege zu leiten, sind ab 1997 intensive Gespräche vom Bauressort mit den Eigentümern der Flächen geführt worden, die zum damaligen Zeitpunkt nicht verkaufsbereit waren. Diese Bereitschaft konnte erst im Jahr 2000 erzielt werden, nachdem den Landwirten auch Ersatzland angeboten werden konnte. Danach wurden Gespräche mit verschiedenen Investoren geführt.

Zu zwei: Das Bauressort unterstützt nach wie vor aktiv das Projekt. Zurzeit werden Gespräche mit drei neuen Investoren geführt, von denen zwei einen positiven Verlauf zeigen.

Zu drei: Die Wohnbau- und Mischbauflächen sind seit 1983 nahezu unverändert geblieben. Mit der im Verfahren befindlichen sechsundsechzigsten Flächennutzungsplanänderung erfolgt im Wesentlichen eine Flächenverlagerung. Insgesamt kann in Strom von einem planerischen Flächenpotential für zirka 180 Einfamilienhäuser ausgegangen werden. Unter Berücksichtigung weiterer Potentiale in der Innenentwicklung können insgesamt zirka 230 Wohneinheiten entstehen, die nach statistischen

Berechnungen einen Einwohnerzuwachs von rund 700 Personen ergeben würden. Zum Stichtag 31. Dezember 2002 gab es in Strom 427 Einwohner.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Jetzt habe ich gelernt, Herr Senator, dass gut Ding Weile haben will. Seit 2000 sind die Gespräche mit den Landwirten über Ersatzland offensichtlich abgeschlossen, nun dauert das ein bisschen. Jetzt möchte ich aber von Ihnen bitte konkret wissen: Wann wird denn der Bebauungsplan fertig sein? Wann wird dieses Verfahren abgeschlossen sein? Wann wird er der Bürgerschaft vorgelegt?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Es gibt dort entsprechende Bebauungspläne, und es wäre ganz sinnvoll, dass, wenn die Bebauungspläne jetzt nicht den entsprechenden Stand haben, man mit den Investoren spricht, sich einigt, und wenn es dort machbare Änderungen zum Bebauungsplan gibt, dass man das dann in enger Abstimmung mit einem potentiellen Investor dann auch der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorlegt, Frau Hövelmann. Dort sind die Gespräche, wie gesagt, in gutem Verlauf, aber ich kann auch keinen Investoren zwingen, sein Geld hier zu lassen, sondern da müssen wir eine Menge Überzeugungsarbeit leisten, und das wird vom Ressort aktiv gemacht.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Da stimmen wir überein. Nun haben Sie uns aber eben mitgeteilt, dass bei zwei Investoren der Verlauf positiv ist, und wenn man so eine Aussage machen kann, ist es sicher auch möglich zu sagen, welche Fragen sich noch rund um den Bebauungsplan ranken und wie bald das Ressort optimistisch und zuversichtlich diese Fragen beantwortet hat, immer mit dem Ziel, das haben Sie deutlich formuliert für den Senat, Herr Senator, dieses potentielle Wohngebiet zu entwickeln. Also: Wann? Wir warten schon so lange.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich will die Frage an eine profilierte Bildungspolitikerin der SPD zurückgeben. Zum Beispiel hat ein Investor den Wunsch geäußert, dass die Grundschule dort erhalten bleibt und er dort seine Grundstücke als leichter veräußerbar ansieht, wenn er ein entsprechendes Schulangebot machen kann. Wenn Sie sich also in der Bildungsdeputation dafür einsetzen, dass diese Schule erhalten bleibt, können wir vielleicht

auch eher mit dem Investor einen Vertrag schließen, liebe Frau Hövelmann.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Mit Freuden, Herr Senator, nehme ich diesen Ball auf, denn wir haben vorhin in der Frage fünf gehört, dass der Senat in seiner Gesamtverantwortung gesagt hat, darf ich noch einmal aus dem Kopf zitieren, 45 Schülerinnen und Schüler, und die Schule bleibt erhalten. Eine gewisse Zahl von Schülern ist schon da. Ich bin ganz sicher, dass bei dem Potential, von dem Sie eben gesprochen haben, nämlich dass sich 230 Wohneinheiten entwickeln lassen, sich das Ganze hochrechnen lässt. Sie können schon ganz zuversichtlich dem Investor sagen, dass die Schule erhalten bleibt, denn mit 45 Kindern ist für Strom zu rechnen bei 230 neuen Wohneinheiten. Ich frage Sie jetzt, Herr Senator: Warum zögern Sie noch?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Weil ich nicht der Investor bin, Frau Hövelmann!

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Nein, aber die Frage können Sie beantworten!

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Senator!

Senator Eckhoff: Ich weiß nicht, ob ich die Frage vorhin so deutlich beantwortet habe. Ich nehme das mit, dass Sie das so sagen. Trotzdem wird es für uns natürlich schwierig sein, im Bebauungsplan die Anzahl der Kinder festzulegen, die in jedes Haus einziehen müssen. Daher weiß man im Endeffekt immer erst am Ende der Verkaufszahlen, ob wirklich so viele Kinder eingezogen sind, wie das statistisch vorgesehen ist. Da auch ein Verkauf von solchen Grundstücken eine Zeit dauert, der Bau von Häusern eine Zeit dauert, hoffe ich nicht, dass der Bildungssenator bis dahin Fakten geschaffen hat, die wir dann nicht wieder zurückholen können. Aber ich sehe, wir beide sind, wie häufig auch in der letzten Legislaturperiode, Frau Hövelmann, eng beisammen und werden uns dafür einsetzen.

Vizepräsident Ravens: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Hövelmann** (SPD): Ich gehe davon aus, Herr Senator, dass Sie daran arbeiten werden, dass wir sowohl das eine bekommen und

das zweite erhalten. Die Botschaft nehme ich gern mit. Danke schön!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann sorgen Sie einmal für Kinder, von mir aus auch in Strom! - Senator Eckhoff: Dafür haben wir in Strom den Abgeordneten Imhoff, Frau Kollegin Linnert! - Heiterkeit)

Vizepräsident Ravens: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die elfte und letzte Anfrage für heute trägt die Überschrift „**Weserpark**“. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Reichert, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie steht der Senat zu der Absicht von Radio Bremen, das zurzeit vom Sender genutzte Grundstück an der Hans-Bredow-Straße zur Ansiedlung eines großflächigen Einzelhandelszentrums zu veräußern?

Zweitens: Hält der Senat die Ansiedlung eines weiteren Einkaufsmarktes im Bereich Weserpark im Hinblick auf die angestrebte Stabilisierung der Stadtteilzentren für vertretbar?

Drittens: Durch welche Maßnahmen will der Senat gegebenenfalls die zusätzlichen Belastungen für den Bremer Osten kompensieren?

Vizepräsident Ravens: Die Anfrage wird beantwortet von Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Voraussetzung für den Neubau von Radio Bremen im Stephaniviertel ist unter anderem die erfolgreiche Vermarktung der Altimmobilien, das heißt auch des Grundbesitzes an der Hans-Bredow-Straße. Dazu hat Radio Bremen ein überregionales Ausschreibungsverfahren durchgeführt. Grundlage für das Ausschreibungsverfahren war unter anderem der vorliegende Bebauungsplanentwurf 2174, der Einzelhandel nur ausnahmsweise zulässt. Nach Angaben von Radio Bremen werden seitens der Interessenten gleichwohl Einzelhandelsnutzungen angestrebt.

Das von Radio Bremen eingeschaltete Projektsteuerungsbüro bewertet derzeit die eingegange-

nen Angebote. Um das Altgrundstück an der Hans-Bredow-Straße möglichst ohne gravierende Beeinträchtigungen für die Innenstadt, die Stadtteilzentren oder für den Weserpark zu entwickeln, werden unter Federführung des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr mit Unterstützung des Senators für Wirtschaft und Häfen Gespräche mit Radio Bremen geführt und Prüfungen veranlasst. In diese Gespräche und Prüfungen sind auch die Nachbargemeinden und der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. eingebunden. Erst nach Abschluss dieser Prüfungen ist eine fundierte Positionsbestimmung für den Senat möglich.

Zu Frage zwei: Für Bremen sind im Zentrenkonzept mit Schwerpunkt Einzelhandel Zielvorstellungen formuliert, die den Zentren sowie näher benannten großflächigen Einzelhandelsagglomerationen wie zum Beispiel dem Weserpark einen besonderen Stellenwert in der Entwicklung der Stadt einräumen. Dabei wird das Ziel verfolgt, großflächige Einzelhandelsansiedlungen nicht in Konkurrenz zu bestehenden Standorten, insbesondere den Stadtteilzentren, treten zu lassen, sondern sie in diese zu integrieren. In Abhängigkeit von Angebot und Flächengröße können sie als Frequenzbringer einen Beitrag leisten, die Zukunftsfähigkeit dieser Standorte zu verbessern. Diese Grundsätze sollen auch für eine weitere vertretbare Entwicklung des Weserparkareals gelten.

Zu Frage drei: Ohne Ergebnisse der oben genannten Prüfungen ist eine Antwort auf diese Frage sinnvoll nicht möglich. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Ravens: Frau Kollegin Reichert, haben Sie eine Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Habe ich Sie eben richtig verstanden, dass der Senat bei einem großflächigen Einzelhandel auf dem Radio-Bremen-Grundstück an der Hans-Bredow-Straße Beeinträchtigungen für die Innenstadt, die Stadtteilzentren und den Weserpark zumindest zurzeit nicht ausschließen kann und deshalb quasi eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat, die die Gespräche mit Radio Bremen, den Nachbargemeinden, dem Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. und, ich hoffe, auch mit den betroffenen Ortsteilbeiräten führen wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Es ist in dem Sinne, wie Sie es sagen, und aus diesen Arbeiten heraus sollen Prüfungen erfolgen. Es sollen Gutachten über die Verträglichkeit dieses Standorts für eine Einzelhandelsnutzung erarbeitet werden.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Reichert** (SPD): Ich würde noch gern eine weitere Zusatzfrage stellen, und zwar: Darf ich davon ausgehen, dass nach Klärung der Position Bremens, also nach Auswertung der möglicherweise zu erstellenden Gutachten zur künftigen Nutzung des Radio-Bremen-Grundstücks an der Hans-Bredow-Straße, zeitgleich ein Maßnahmenkatalog als Kompensation für den betroffenen Bereich erarbeitet und finanziell abgesichert wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Das kann ich im Moment nicht zusagen, weil ich überhaupt nicht weiß, wie die Begutachtung und die Entscheidung des Senats ausgehen werden.

Vizepräsident Ravens: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr, Herr Kollege Görtz!

Abg. **Görtz** (SPD): Ich wollte gern nachfragen, wie es zeitmäßig aussieht, bis wann die Gutachten erstellt werden sollen.

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Das kann ich Ihnen im Moment nicht beantworten. Ich gehe davon aus, dass das so schnell wie irgend möglich passieren wird.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Gehen Sie davon aus, dass es noch vor März sein wird?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Ich würde es im Moment so einschätzen, dass das möglich ist.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Soll vor Beschlussfassung eines Bebauungsplans durch den Senat und durch die Bürgerschaft das Grundstück an einen Investor verkauft werden? Haben Sie darüber irgendwelche Erkenntnisse?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Ich gehe einmal davon aus, dass ein Investor eine bestimmte Nutzungsvorstellung hat. Diese wird er möglicherweise nur dann realisieren können, wenn sie von dem gegenwärtigen Bebauungsplan abweicht, wenn ent-

sprechende Beschlüsse seitens Bremen gefasst sind, so dass ich einmal vermute, dass sich das so nicht machen lässt, wie Sie das möglicherweise befürchten.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Gibt es einzuhaltende Fristen, zu denen die Erlöse aus dem Verkauf des Radio-Bremen-Grundstücks zu Verfügung stehen müssen?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: Ich weiß nicht, ob Fristen gesetzt worden sind, aber es besteht natürlich das Interesse, dass all diese Dinge zügig laufen.

Vizepräsident Ravens: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Görtz** (SPD): Haben Sie dabei vielleicht eine Zeitvorstellung, was zügig bedeutet?

Vizepräsident Ravens: Bitte, Herr Staatsrat!

Staatsrat Dr. Färber: So schnell wie irgend möglich!

(Abg. Görtz [SPD]: Danke schön!)

Vizepräsident Ravens: Damit ist auch die elfte Anfrage beantwortet.

Wir sind am Ende der Fragestunde. Die beiden letzten Anfragen werden den Fragestellern schriftlich beantwortet werden.

Schwerpunkt der Flächenentwicklung auf Überseestadt legen - konkurrierende Flächenentwicklungen stoppen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23. September 2003
(Drucksache 16/27 S)

Wir verbinden hiermit:

Überseestadt zukunftsorientiert entwickeln

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 7. Oktober 2003
(Drucksache 16/33 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Kollegin Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihnen liegt unser Antrag vor „Schwerpunkt der Flächenentwicklung auf die Überseestadt legen - konkurrierende Flächenentwicklungen stoppen“. Meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind uns darin einig, das hoffe ich jedenfalls, dass die Entwicklung der Überseestadt wohl das wichtigste Stadtentwicklungsprojekt ist, das Bremen sich vorgenommen hat. Die Überseestadt ist die zentrale an die Innenstadt grenzende Fläche, eine Fläche, die die Chance ermöglicht, Grundstücke am Wasser neu zu nutzen, neue Stadtquartiere zu schaffen, Stadtquartiere, in denen sich neue, interessante Architektur mit alter Architektur mischen kann, in denen man neue Wohnformen entwickeln kann, in denen man neue Unternehmen ansiedeln kann, in denen man eine Mischung zwischen Gewerbe, Dienstleistung, Kultur, Gastronomie und Wohnen etablieren kann, wenn man es denn will und wenn man es denn richtig macht. Spätestens an diesem Punkt gehen offensichtlich die Meinungen vom Bündnis 90/Die Grünen und der großen Koalition auseinander.

Wir sagen, wir wollen in der Überseestadt eine erstklassige Adresse schaffen. Wir wollen das seit vielen Jahren, und ich muss auch dazu sagen, ich bin sehr froh, dass wir inzwischen so weit gekommen sind, dass die Überseestadt tatsächlich Formen annimmt, spätestens seit der Speicher XI eröffnet hat, seitdem die Kunsthochschule in die Überseestadt gezogen ist. Das ist ein erstes positives, sichtbares Merkmal, dass dort auch Leben in die Überseestadt kommt. Das finden wir sehr positiv.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wie schafft man es nun, erstklassige neue Adressen zu schaffen? Das will die SPD, das will die CDU, das steht auch alles so in Ihrem schönen Antrag. Das kann aus unserer Sicht aber nur dann gelingen, wenn man diese Fläche ernst nimmt, wenn man sie zu der zentralen Fläche macht, wenn mal alle, aber auch alle Vermarktungsschwerpunkte auf diese Fläche konzentriert. Genau das tun Sie nicht! Sie machen weiter wie bisher. Sie glauben, Bremen hat genügend Platz, die Stadt immer weiter in alle Himmelsrichtungen auszudehnen. Diese Art der Politik, dieser Überseestadt in der eigenen Stadt die Konkurrenz vor die Nase zu setzen, ist zum Scheitern verurteilt. Man kann nur eines machen: Man muss sich auf die Fläche, die man nun wirklich schwerpunktmäßig

entwickeln will, konzentrieren, oder es wird alles nach hinten losgehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Aus diesen Gründen werden Sie uns hier heute schlüssig darzulegen haben, wie Sie Ihre Geldverschwendungsmechanik, das sage ich hier jetzt einfach einmal so, was die Westerweiterung des Technologieparks angeht, wirtschaftspolitisch, stadtentwicklungspolitisch und finanzpolitisch begründen wollen. 55 Millionen Euro soll die Westerweiterung des Technologieparks kosten. Da sind dann so nette Kleinigkeiten dabei, das konnten wir aus der Vorlage für die Wirtschaftsförderungsausschüsse am vergangenen Mittwoch sehen, wie sieben Millionen Euro für die Verlagerung eines Campingplatzes, der dort, wo er liegt, gut liegt, neun Millionen Euro für eine Brücke über den Kuhgraben!

Meine Damen und Herren, was ist das für ein Wahnsinn? Wenn Brücken Sinn machen, dann doch nicht über den Kuhgraben. Bauen Sie eine Brücke über den Europahafen, dort liegen die Chancen für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung und nicht, indem Sie die Uniwildnis zerstören, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen Sie mir bitte auch nicht mit Ihren Hofberichterstatern vom BAW, die haben ja wie immer auch Ihre Pflichtbroschüren zum Technologiepark veröffentlicht! Darin steht dann, was sich dort in den letzten Jahren so alles angesiedelt hat und wie es aufwärts geht und wie viele Prozente hier von und davon. Mich hat, was den jetzigen Technologiepark angeht, ein Satz besonders beeindruckt, da steht nämlich, die Hälfte der ansässigen Unternehmen im jetzigen Technologiepark ist auf die Nähe der Universität angewiesen. Wenn man umgekehrt argumentiert, heißt das, dass die Hälfte derjenigen Unternehmen, die jetzt schon im Technologiepark sind, dort überhaupt nicht zwangsläufig sein muss. Insofern stellt sich doch die Frage: Wie will man es zukünftig anstellen, dass man den Technologiepark nicht immer weiter voll laufen lässt mit Unternehmen, die in Wirklichkeit die Adresse Technologiepark ausnutzen, die aber genauso gut auch in der Überseestadt anzusiedeln wären?

Das setzt natürlich voraus, dass man nicht a, b, c, d, e, f anbietet und den Investoren und Unternehmen sagt: Geht einmal dahin, wohin ihr wollt. Nein! Die Stadt muss sich dann auch bemühen, die Überseestadt zu einer Topadresse zu entwickeln. Das muss die BIG tun, das muss die Überseestadt GmbH tun, und das müssen die politi-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

schen Kräfte hier wollen und unterstützen. Sie machen es genau verkehrt, indem Sie nämlich ein Flächenüberangebot produzieren, bei dem unserer Auffassung nach dann niemals die Überseestadt das zentrale Stadtentwicklungsprojekt der nächsten Jahrzehnte werden kann, meine Damen und Herren!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Insofern finde ich diese Entscheidung, den Technologiepark zu erweitern, statt hier diese hervorragende Fläche, eine alte Fläche, zu entwickeln, fatal. Das Geld, das notwendig ist, um das zu tun, ist nicht wenig, das wissen wir. Das Organisieren der dafür notwendigen Finanzen ist ein Großprojekt. Wir sagen: Dies ist eines der Großprojekte, die wir Grünen unterstützen. Wir unterstützen es deshalb, weil es sich hier um eine alte innenstadtnah gelegene Fläche handelt, weil man für die Entwicklung dieser Fläche der Stadt eben nicht immer weiter an die Stadtränder ausdehnen muss, weil man eben nicht Natur zerstören muss, sondern weil man alte Flächen wieder mit neuem Leben füllen kann. Das ist eine vorausschauende, eine umweltfreundliche Stadtentwicklungspolitik, aber man muss sich wirklich darauf konzentrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sagen Sie uns, wie Sie es schaffen wollen, die Investoren für die Überseestadt hier in der Stadt zu gewinnen! Wo ist aus Ihrer Sicht das Potential? Wir glauben, dass Bremen von seinen finanziellen und auch von seinen unternehmerischen Kapazitäten eine beschränkte Ressource hat. Da muss man sich doch überlegen, wohin es in den nächsten Jahrzehnten gehen soll. Wollen wir uns nach wie vor in alle Richtungen ausdehnen, oder sagen wir nun endlich einmal, der Technologiepark, so, wie er jetzt ist, ist von seiner Ausdehnung in Ordnung? Wir wollen ihn nachverdichten, das nehmen wir auch ernst, aber irgendwann ist auch Schluss. Die zukünftigen Entwicklungsflächen liegen eben in den Hafenvierteln und nicht in den Naturflächen, geschweige denn im Hollerland, wohin Herr Senator Eckhoff den Technologiepark in noch absurderer Weise immer weiter ausdehnen will.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es ernst meinen mit der Entwicklung der Überseestadt, dann bitte ich Sie, unseren Antrag ernst zu nehmen, unserem Antrag zuzustimmen! In Ihrem Antrag stehen viele schöne, inhaltlich richtige Sätze, die ich gut finde, die kann ich unterschreiben. Der entscheidende Unterschied aber zwischen unserem Antrag und Ihrem Antrag ist: Man kann das eine nur tun, wenn man das andere lässt, und man muss, wenn man eine so große Fläche von 300

Hektar für die nächsten Jahrzehnte fit machen will und damit auch die Stadt weiterentwickeln will, auf Konkurrenzflächen verzichten. Das ist meine feste Überzeugung, und insofern würde ich Sie doch bitten, Ihren Antrag zurückzuziehen und unserem Antrag zuzustimmen, weil er einfach der bessere ist. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir diskutieren ja unter diesem Tagesordnungspunkt im Wesentlichen über die weitere Entwicklung der Überseestadt. Ich denke, dass wir auch im Verhältnis zu vielen Debatten vor mehreren Jahren hier im Hause in der Tat weitergekommen sind und einen Konsens darüber haben, dass es sich bei der Überseestadt um ein zentrales Stadtentwicklungs- und strukturpolitisches Projekt und Vorhaben Bremens handelt. Aber - und dann will ich auch gleich auf das kommen, was die Kollegin Krusche angesprochen hat - es gibt offensichtlich einen Unterschied, wenn man sich den Zusammenhang zu der Entwicklung mit anderen Gewerbeflächen und stadtentwicklungspolitisch bedeutsamen Gebieten anschaut.

Ich halte den Antrag der Grünen für nicht zustimmungsfähig, und wir haben deshalb seitens der Koalition einen eigenen gemacht, weil die Konsequenz dieses Antrages wäre, dass wir aus der Überseestadt ein Allerweltsgewerbegebiet machen würden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

Ja, genau das ist die Konsequenz, wenn man das Thema zu Ende denkt, und zwar deshalb ein Allerweltsgewerbegebiet, weil Sie ja in Ihrem Antrag formulieren, Sie wollen einen absoluten Schwerpunkt auf dieses Gebiet setzen und alle anderen gewerblichen Entwicklungen stoppen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Konkurrierende!)

Ich will deutlich sagen, wir wollen - und ich habe das auch so verstanden, liebe Frau Kollegin Krusche, dass wir es gemeinsam wollen -, dass die Überseestadt ein bestimmtes Profil erhält, was von der Lage am Wasser, von der Lage und der Nähe zur Innenstadt und zu den anderen Stadtquartieren gespeist wird, ein Profil also, das sicherlich noch ausgeprägt werden muss, aber an dem ja gearbeitet wird. Was die gewerbliche und

die wirtschaftsstrukturpolitische Entwicklung in der Stadt betrifft, vertreten wir als Sozialdemokraten jedenfalls ein Konzept, was sich jeweils konkrete Profile für Gewerbeflächen vornimmt und vorstellt. Das ist der Hintergrund, warum wir das Technopoliskonzept vorgelegt und gesagt haben, macht technologieorientierte Standorte nicht an einem Platz, zum Beispiel im Technologiepark Universität, sondern zieht so etwas über die ganze Stadt!

Das, was Sie vorlegen, ist der alte Fehler, nur andersherum. Der alte Fehler der Gewerbeflächenentwicklung war, dass wir nämlich in dieser Stadt eine Situation hatten, als alles sich immer nur um den Technologiepark Universität drehte und alles sozusagen eine Monoorientierung in der Gewerbeflächendiskussion hatte. Die übertragen Sie jetzt und wollen diese Monoorientierung in die Überseestadt transportieren. Die Konsequenz ist doch dann, dass Sie davon reden, alles zu stoppen.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Konkurrerierende Flächen, das ist etwas anderes!)

Konkurrerierende Flächen! Dann müssen Sie das gleich noch einmal präzisieren! Die Frage ist doch: Heißt das, dass sich Unternehmen mit großem Flächenverbrauch, wie wir sie im GVZ haben, mit Logistikorientierung und Lkw in der Überseestadt ansiedeln sollen?

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch! Sie wissen doch genau, was gemeint ist!)

Dann muss man es präziser in seinem Antrag fassen, wenn sich so etwas etwa im Bereich der Überseestadt finden lassen soll. Das finde ich falsch! Ich weiß, dass Sie das auch falsch finden. Ich finde nur, Ihr Antrag ist an der Stelle unpräzise und unsauber. Was Sie hier wollen, ist eine Debatte über den Technologiepark und die Westweiterung des Technologieparks. Dann bringen Sie bitte auch so einen Antrag ein, aber lassen Sie das Schiff nicht unter dem Segel Überseestadt fahren, weil ich das richtig ärgerlich finde, weil wir nämlich damit die Konzentration auf dieses wichtige Thema Überseestadt wegbekommen. Das verschwindet dadurch, es wird dadurch überlagert, dass man andere Kampfthemen aufmacht, und das geht dann so weit, dass ich heute in einer der bremischen Zeitungen lesen kann, wenn das so weiterginge, dann würde die Überseestadt so etwas werden wie der Space-Park.

So macht man ein Projekt kaputt. Ich finde, das ist eine falsche Konsequenz, die aus der Debatte gezogen wird, und ich kann nur davor warnen, dass wir in diese Richtung weitergehen. Also Strich da-

runter! Der Grund und die Notwendigkeit, einen eigenen Antrag vorzulegen, hat sich daraus gespeist, dass leider mit dieser absoluten Schwerpunktsetzung und der Formulierung im Grünen-Antrag sämtliche Flächenentwicklungsvorhaben, und das kann ich nicht anders lesen, auch GVZ,

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

auch Bremer Industriepark - was soll ich denn unter „sämtliche“ verstehen, bitte sehr? - in der Überseestadt einen sinnvollen Alternativstandort finden können, so die Formulierung im Antrag der Grünen. Das lehnen wir ab. Darum bitte ich, diesen Antrag der Grünen nicht zu unterstützen, sondern hier dem Antrag der Koalition zu folgen!

Ich darf vielleicht einmal, meine Damen und Herren, kurz ein, zwei Punkte zum Antrag der Koalition sagen beziehungsweise mich der Frage nähern, was wir denn eigentlich wollen als Sozialdemokraten, die wir gemeinsam hier mit der CDU eben diesen Antrag vorgelegt haben. Wir hätten das eigentlich alles zwei Tage nach der Expo Real in München diskutieren sollen. Da hatten wir die wunderbare Situation, dass Bremen sich mit der Überseestadt ganz hervorragend präsentiert hat, und ich kann hier nur sagen, meine Damen und Herren, machen Sie den Weg ins Forum Böttcherstraße!

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kostet fünf Euro Eintritt!)

Dort steht dieses Modell jetzt ausgestellt, das ist ein super Ding. Es lohnt sich auch, sich das dort anzuschauen. Wir waren in der Situation, dass wir das vor vier Wochen hätten diskutieren können, aber die Metropole München hat uns das ja mit den Schwierigkeiten auf dem Flughafen verdorben, wo man dann froh ist, dass wir einen so leistungsfähigen Bremer Flughafen haben, aber das ist vielleicht nur am Rande zu benennen. Wir haben in unserem Antrag vier Punkte, auf die ich kurz eingehen will.

Erstens: Wir wollen, dass der jetzt vorliegende Masterplan weiterentwickelt wird. Das heißt, er muss jetzt in den einzelnen Bereichen fortentwickelt werden, und dazu erwarten wir die Vorlage eines Konzepts im Sommer nächsten Jahres, was den Punkt dieses eigenen Profils für die Überseestadt deutlich macht. Wir erwarten, eine Darlegung zu bekommen, wie in welchen Bereichen eine eigenständige Adresse für Dienstleistung, Gewerbe und Technologie entwickelt werden kann, wie wir das wichtige Thema des Wohnens an den attraktiven Wasserlagen realisieren können und letztlich wie eine Perspektive und Zukunft auch für

die ansässigen Unternehmen berücksichtigt und eingeleitet werden kann. Das ist Punkt eins unseres Antrags, den wir hier zur Beschlussfassung vorlegen.

Punkt zwei ist der wichtige Zusammenhang zur Ansiedlung Radio Bremens im Faulenquartier und der Entwicklung der dahinter liegenden Hafenvorstadt. Ich will dazu sagen, dies ist doch ein ganz zentraler Punkt, dass es uns hier gelingt, nicht nur im Bereich der Überseestadt selbst, also nördlich der B 75 eine Entwicklung voranzutreiben, sondern dass wir auch in das Stephaniviertel, mit all seinen Schwierigkeiten der letzten Jahre, das muss man ja offen so sagen, Schwung hinein bekommen wollen. Darum ist es ja auch gut, dass wir in der vergangenen Woche auch die verkehrliche Anbindung beschlossen haben, und ich will an der Stelle sagen, dass ich auch sehr froh darüber bin, dass wir die verkehrliche Anbindung nicht nur als Straße machen, sondern auch mit einer Straßenbahnführung wollen, weil wir ja gerade den urbanen Charakter für das Gebiet herausarbeiten. Das ist Punkt zwei.

Punkt drei unterstreicht noch einmal die Entwicklungen rund um den Speicher XI, und ich will noch einmal sagen, dass wir dort neue Wirtschaftsbereiche, wie zum Beispiel die Windkraftindustrie und die Windkraftwirtschaft haben. Ich glaube, bei allen Debatten, die hier und da auf Bundesebene herrschen, haben wir als Bremer und Bremerhavener ein elementares Interesse daran, dass dieser Bereich Energiemeile und Windkraftgewerbe sich weiter entwickelt und wir dort auch Möglichkeiten dafür bieten.

Letzter Punkt, und ich finde, damit unterstreichen wir noch einmal, wie viel uns daran gelegen ist, dass die Überseestadt ein Dauerthema ist! Natürlich ist es bei so einem zentralen stadtpolitischen Herangehen so, dass man immer darüber redet, dass immer wieder geschaut wird, wo wir besser werden und wir die Dinge vorantreiben können. Wir wollen, dass dies auch hier in der Bürgerschaft passiert. Ich wüsste keinen Bereich in dieser Stadt, wo die Bürgerschaft den Senat bittet, dass wir uns in regelmäßigen Abständen - wir schlagen in dem Antrag vor, alle zwei Jahre - mit einem ausführlichen Entwicklungsbericht über diese Überseestadt auseinander setzen und befassen. Das machen wir, glaube ich, für keinen anderen Bereich in dieser Stadt. Das hat auch etwas mit Controlling und parlamentarischer Kontrolle zu tun, aber es soll vor allem dazu dienen, dass wir von Seiten des Parlaments die Entwicklung dieser Überseestadt vernünftig vorantreiben.

Also, meine Damen und Herren, ich bitte darum, dass der Antrag der Koalition hier breite Unter-

stützung findet. Kollegin Krusche hat ja gesagt, dass darin viele vernünftige Dinge stehen, denen man dann vielleicht auch insgesamt im Haus zustimmen kann. Ich werbe dafür, dass wir nicht monostrukturiert denken, sondern weiter an einer Überlegung festhalten, wie wir es als Sozialdemokraten mit Technopolis formuliert haben, nämlich daran festhalten, für jeweilige Bedarfe und wirtschaftliche Notwendigkeiten auch die Gebiete mit entsprechendem Profil anzubieten, und dann, da bin ich sicher, wird die Überseestadt in der ersten Liga spielen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Frau Kollegin Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Sieling, es besteht Konsens in vielen Bereichen, aber vielleicht besteht ja auch ein Konsens zu dritt, nämlich dass der Auftritt der BIG in München eine hervorragende Werbekampagne für Bremen war. Das, denke ich, gilt es hier noch einmal zu erwähnen. Wir fanden in München einen sehr offenen, sehr kommunikativen Stand vor, der wirklich umlagert war von Interessenten und dort für einiges Interesse gesorgt hat. Ich denke, der Bremer Stand war ein toller Anziehungspunkt, und es war sicherlich der Auftritt der BIG auf der Expo Real den Aufwand wert.

Abgesehen von den Punkten, in denen Konsens mit Herrn Sieling besteht, auch was die Widersprüchlichkeit des Grünen-Antrages angeht, möchte ich noch einmal darauf eingehen, dass das Thema des Antrages der Grünen die Konzentration der Gewerbeflächenentwicklung auf die Überseestadt ist und auch die Wohnflächenentwicklung mit einbezieht.

Zu den Beispielen, die eben schon genannt wurden, wie den Industriepark, darf ich noch ein paar andere Gewerbegebiete nennen, die auch noch einmal zeigen, dass Sie sich die Argumentation in Ihrem Antrag noch einmal überlegen sollten. Was ist denn zum Beispiel mit dem Vulkan-Gelände? Dort hat sich die Windenergie etabliert, und wir werden ganz sicherlich auch in der Überseestadt Windenergie ansiedeln und sehen darin gerade auch eine Chance für neue Technologien. Oder nehmen wir Airport-City, die auch gerade für Dienstleister gedacht ist, die für Gründerzentren gedacht ist, die für Technologie gedacht ist! Das alles haben Sie mitbeschlossen! Insofern ist es ein bisschen schwierig, Ihren Antrag zu verstehen. Der Grundtenor Ihres Antrages, das hat sich ja jetzt auch in der Debatte bestätigt, ist es einmal mehr, über den Technologiepark zu diskutieren.

Sie nehmen ja jede Möglichkeit zum Anlass, Ihre Meinung zu sagen. Wir kennen sie inzwischen, aber trotzdem will ich mich noch einmal damit auseinander setzen.

Wie Sie alle wissen, hat sich der Technologiepark gerade dank seiner zielgerichteten Wissenschafts- und Innovationspolitik und gerade auch aufgrund der F-und-E-Kooperationen, die dort stattfinden, und der Förderung von Gründungen aus der Hochschule zu einem der erfolgreichsten nationalen wie internationalen Parks entwickelt. Wie die Entwicklung aktuell aussieht, habe ich Ihnen gestern schon berichtet. Ich wiederhole das gern: 322 Unternehmen und 6200 Arbeitsplätze, das ist der Erfolg dieser ganz besonderen Mischung, gerade auch mit der besonderen Fächerausrichtung der Universität im naturwissenschaftlichen Bereich. Dass er eine ganz besondere Anziehungskraft auf hochwertige Unternehmen und gerade auch auf große Investitionen hat, belegen die Entwicklungen der letzten drei Jahre, über die ich Ihnen gestern auch schon berichtet habe, nämlich die fast 100 neuen Firmen mit etwa 2800 neuen Arbeitsplätzen und einem jährlichen Wachstum von 22 Prozent.

Dieser Effekt, meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Grüne, lässt sich an anderer Stelle nicht doppeln. Wenn Sie die klassischen Bereiche aus dem Technologiepark auslagern würden, so würden Sie den Technologiepark, den besonderen Charme und den besonderen Charakter verwässern und damit den Erfolg dezimieren. Das schließt nicht aus, und auch für die CDU schließt sich das nicht aus, dass in der Überseestadt zum Beispiel eben wie gesagt eine Energiemeile auch mit neuen wissenschaftlichen Strukturen entwickelt wird oder dass sich neue Technologien ansiedeln. Eines aber ist unverzichtbar: Ein Technologiepark an der Uni, das Technologiezentrum, Airport-Stadt, der Science-Park an der IUB müssen sich zu einer optimierten technologieorientierten und jeweils eigenständigen Adresse für Dienstleistung und Wissenschaft entwickeln. So haben wir das gemeinsam in der Koalitionsvereinbarung festgelegt.

Einer von solchen Standorten mag sich in Zukunft in der Überseestadt entwickeln, aber er kann nicht die Funktion des Technologieparks übernehmen. Nun haben Sie gerade die letzten Sitzungen der Wirtschaftsförderungsausschüsse angesprochen. Dort haben wir die Verlagerung des Campingplatzes beschlossen und sind bei der Gelegenheit über die Gesamtkosten unterrichtet worden, die sich im Zusammenhang mit der Westerweiterung des Technologieparks ergeben könnten. Wir waren uns in dieser Sitzung einig, dass diese Kosten hoch sind. Wir haben deshalb das Wirtschaftsres-

sort gebeten, zu einer erheblichen Kostenreduzierung zu kommen, und deswegen haben wir auch Planungsmittel zur Verfügung gestellt. Ich denke, auch da haben wir keinen Dissens und sind uns einig, dass Alternativen überlegt werden müssen, die insgesamt diese ganze Westerweiterung auf verträgliche Beine stellen können.

Sehr geehrte Frau Krusche, Sie beziehen das Thema Wohnen, sagte ich eingangs, in Ihre Konzentration auf die Überseestadt mit ein. Das kann so nicht funktionieren. Sie wissen, wie dringend wir neue Bürger brauchen, aber niemand wird Familien mit Kindern in eine innerstädtische Struktur mit Gewerbe zwingen können.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Fahren Sie einmal nach Amsterdam! Sehr empfehlenswert!)

Wir sind ja nun gerade dabei, Einwohner zu gewinnen und nicht Einwohner an das Umland zu verlieren, weil wir keine geeigneten Flächen zur Verfügung stellen.

Eines muss in diesem Zusammenhang sicherlich auch klar sein: Sonderformen von Wohnen werden in Zukunft ein spannendes Thema sein, in alten Industriegebäuden, in Lofts, und können einen ganz besonderen Charme haben, das ist richtig. Arbeiten und Wohnen ist eines der Themen, die ja jetzt gerade auch an der Hafenkante entwickelt werden. Sicher richtig ist es auch, an Wohnraum in der Nähe des neuen Medienzentrums, in der Nähe zum Faulenquartier, in einer Anbindung an die Stadt zu denken. Aber eines darf in keinem Fall passieren: Durch Wohnbebauung dürfen die ansässigen Unternehmen nicht gefährdet werden.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja!)

Sie sagen da so lässig ja, aber Sie gefährden mit dieser Lässigkeit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen. Das gilt es genau zu verhindern.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Das ist stinkkonservativ!)

Das mag konservativ sein, aber es erhält Arbeitsplätze, und es erhält Finanzkraft. Darüber haben wir ja gerade gestern diskutiert, wie dringend wir sie benötigen.

Insgesamt kann ich den großen Linien von Herrn Dr. Sieling nur zustimmen. Wir haben in unserem Antrag grob skizziert, welche Vorstellungen wir von dem wirklich, da haben Sie Recht, ambitionierten Projekt Überseestadt haben. Zwangsläufig kann man das in einem solchen Antrag nur sehr grob. Im Masterplan, den wir ja gemeinsam be-

schlossen haben, sind Ansätze zur Weiterentwicklung. Wir sind jetzt sehr gespannt, wie der Senat diese Ansätze weiter konkretisiert, und da es ein Projekt ist, das auf zehn bis 20 Jahre oder vielleicht sogar noch länger angelegt ist, denke ich, wird sich dieses Projekt auch mit der Zeit verändern. Wir werden offen und flexibel sein, diese Änderungen auch konstruktiv zu begleiten, aber insgesamt muss es bei der festgelegten Grundlinie des Masterplans bleiben.

Wir werden den Antrag der Grünen ablehnen, und aus den von Herrn Dr. Sieling genannten Gründen bitte ich, dem Antrag der SPD und der CDU zuzustimmen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich freue mich eigentlich, dass das Thema Überseestadt hier diskutiert wird und dadurch in den Mittelpunkt des Interesses gerät. Sehen Sie sich das Modell, und das kann ich wirklich nur jedem anraten, im Paula-Modersohn-Becker-Museum einmal an! Sie haben Recht, es kostet fünf Euro, ich habe sie auch bezahlt, aber man kann ja nebenbei auch noch ein paar Bilder ansehen.

(Zuruf der Abg. Frau Winther [CDU])

Bitte?

(Abg. Frau Winther [CDU]: Im Hafenumuseum ist es künftig frei!)

Ja, zukünftig wird es frei sein, aber umso wichtiger ist es, dass man es sich jetzt in der Innenstadt ansehen kann, und es ist ausgesprochen beeindruckend. Was ich interessant finde, ist, dass es ein bisher sehr abgeschirmtes Gebiet war, und hier wird Ihnen deutlich, welches riesige Entwicklungspotential dahinter steht. Ich habe den Eindruck, dass gerade in der Nachbarschaft, in den umliegenden Wohnarealen, die Stimmung deutlich im Wandel begriffen ist, früher die Ablehnung der Entwicklung dieses alten Hafengebiets, jetzt die Öffnung des Gebiets und damit auch ein deutlicher Stimmungswandel in der Bevölkerung, den ich da wahrnehme.

Wenn hier der Antrag der Grünen diskutiert wird, dann muss man natürlich einen Blick auf unser integriertes Flächenprogramm werfen, und ich denke, das hat eine deutlich formulierte Strategie. Dabei geht es um die Aufwertung von bestehenden Gebieten, aber natürlich auch um die Erschlie-

ßung neuer Standorte. Dabei ist klar, dass die Akquisitionsbemühungen Bremens hier nur mit attraktiven Standorten erfolgreich sein können, wenn die Qualifizierung und Profilierung dieser einzelnen Standorte für die Marktakzeptanz von herausragender Bedeutung ist.

Für uns ist ganz wichtig, dass wir ein jederzeit disponibles, regional und auch qualitativ differenziertes Gewerbeflächenangebot vorweisen und anbieten können und hier nicht eine Fokussierung auf einen und nur einen Standort vornehmen. Das hieße ja, den Standort immer mit demjenigen, der gerade kommt, voll laufen lassen. Ich sage deutlich, dass sich Investoren auch nicht zwangsverpflichten lassen, hier an einen von uns vorgegebenen Standort zu gehen.

In unseren Planungen ist aber auch deutlich, dass die Überseestadt einen sehr hohen Stellenwert hat. Nur, im Umkehrschluss dürfen wir andere Standorte in keiner Weise vernachlässigen. Sie sehen ja selbst durch die Beschlüsse, die wir gerade in den Wirtschaftsförderungsausschüssen hatten, wie wir mit unserem Flächenprogramm und dem natürlich zu wenigen Geld auch flexibel umgehen, auch einmal umswitchen, um der Veränderung in der Nachfrage gerecht zu werden. So haben wir gerade Mittel aus dem GVZ in Richtung Hansalinie verlagert.

Zum Technologiepark! Da ist natürlich klar, dass auch das weitergehen muss, und zwar an der Universität. Ich denke, das ist deutlich, und da benötigt man zur Not dann auch einmal eine Brücke. Eine Brücke über den Europahafen ist, ich betone im Moment, noch nicht angesagt.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, aber ob sie je angesagt sein wird, das ist die Frage!)

Ich bin da ganz optimistisch. An dem Modell kann man nur Begeisterung entwickeln, wenn man das sieht, aber dafür brauchen wir noch ein wenig Zeit.

Was unsere Überseestadt angeht, wissen Sie, das Konzept wird kontinuierlich fortentwickelt. Das haben wir in der Entwicklungskonzeption, im Masterplan gemacht, und so werden wir das auch weiterhin tun müssen und uns den Entwicklungen weiterhin anpassen müssen. Man muss sich immer verdeutlichen, dass es hier um ein Projekt geht, das über 20 Jahre angelegt ist.

Weil wir eigentlich aber erst seit drei, vier Jahren konkret dabei sind, habe ich den Eindruck, dass wir da schon eine ganze Menge erledigt und vieles in Arbeit haben, und ich denke, und das freut

mich besonders, dass der Auftritt der BIG bei der Expo Real ja eben gerade mit diesem Modell so gelungen ist, dass wir hier noch deutlich mehr Öffentlichkeitsarbeit machen, machen werden, machen müssen.

Ich sehe in der Entwicklung dieses Gebiets eigentlich sehr viele Gemeinsamkeiten, und deswegen appelliere ich an Sie, lassen Sie uns die Überseestadt hier gemeinsam vernünftig weiterentwickeln! Viele Gemeinsamkeiten sind gegeben, aber das Ganze kann nicht gegen andere Standorte passieren. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche es noch einmal, aus zweierlei Gründen, denn die Übereinstimmungen sind ja in der Tat groß, das will ich gar nicht bestreiten. Ich bin die Letzte, die kritisiert, dass es endlich ein ordentliches Modell gibt, das man richtig gut sehen, ausstellen kann und vor allen Dingen auch überregional, wie auf der Expo Real geschehen, vermarktet. Das ist alles in Ordnung. Was ich zurückweisen muss, lieber Kollege Dr. Sieling, dass Sie mich bewusst falsch verstehen!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich habe den Antrag gelesen!)

Natürlich denke ich nicht im Traum daran, wäre ja völlig idiotisch, das GVZ in die Überseestadt zu verlagern. Mir so etwas zu unterstellen, das tun Sie wider besseres Wissen!

(Abg. Dr. Sieling [SPD]: Ich habe den Antrag gelesen! Nur den Antrag!)

Mein Interesse ist, dass dort neue, interessante Quartiere mit unterschiedlichen Profilen entstehen. Selbstverständlich: Windenergie ist ein Profil, Kultur, Kunst kann ein anderes sein. Was ich nicht verstehe, Frau Winther, ist, dass sich Ihnen bei dem Wort Wohnen immer noch die Nackenhaare sträuben. Es tut mir Leid, Sie sind von vorvorgestern!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich verweise ausdrücklich auf die Veranstaltungsreihe, die hier betitelt ist mit der größten Baustelle

Europas, das klingt vielleicht ein wenig zu großartig. Da hätten Sie gerade vor ein paar Tagen Herrn Christiaan aus Rotterdam hören können. Er hätte Ihnen in wunderschönen Bildern gezeigt, welchen Entwicklungsschub die Städte Amsterdam und Rotterdam genommen haben, indem sie die Wasserfronten zum Wohnen nutzen,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

indem sie dort neue Architektur hinbringen, die sich von unseren Einfamilienhäusern unterscheidet! Wenn Sie heute immer noch der Meinung sind, dass wir ausschließlich in Bremen nur das Einfamilienhaus bauen müssen, obgleich wir 46 Prozent Singlehaushalte in Bremen haben: Wo wollen Sie die denn einmal unterbringen, wo wollen Sie denen denn einmal ein interessantes Wohnangebot machen? Wie wollen Sie neue Milieus an die Stadt binden, wie wollen Sie Studenten, Hochschulabgängern, Existenzgründern sagen, hier haben wir eine tolle Fläche, hier ist ein tolles Milieu, was sich entwickeln kann, wenn Sie immer noch sagen: Oh Gott, oh Gott, unsere Einfamilienhäuser? Die bauen wir genug! Dafür haben wir ohne Ende Platz in der Stadt. Das verstehe ich immer noch nicht.

Dieser eine Punkt, bei dem wir uns unterscheiden, Herr Dr. Sieling, das ist der, dass wir sagen, um dieses Projekt zu diesem Erfolg, den wir diesem Projekt alle wünschen, werden zu lassen und es über den Status des Modells in eine lebendige Wirklichkeit hinauszubringen, in Menschen, die da hingehen und hingehen wollen, muss man sich konzentrieren. Wir glauben, dass es die Kapazität Bremens nicht hergibt, weil wir eben nicht Rotterdam sind, weil wir eben nicht Hamburg sind, wenn man nicht überall in der Stadt für alle und jeden Flächen anbietet, indem man der BIG und dem Beirat Überseestadt und der Geschäftsführung der Überseestadt GmbH nahe legt, die möglichen Interessenten auf diesen Standort hinzulenken. Das kann man eben nur machen, indem man nicht sagt, na ja, wenn ihr in den Technologiepark gehen wollt, dann geht ihr eben in den Technologiepark, und wenn ihr zufällig einmal in die Überseestadt gehen wollt, dann geht ihr in die Überseestadt! Es muss doch ein Konzept dahinter stecken! Das genau sagt unser Antrag.

In unserem Antrag steht dieser Satz, und ich meine, er ist auch nicht misszuverstehen: sämtliche Flächenentwicklungsvorhaben in Bremen daraufhin zu untersuchen, ob sie in der Überseestadt einen sinnvollen Alternativstandort finden können. Das ist der zentrale Punkt. Das wollen wir, dass Sie nicht einfach sagen, wir haben überall in der Stadt unsere Flächen, sondern tatsächlich auch mit möglichen Unternehmen, mit möglichen Inves-

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

toren ernsthaft prüfen, ob die Überseestadt der geeignete Alternativstandort ist. Ich finde, das kann man in ganz vielen Fällen.

Wenn ich in dem BAW-Gutachten zum Technologiepark lese, wer da inzwischen alles so sitzt, das hat mit Technologiepark ja nur noch in zweiter, dritter, vierter Reihe zu tun. Technologieunternehmen sind, wie gesagt, nur die Hälfte. Was hätte man in den vergangenen Jahren schon tun können, wenn man alle die, die da jetzt eigentlich ohne Grund sitzen, frühzeitig darauf gelenkt und gesagt hätte: Da, in den Hafenviereln, das ist der zukünftige Standort!

Nichts weiter will ich deutlich machen, um diesem Projekt Überseestadt zum Erfolg zu verhelfen und Natur zu erhalten, die Uniwildnis dort zu lassen, wo sie ist, Bäume zu lassen, wo sie stehen, und die Fläche zu nutzen, auf der Platz für alle ist. Das wäre eine fortschrittliche, eine ökologische und eine zukunftsfähige Politik, und es ist schade, dass Sie das einfach nicht mitmachen wollen. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur auf den letzten Punkt der Kollegin Krusche eingehen, weil ich der Auffassung bin, dass wir in der Tat schauen müssen, wie bekommen wir etwas in die Überseestadt hinein, wie bekommen wir dort Projekte gestärkt! Das, was Sie jetzt hier am Pult formuliert haben, behaupte ich einmal, ist schon gemacht worden.

Ich nehme ein ganz prominentes Beispiel: die Ansiedlung Radio Bremens, die Zusammenlegung Radio Bremens. Was hat es für unterschiedliche Standorte in dieser Stadt gegeben, über die nachgedacht worden sind! Es ist darüber nachgedacht worden, alles an der Hans-Bredow-Straße zu konzentrieren, es ist auch über die Vahr nachgedacht worden, es sind auch ganz andere Standorte wie Bahnhofsvorplatz und so weiter angegangen worden. Die Entscheidung, in das Stephaniviertel zu gehen, hat doch einen engen Zusammenhang mit dem Willen, die Überseestadt fortzuentwickeln. Ich finde, das ist genau an dem Beispiel schon gemacht worden und wird auch weiter verfolgt.

Es ist natürlich auch kein Zufall, Staatsrat Färber hat es ja hier genannt, dass unterschiedliche Projekte realisiert worden sind. Die Entscheidung, mit der Hochschule für Künste in den Speicher XI zu gehen, war doch in dem Sinn genau richtig. Das

BLG-Hochhaus umzuwidmen und dafür einen Investor zu finden, war doch richtig. Man muss jetzt natürlich diesen Weg weitergehen, gar keine Frage!

Wir dürfen aber das Kind eben nicht mit dem Bade ausschütten, und man darf nicht ignorieren, dass wir in der Überseestadt zum Beispiel in der wissenschaftlichen Infrastruktur nichts haben und, soweit ich das verstehe, wohl auch auf absehbare Zeit keine größere Ansiedlung möglich ist und wir so gesehen doch nicht in Konkurrenz gehen zum Technologiepark Universität, bei dem wir in der Tat natürlich bei dem einen oder anderen Unternehmen in stärkerer Weise, das sehe ich ganz genau, darauf achten müssten, dass die Leute wirklich einen Bezug zu der Universität und zu Hochschuleinrichtungen haben. Aber wer das will, und sei es nur eine milieubezogene Nähe, da bin ich doch überzeugt, dass ich die Leute lieber dort ansiedele, als dass sie uns dann sagen, Überseestadt ist zwar ganz schön, aber ist für uns leider nicht angemessen, und uns über die Landesgrenzen entfliehen.

Damit müssen wir uns auseinander setzen, das ist die ganze Wirklichkeit. Vor dem Hintergrund ist es auch richtig, und daran würde ich wirklich festhalten, dass wir eine Vielzahl attraktiver, profilierter Standorte haben müssen und eine Konzentration, so wie Sie es in Ihrem Antrag eben doch etwas zu absolut formulieren, nicht tragfähig ist.

Vielleicht können wir so weiter diskutieren, weil ich glaube, es gibt noch einmal einen Punkt, den wir hier gar nicht weiter diskutiert haben: Die Überseestadt richtig voll laufen zu lassen und attraktiv zu machen, auch das hat Staatsrat Färber angesprochen, ist eine richtige Herkulesaufgabe, weil dieses Gebiet eben so riesig ist. Frau Krusche hat ja gesagt, größte Baustelle Europas. Darauf werden wir noch viel Gehirnschmalz verwenden müssen, viel gemeinsam daran arbeiten müssen, und ich würde mir wünschen, dass wir das gemeinsam hinbekommen, und bitte deshalb hier noch einmal um Zustimmung zum Antrag von SPD und CDU. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/27 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/27 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/33 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/33 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Transparente Darstellung der Kosten im Zusammenhang mit Gewerbeflächenentwicklungen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Oktober 2003 (Drucksache 16/37 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es passt ganz gut hintereinander, weil es auch einen Zusammenhang zu der Debatte, die wir eben hier geführt haben, gibt. Die grüne Bürgerschaftsfrak-

tion hat einen Antrag hier in die Stadtbürgerschaft eingebracht, mit dem der Senat gebeten wird, die Kosten, die Gewerbeflächen, ihre Erschließung, ihr Kauf und ihre Bewirtschaftung heute und in Zukunft verursachen, einheitlich und transparent darzustellen.

Es gibt drei Gründe, warum wir darauf gekommen sind, diesen Antrag zu stellen. Der eine ist, dass die Koalition ja selbst im Wahlkampf gegenüber der Öffentlichkeit, aber auch bei den Koalitionsverhandlungen gesagt hat, dass alle Investitionsentscheidungen, und als solche nehmen wir natürlich auch Gewerbeflächenerschließungen, vor dem Hintergrund der angespannten Finanzlage Bremens noch einmal überprüft werden sollen und man sich anschauen will, ob Kosten und fiskalische Effekte in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen.

Die zweite Begründung ist, dass wir eine Kleine Anfrage gestellt hatten, in der wir danach gefragt haben, wie es eigentlich mit dem Technologiepark aussieht, welche Kosten, welche Arbeitsplatzeffekte und welche fiskalischen Effekte da entstanden sind. Da haben wir uns ein bisschen über die doch ziemlich schütterere Antwort des Senats geärgert, der gesagt hat: Ach, bei vielen Punkten wissen wir das eigentlich gar nicht, obwohl, da beißt die Maus ja keinen Faden ab, nach der Landeshaushaltsordnung Wirtschaftlichkeitsberechnungen vorgeschrieben sind.

Die dritte Begründung hängt auch mit der Debatte, die wir hier gestern zum Bericht über die beliebten Unternehmen geführt haben, zusammen. Da hat Herr Staatsrat Färber hier, wie auch schon mehrfach an anderer Stelle, und auch aus dem Finanzressort kommen ja ähnliche Töne, gesagt: Das Parlament muss selbst Verantwortung dafür übernehmen zu sagen, welche Berichte wollen wir eigentlich, wie wollen wir das aufbereitet haben, was will die Politik an Entscheidungsgrundlagen haben, um die richtige Entscheidung zu treffen. Das nehme ich auch noch einmal als Aufforderung auch an die Grünen, da stärker anzumelden, wie wir die Entscheidungsgrundlagen für Investitionen, aber natürlich auch für Zuschüsse in den weichen Politikbereichen eigentlich aufbereitet haben wollen.

Diese drei Begründungen waren es, die uns dazu gebracht haben, diesen Antrag hier heute einzubringen, den Antrag, dass wir für die gesamten Gewerbeflächen, die im integrierten Flächenprogramm aufgelistet sind, eine transparente und einheitliche Darstellung der Wirtschaftlichkeit haben wollen. Also, Kosten und Effekte für die Stadtgemeinde Bremen sollen dargelegt werden.

¹⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

Wir brauchen vergleichende Darstellungen. In der letzten Zeit ist immer deutlicher geworden bei Wirtschaftlichkeitsberechnungen, wenn es welche gibt, in vielen Fällen gibt es welche, das ist schon in Ordnung, sie sind auch nicht immer vom BAW, das werfen wir Ihnen hier jetzt auch nicht vor, aber was in der Vergangenheit schon sehr deutlich geworden ist: dass sie sich in der Qualität sehr stark voneinander unterscheiden, wenn man sagt, wir können uns vielleicht auch nicht mehr alles leisten, und wenn man sagt, wir wollen rationale Grundlagen für Entscheidungen haben, und dazu gehört auch immer eine ökonomische Sichtweise, dass diese Wirtschaftlichkeitsberechnungen dann, weil sie immer nur den Einzelfall beleuchten, nichts taugen, dass sie erst dann, wenn man sie zu den Kosten anderer Gewerbeflächen ins Verhältnis setzt, ein sinnvolles Kriterium für Entscheidungen sind, für welche Gewerbeflächen wir uns eigentlich entscheiden und in welcher Reihenfolge diese eigentlich erschlossen werden sollen, wie sie vermarktet werden sollen. All das wird dann erst als Grundlage gelegt, wenn es eine vergleichende Betrachtung ist oder wenn wir in die Lage versetzt werden, eine vergleichende Betrachtung anzustellen.

Also, die Grünen sagen: Kosten sind eine wichtige Entscheidungsgrundlage. Sie sind aber - das auch noch einmal für alle, die Bedenken haben, dass hier nun das ausschließliche Primat einer ökonomischen Sichtweise ausbrechen soll, zur Beruhigung - nur eine Sichtweise von mehreren. Die Grünen werden weiter daran festhalten, dass wir einen Vorrang für Innenentwicklung wollen, und wir sehen es auch so, dass stadtplanerische Gesichtspunkte bei der Frage, welche Fläche wir eigentlich für was bereitstellen, weiterhin eine wichtige Bedeutung haben werden, aber die Kenntnis darüber, welches Geld die Stadt da hineinsteckt und mit welchem Nutzen wir für die Stadt in den nächsten zehn, 15, 20 Jahren zu rechnen haben, muss ein stärkeres Kriterium werden, muss so aufbereitet werden, dass wir selbst darüber Erkenntnisse gewinnen, damit die Politik überhaupt erst in die Lage versetzt wird zu entscheiden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir wollen diesen Bericht gern als Grundlage nehmen, um dann auch weitere Schritte zu gehen. Das sage ich Ihnen auch, das ist auch kein Geheimnis. Man muss in Zukunft für Wirtschaftlichkeitsberechnungen einheitliche Standards entwickeln. Das ist, glaube ich, eine Aufgabe des Haushalts- und Finanzausschusses in dieser Legislaturperiode. Dafür brauchen wir aber Grundlagen, und der Bericht des Senats, den wir hier einfordern, könnte eine Grundlage liefern, und dann könnten wir uns auch miteinander verständigen,

welche Kriterien wir für die Wirtschaftlichkeitsberechnung haben, welche Ansprüche wir an sie stellen und was verzichtbar ist. Darüber kann man reden. Es geht uns jetzt nicht darum, das unendlich auszudehnen und immer höhere und riesigere Papierhaufen anzurichten, aber es muss eine Verantwortung des Parlaments für die Anforderungen an die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung geben, und diese wollen die Grünen hier mit diesem Antrag einlösen.

Eben in der Debatte ist meiner Meinung nach zu stark voluntaristisch debattiert worden. Die Grünen wollten Sie extra darauf hinweisen, dass nicht nur die Wünsche der Politik oder der großen Koalition hier in Bremen oder die von möglichen Investoren hier eine ausschließliche Leitlinie sind, sondern auch bei der Debatte über die Überseestadt, und wie machen wir das eigentlich mit den anderen zur Verfügung stehenden Flächen, müssen Kostengesichtspunkte eine Rolle spielen. Die Überseestadt wird sehr teuer. Die Grünen sagen, man muss sich dazu bekennen, dass das noch einmal eine riesige finanzpolitische Anstrengung für Bremen ist.

Wenn man aber nicht gleichzeitig überlegt, wie man an anderen Standorten Kosten einsparen kann, dann tut man einfach so, als würde das Geld auf Bäumen wachsen. Wir wissen, dass dies nicht so ist, und dann soll man auch nicht so tun. Man muss sich die Möglichkeit geben, bei anderen Flächenentscheidungen dann auch aus Kostengründen an dem einen oder anderen Punkt zu sagen, nein, und man lässt es liegen. Stellen Sie sich einmal vor, man könnte sogar zu dem Ergebnis kommen, dass man bestimmte Entscheidungen heute nicht trifft, weil andere Generationen nach uns vielleicht auch noch etwas zu entscheiden vorfinden sollen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist der Geist, aus dem wir diesen Antrag geschrieben haben. Er ist vielleicht ein wenig technisch, er listet die gesamten Projekte des integrierten Flächenprogramms auf, und ich habe jetzt von Frau Winther und Herrn Liess gehört, dass sich die große Koalition nicht dazu durchringen kann, diesen Antrag zu beschließen. Ich finde es ein bisschen schade, weil ich ihn nach wie vor für ziemlich harmlos halte. Ich habe hier auch den Senat nicht angegriffen, ich habe nur gesagt, dass wir gemeinsam bei der Frage Kosten und Nutzen für die Stadt ein wenig weiterkommen sollen. Das haben die Grünen auch bei der Debatte um die Regierungserklärung angekündigt, dass wir dazu bereit sind. Das wollten wir hier eigentlich ein wenig einlösen, aber gut, Sie können es nicht beschließen.

Jetzt habe ich gehört, dass Sie bereit sind oder anbieten, dass wir den Antrag gemeinsam an die Deputation für Wirtschaft und Häfen überweisen. Das finde ich in Ordnung. Ich sage aber auch, es ist ein Entgegenkommen von uns an Sie. Wenn Sie den Antrag nämlich hier heute abgelehnt hätten, dann hätten wir all das, was wir hier fragen und worauf wir als ganzes Parlament ein Recht haben, es zu wissen, in Anfragen gekleidet und hätten dann damit den Senat belästigt. Ich sage auch, wir wären da auch ein Stück hartnäckig gewesen, weil es uns schon ernst ist. Wir wollen es auch wirklich wissen.

Wenn Sie jetzt sagen, es ist nicht entscheidungsfähig, vielleicht haben wir auch fachlich Sachen übersehen, wir Grünen sind nicht so, dass wir nicht dazulernen wollen, und wir überweisen das, dann müssen Sie einer Befristung zustimmen, Sie müssen sagen, Überweisung an die Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Beratung und Berichterstattung bis Ende Februar 2004. Unter den Bedingungen lassen sich die Grünen auf eine Überweisung ein. Ich hoffe dann, dass wir hier gemeinsam, wenn wir im März oder April über die Ergebnisse des Berichts debattieren, alle ein wenig schlauer geworden sind und eine Grundlage für eine weitere Politik und neue Sichtweisen über Flächenentscheidungen vorfinden. - Danke!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster erhält das Wort der Abgeordnete Liess.

Abg. **Liess** (SPD)¹⁾: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde versuchen, es jetzt auch relativ kurz zu halten, nachdem Frau Linnert ja schon ein paar entscheidende Punkte gesagt hat.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass die Koalition von Anfang an erklärt hat, dass sie die Investitionen auf den Prüfstand stellen will. Das hat immer auch für die Gewerbeflächenschließung und für die weitere Gewerbeflächenentwicklung gegolten. Deshalb gilt auch der Auftrag zur Überprüfung der Investitionen in diesem Bereich an die Staatsräterunde. Insofern halten wir es dann auch für richtig und angebracht, wenn wir insgesamt eine Gesamtdarstellung über die bereits erfolgten oder die in Planung befindlichen Zahlungen für die einzelnen Gewerbegebiete erhalten.

Im Übrigen, viele dieser Daten gibt es bereits. Sie sind im Beleihungsbericht beschrieben. Wir haben sie in den Wirtschaftsförderungsausschüssen, in den Berichten der Wirtschaftsdeputation. Wir haben sie nicht in der Form der Gesamtdarstellung, und manchmal fehlt der eine oder der andere Teil. Sie würde uns, denke ich, insgesamt und allen nützen.

Das ist unser Angebot, wenn Sie sagen, der Zeitrahmen ist Ihre Bedingung, dann sind dies Angebot und Bedingung, auf die wir uns gemeinsam einlassen können. Das heißt, wir sind dafür, dass es Beratung und Berichterstattung in der Deputation für Wirtschaft und Häfen gibt und dass wir eine zeitliche Befristung bis Ende Februar 2004 machen.

Ich möchte vielleicht aber noch einmal auf einen besonderen Punkt hinweisen, der das in einzelnen Gewerbegebieten etwas schwierig macht. In der Auflistung, die insgesamt in dem Katalog ist, haben wir natürlich auch Gewerbegebiete, bei denen die Planung zum Beispiel noch gar nicht begonnen hat. Das ist natürlich dann auch gerade im Rahmen einer zukünftigen Haushaltsberatung die Frage, ob wir dort noch ansetzen wollen oder nicht ansetzen wollen. Wir werden in diesen Bereichen im Augenblick die so geforderte Wirtschaftlichkeitsrechnung zunächst noch nicht vorfinden können, weil wir noch nichts beauftragt haben.

Ich sage einmal ein Beispiel aus Bremen-Nord, wie das mit dem Science-Park weitergeht, wo er liegen wird, ist klar, aber wie er zugeschnitten werden wird, das ist eben noch nicht klar, und von daher stellen sich dann auch technisch-sachliche Schwierigkeiten ein. Ansonsten bin ich aber froh, wenn das Haus hier gemeinsam zu einem solchen Weg kommt.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Winther.

Abg. Frau **Winther** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann es jetzt eigentlich noch kürzer machen, denn alle wichtigen Punkte sind im Prinzip gesagt. Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Natürlich haben wir für Ihre Fragen auch einige Sympathien, aber ich glaube, dass im Verfahren doch noch einige Überlegungen einzubringen sind, wie man denn konkret mit einem solchen Verfahren umgehen kann, weil es natürlich recht unterschiedlich ist, Herr Liess hat das auch schon gesagt, in welchem Zustand sich ein Gewerbegebiet oder Projekt befindet. Insofern wird man hier auch zu unterschiedlichen Frage-

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

stellungen kommen müssen. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir heute so, wie von Ihnen vorgeschlagen, mit Ihrem Antrag umgehen wollen, weil ich denke, dass er es wert ist, in der Deputation beraten zu werden.

In der letzten Vorlage zur Arberger Marsch zum Beispiel finden Sie Detailangaben, die noch weit über die Angaben hinausgehen, die Sie - sehr geehrte Grüne - hier benannt haben, auch die Arbeitsplatzeffekte. Mit diesen Effekten ist es nicht ganz einfach. Wenn man sie vorher nicht benennt, können Sie auch keine regionalökonomischen oder fiskalischen Effekte nachweisen. Ob Sie das aber mit Vollzeit-, Teilzeit- oder geringfügiger Beschäftigung im Vorwege machen können, das sind auch Fragen, bei denen man sich Gedanken machen muss, wie man das denn vernünftig fassen kann. Gut! Ich sehe, da sind wir uns einig.

Herr Liess hat auch schon gesagt, dass wir im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen beschlossen haben, neue Kriterien für die Überprüfung der Wirtschaftlichkeit neuer Projekte zu erarbeiten. Die Steuerungsgruppe ist aktuell dabei, neue Kriterien zu entwickeln, so dass es da auch noch keine Aussagen gibt. Ich gehe einmal davon aus, dass, wenn im Januar die Steuerungsgruppe Ergebnisse vorlegt, dann auch das Wirtschaftsressort in der Lage ist, Ende Februar Ihrem Wunsch nachzukommen, und dem schließen wir uns an. - Danke schön!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Es ist Überweisung an die Deputation für Wirtschaft und Häfen beantragt zur Beratung und Berichterstattung Ende Februar 2004.

Meine Damen und Herren, ich lasse jetzt abstimmen.

Wer der Überweisung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachennummer 16/37 S an die Deputation für Wirtschaft und Häfen zur Beratung und Berichterstattung Ende Februar 2004 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Überweisungsantrag zu.

(Einstimmig)

Kaufhaus Bamberger für Medienbüros nutzen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Oktober 2003 (Drucksache 16/38 S)

Wir verbinden hiermit:

Preiswerten Büroraum für das Medienquartier ermitteln

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 25. November 2003 (Drucksache 16/48 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält Frau Kollegin Krusche.

Abg. Frau **Krusche** (Bündnis 90/Die Grünen^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jetzt gibt es hier wieder so einen guten Antrag, und ich habe dem Gegenantrag der Koalition entnommen, dass sie leider auch diesem Antrag nicht zustimmen will. Das finde ich sehr schade,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

weil es für meine Begriffe überhaupt keine Begründung gibt, diesem Antrag nicht zu zustimmen. Herr Strohmann nickt, das freut mich außerordentlich!

(Abg. Strohmann [CDU]: Nein, es gibt Begründungen!)

Worum geht es? Radio Bremen will in das Faulenquartier umziehen, und um Radio Bremen herum soll ein Medienzentrum entstehen. Wir haben uns gestern schon sehr intensiv über die Zukunft des Senders unterhalten und sind uns alle darin einig, dass er wichtig ist, nicht nur für unser Bundesland, sondern der Sender soll auch insgesamt weiter existieren. Für das Faulenquartier beziehungsweise Stephaniviertel bedeutet der Umzug Radio Bremens eine sehr wichtige Chance, einen neuen Schub in seiner Entwicklung zu erfahren, von einem lange Jahre doch eher vernachlässigten Stadtrandquartier in den Mittelpunkt zwischen City

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft

und Hafenvorstadt zu geraten. Der Sender Radio Bremen als sozusagen neuer Ankermieter in dem Quartier in neuerrichteten Gebäuden ist wirklich eine einmalige Chance, dieses ganze Quartier zu beleben, neue Menschen in das Quartier zu ziehen und auch hier vielleicht wieder ein Stück mehr Wohnen in den Mittelpunkt zu stellen oder in die Zusammenführung von Menschen, die dort einen Arbeitsplatz und neuen Wohnort finden. Daher begrüßen wir diesen Umzug in das Stephaniviertel ausdrücklich, und wir begrüßen auch, dass es ein Medienzentrum geben soll.

Der Umzug Radio Bremens in das Stephaniviertel ist aber verbunden mit Abrissen. Wir sagen ganz klar, dem Abriss der Diepenau, also dem Parkhaus, in dem die Autos einen Blick auf die Weser haben, anstatt dass dort Menschen auf die Weser schauen können, weinen wir keine Träne nach. Ebenso weinen wir dem Abriss des ehemaligen Saturngebäudes an der Faulenstraße keine Träne nach. Auch das hat eher einen Hässlichkeitspreis verdient als dass es uns erhaltenswert erscheint.

Völlig anders sieht es für uns allerdings mit dem ehemaligen Kaufhaus Bamberger aus. Hier, und das ist der Sinn unseres Antrags, bitten wir Sie darum, doch ernsthaft zu prüfen, ob man nicht dieses Gebäude erhalten kann, und zwar vor folgendem Hintergrund: Wenn man will, dass sich ein Medienzentrum um den Sender Radio Bremen entwickelt, dann bedeutet das auch, dass sich dort Menschen ansiedeln, Menschen, die Geld in die Hand nehmen, die sich in so einem neuen Medienzentrum Räume mieten, und, ich sage einmal, gerade in der Medienszene sind Existenzgründer, die sich vielleicht vorstellen können, dieses Medienzentrum zu beleben, nicht immer diejenigen mit dem größten Portemonnaie. Das heißt, ein funktionierendes Medienzentrum ist für meine Begriffe extrem darauf angewiesen, dass es die Möglichkeit für preiswerten Gewerbe- und Büroraum gibt.

Deswegen sagen wir, man muss prüfen, ob es nicht möglich ist, anstatt dieses ehemalige Kaufhaus Bamberger abzureißen und einen Neubau zu errichten, dass es zu viel kostengünstigeren Mieten kommen wird, wenn man eine Sanierung des bestehenden Gebäudes vornimmt, anstatt dort einen Neubau zu errichten, der dann zu welchen Mietpreisen auch immer auf den Markt gehen muss. Dies ist dann vielleicht kontraproduktiv, weil man dann vielleicht zu hohe Mieten nehmen müsste. Wir sind daher sehr dafür, dies ernsthaft zu prüfen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist der eine wichtige Grund. Preiswerter Wohnraum heißt für uns keine Luxussanierung, eher so nach dem Vorbild Speicher XI, Schlichtsanierung: die Bausubstanz nutzen, Minimalsanierung, so herstellen, dass Menschen einziehen und die Räume nutzen können. Schlicht, einfach, aber preiswert! Das ist der eine Hintergedanke.

Der andere Hintergedanke hat etwas mit der Geschichte dieses ehemaligen Kaufhauses zu tun. Wir glauben, dass dieses ehemalige Kaufhaus ein Zeugnis des jüdischen Lebens in Bremen ist. Es war damals in den dreißiger Jahren ein jüdisches Kaufhaus. Es hat Aufsehen erregt, weil es, soweit ich weiß, das erste Kaufhaus mit einer Rolltreppe war. Es war von seiner Architektur sehr ambitioniert, das kann man auch heute auf alten Fotos noch sehen. Ich glaube, dass es Bremen gut anstünde, dass man mit geschichtlichen Zeugnissen sorgfältig umgehen sollte, gerade wenn es um die wenigen Gebäude geht, die noch an die jüdische Geschichte in Bremen erinnern.

Wir können uns gut vorstellen, dass in einem sanierten Kaufhaus Bamberger unter anderem auch ein Dokumentationsraum entstehen könnte, der zum Beispiel den Inhalt haben könnte, die Geschichte der Innenstadt, die Geschichte des Faulenquartiers mit Dokumenten, mit Bildern wiederzugeben. In diesem Zusammenhang könnte man sehr wohl auch an die Geschichte des Kaufhauses Bamberger erinnern. Ich fände, es stünde Bremen gut an. Man hätte eine Erinnerungsstätte für die Vergangenheit und würde gleichzeitig einer neuen Medienbranche ein Gebäude für die Zukunft erhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das finde ich eine gute Kombination, und daher besagt unser Antrag, es vor einem geplanten Abriss von einem externen Gutachter begutachten zu lassen, was eine einfache Sanierung im Vergleich zu einem Abriss und einem Neubau kostet, was das Günstigere für die zukünftigen Nutzer, für den Stadtteil ist. Erst dann, finde ich, kann man seriös über einen möglichen Abriss dieses alten Gebäudes entscheiden. Geben Sie sich einen Ruck, sagen Sie ja zu diesem Antrag! Ihren Antrag müssen wir leider ablehnen, weil er sich im Grunde genommen schon mit einem Abriss angefreundet hat, und das finden wir verkehrt. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Strohmann.

Abg. **Strohmann** (CDU)¹⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Krusche, ich habe genickt, weil Sie sagten, es gibt keine Argumente gegen Ihren Antrag, und ich habe gemeint, es gibt doch welche.

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Schade!)

Die werde ich Ihnen jetzt vortragen.

So nett und so ambitioniert Ihr Antrag ist! Im ersten Absatz sind wir d'accord. Wir haben gestern den gemeinsamen Schwur für Radio Bremen geleistet, dass wir weiterhin kämpfen. Hinsichtlich der Idee, dass Radio Bremen als Ankermieter, will ich einmal sagen, oder als Kern in so einem Medienzentrum im Stephaniviertel einzieht, gab es nach einer kontroversen Diskussion letztendlich ja auch einen großen Konsens. Jetzt ist natürlich die Frage: Wie soll dieses Medienhaus - so heißt es ja mittlerweile, es hatte ja schon etliche Namen - konzipiert werden? Da geht es nämlich gerade in Ihrem Antrag los, dass wir ihn nicht mitmachen können, weil Sie hier schon wieder ein Korsett in dieses Projekt einbauen wollen: Auf Teufel komm heraus muss die Substanz erhalten werden.

Damit, wie Sie hier unseren Antrag interpretieren, haben wir uns schon angefreundet. Ich glaube, wir müssen ganz offen und offensiv alle Möglichkeiten durchspielen. Da ist die Kosten-Nutzen-Frage natürlich ein wichtiger Faktor. Darauf legen wir nun auch gerade als CDU großen Wert und haben das auch immer getan, ebenso wie darauf, dass dieses Medienhaus durch einen privaten Investor umzusetzen ist. Da geht es schon los! Wie wollen Sie einen Investor suchen, dem Sie sagen: Du sollst hier investieren, aber da muss ein Museum hinein, welcher Art auch immer?

(Abg. Frau Krusche [Bündnis 90/Die Grünen]: Museum habe ich gar nicht gesagt!)

Ja, so eine Ausstellung, aber ich weiß ja, wohin das dann immer führt!

Du musst die Grundsubstanz erhalten, du musst das und das machen. Da wünsche ich uns viel Spaß, jemanden zu finden, der sagt: Ja, ich will da investieren! Deswegen bin ich der Meinung, dass unser Antrag soweit besser und konkreter gefasst ist. Die ersten Abschnitte sind ja eigentlich gleich, aber es ist einfach so, dass wir uns mehrere Optionen offen halten und sehen müssen, was ist das Beste.

Eines ist letztlich nachher entscheidend, bei allem Verständnis für die Ansätze, die Sie hier vorgebracht haben: Letztlich soll das Ganze nachher auch funktionieren, und es soll auch für eine Belegung des Stephaniviertels und auch im Zusammenhang mit der Kostenfrage in Bezug auf Radio Bremen etwas bringen. Da sollen Menschen hinein, die das praktisch mieten können, so preisgünstig wie möglich, das ist ganz klar. Das Gebäude muss aber jedenfalls im Kern auch innovativ sein, es muss auch gute Arbeitsmöglichkeiten bieten und auch angenommen werden. Deshalb muss das natürlich anhand der Interessen der Menschen, die dort nachher kreativ arbeiten wollen, auch konzipiert werden. Deswegen sind wir der Meinung, dass wir uns das alles offen halten müssen, lehnen Ihren Antrag ab und bitten Sie, unseren zu unterstützen. Ich zitiere Sie da einmal: „Weil er einfach besser ist!“ - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Busch.

Abg. Frau **Busch** (SPD)²⁾: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Gäste im Foyer! Wir alle wollen eine städtebauliche Aufwertung des Stephaniviertels beziehungsweise des Faulenquartiers. Wir wollen die Zusammenlegung des Senders Radio Bremen an einem Standort, die Entwicklung eines Medienzentrums und ein Existenzgründerzentrum für Medienunternehmen, da sind wir uns einig. Alle diese Themen beschäftigen uns nun seit geraumer Zeit, und diverse Gutachten wurden dazu erstellt. Ich nenne nur noch einmal das Gutachten der GFL, die Machbarkeitsstudie des Euroland und natürlich, wie sollte es auch anders sein, das Gutachten des BAW-Instituts, das auch immer dabei ist. Die entsprechenden Beschlüsse wurden gefasst.

Kürzlich gab es eine Untersuchung oder eine Umfrage des Instituts Kammerer-Jöbges, welche Unternehmen hier in Bremen bereit wären, in so ein Medienzentrum zu ziehen. Es gab eine Rücklaufquote von der Befragung von 50 Prozent. Das zeigt doch schon, dass ein reges Interesse vorhanden ist. Sachstand ist, es werden zwei Quartiere entwickelt, eines südlich der Faulenstraße, eines nördlich der Faulenstraße. Das haben wir eben bei Frau Krusche schon sehr genau gehört.

Uns beschäftigt heute die Frage, in welcher Form wir ein Gründerzentrum auf dem Grundstück des Kaufhauses Bamberger entwickeln wollen. Bleibt

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

²⁾ Von der Rednerin nicht überprüft.

der Bau bestehen oder ist er abzureißen? Darüber kann aber doch erst entschieden werden, wenn uns klar ist, ob sich die vorhandene Immobilie zugunsten der Bedarfe der künftigen Nutzer, und das ist das A und O, umbauen lässt. Ich habe gehört, dass die Statik Probleme macht. Es muss natürlich sichergestellt sein, dass die hochqualifizierte technologische Infrastruktur sich dort umsetzen lässt, und es ist zu prüfen, in welchem Verhältnis die Kosten für einen Umbau zu den Kosten für einen Neubau stehen und welche Mieten zu erzielen sind. Da sind wir uns völlig einig, Frau Krusche! Es stellt sich auch die Frage, ob es eventuell genügend Büroräume in der Umgebung gibt. Auch das muss noch einmal geprüft werden, und es stellt sich auch die Frage, ob es sich um ein historisch bedeutsames Gebäude handelt.

Zur Beantwortung der erstgenannten Fragen fordern wir mit unserem Koalitionsantrag den Senat auf, entsprechende Prüfungen vorzunehmen. Im Rahmen eines Flächenkatasters wird die BIG die Überprüfung etwaiger vorhandener anderer Büroräume vornehmen. Wichtig ist aber: Junge Unternehmen brauchen zweckmäßige, mit technologischer Infrastruktur ausgestattete Räume, deren sonstige Gestaltung bezahlbar sein muss.

Bleibt die Frage nach der Historie des Gebäudes des Bamberger-Hauses! Dieses Thema, da gebe ich Ihnen Recht, Frau Krusche, ist mit hoher Sensibilität zu behandeln. Ich meine, man könnte sich an diesem Standort eigentlich nichts Besseres vorstellen als ein Existenzgründerzentrum, denn - ich möchte jetzt ein bisschen in die Geschichte eingehen - Julius Bamberger kam 1907 als Existenzgründer nach Bremen. Er fing mit kleinen Häusern an, baute mehrere Läden auf, bis es dann endlich für ihn so weit kam, an dem Standort, über den wir heute reden, dieses Kaufhaus entstehen zu lassen. Es wurde 1929 gebaut, es war ein Hamburger Architekt, der es gebaut hat. Es ist vielleicht auch als gutes Omen zu verstehen, Julius Bamberger fing damals mit 50 Beschäftigten an und konnte die Zahl auf 650 steigern. Wenn das nicht ein gutes Omen für die Leute ist, die wir dort gern in dem Haus hätten!

Gern würde ich Ihnen jetzt Bilder des damaligen Kaufhauses zeigen. Das geht nun nicht, dann muss ich versuchen, das mündlich zu erklären. Es war ein richtig tolles Gebäude. Das hat die Bevölkerung so gesehen, das wurde in der Presse so gesehen. Dass es das erste Kaufhaus mit Rolltreppe war, hat Frau Krusche schon erwähnt. Der Architekt Bernd Nicolai hat dort richtig ein Erstlingswerk in Sachen Kaufhaus errichtet. Dieses Kaufhaus hatte damals große, runde Schaufenster, was neu war, es hatte eine aufwendige Stuckfassade, es hatte zwei Dachterrassen - das finde

ich auch interessant, eine für das Personal, eine für die Kunden -, und man konnte dort einen Blick über das gesamte Viertel richten. In einem Zeitungsinserat hieß es: „Wir bauen ohne jeden Luxus. Reine Zweckmäßigkeit ist das Grundmotiv unseres Hauses.“ Die Frage ist: Kann man so ein Gebäude zerstören?

(Präsident Weber: Nein!)

Ich sage eindeutig: Nein, denn die Zerstörung dieses Gebäudes fand eigentlich schon in den Bombennächten von August und Oktober 1944 statt. Erst 1955 ist das Gebäude wieder aufgebaut worden, und ich glaube, Sie geben mir Recht, den damaligen Charme hat es nicht wieder erlangt.

(Beifall bei der CDU)

Der so genannte Julius-Turm, das ist die Ecke vorn an der Straße, existiert nicht mehr, und der zehnstöckige Anbau, den dieses Haus hatte, musste aus statischen Gründen auf sechs Stockwerke reduziert werden. Eine Identifikation der heutigen Bewohner mit dem Ursprungsgebäude kann es folglich nicht mehr geben. Ich finde es aber ganz wichtig, auch zu erwähnen, dass wir heute nicht die Ersten sind, die sich Gedanken über dieses Gebäude machen. Der verstorbene Unternehmer Bongartz hatte die Idee, das war 1998, aus dem Gebäude ein Wohn- und Geschäftshaus zu errichten. Absolventen der Hochschule Bremen haben daraufhin einen Entwurf für ein Wohn- und Geschäftshaus verfasst mit einer richtig ansprechenden Architektur, die der Ursprungsarchitektur sehr nahe kommt.

Ich kann Ihnen nur empfehlen, sich in den entsprechenden Büchern vielleicht die Bilder einmal anzusehen. Das heißt, ein Umbau ist möglich, ist allerdings nicht zwingend. Daher bitte ich Sie, vielleicht doch unseren Antrag anzunehmen, weil ich denke, er ist der weitergehende. Er bezieht sich nicht nur auf dieses Kaufhaus Bamberger, sondern er sagt explizit, wir müssen beide Varianten prüfen. Es kommt wirklich darauf an, was das teurere Objekt ist, wo die günstigeren Mieten für die Existenzgründer zu erreichen sind.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine Bitte äußern! Ich halte den Standort für ein Gründerzentrum auch in Erinnerung an Julius Bamberger für prädestiniert, egal, ob es sich um einen Altbau oder einen Neubau handelt. Der Senat bekommt heute seine Aufgabe, die er erfüllen muss, und ich erinnere noch einmal: Julius Bamberger konnte zu seinen Lebzeiten keine Wiedergutmachung für erlittenes Leid des Naziregimes, das es auch in Bremen gab, erfahren. Wiedergutmachung ist aber auch nicht immer nur eine finanzielle Frage, Wie-

dergutmachung heißt auch, nicht zu vergessen. Darum schlage ich vor, das künftige Medienhaus, egal, ob es ein Alt- oder ein Neubau ist, Julius-Bamberger-Haus zu nennen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zum Sachverhalt, was das Bamberger-Haus angeht! Folgendes ist vorgesehen als Nutzung für dieses Gebäude, und zwar Flächenanmietung durch Radio Bremen, im Wesentlichen für Büros und Verwaltung. Als Größenordnung wurden mir etwa 2000 Quadratmeter genannt. Dann etwas, was „Gründerzentrum“ heißt, ich setze das einmal in Anführungsstriche! Ich glaube, das sehen wir alle nicht so eng, dass es sich nur um Gründer handeln darf, sondern ich glaube, die Öffnung für kleine, durchaus junge, aber natürlich medienorientierte Unternehmen ist hier der Zweck der Veranstaltung, im Moment geht man von 1500 Quadratmetern aus. Dann will man die anderen Flächen einfach frei an Unternehmen aus der Medienbranche und diesen Bereich affine Unternehmen vermieten. An der weiteren Präzisierung, Konkretisierung dieses Konzepts wird im Moment gearbeitet, und ein Hinweis: Mit dem Nebengebäude Deutscher Ring stehen hier natürlich weitere Flächen zur Verfügung, wie ich davon ausgehe, dass im gesamten Umfeld in der Faulenstraße eigentlich weitere Potentiale für günstige Mietmöglichkeiten, Büroräume vorhanden sind!

Die BIG hat einmal geprüft, ob ein Neubau oder eine Renovierung/Sanierung dieses Gebäudes hier sinnvoll ist. Die Ergebnisse, wie sie im Moment aussehen, lauten, das nimmt sich, was das Finanzielle angeht, nichts, so dass wir da etwas abwarten müssen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass der Senat sich gerade mit einem Sachstandsbericht befasst hat. Zum Medienzentrum kann ich auch ankündigen für die Wirtschaftsdeputation - ich glaube, in gut 14 Tagen tagt sie -, dass wir diesen Sachstandsbericht dort vorlegen. Da lautet es, dass eine Entscheidung über das Bamberger-Haus erst nach Untersuchung der wirtschaftlichen Tragfähigkeit bezüglich Abriss/Neubau beziehungsweise Sanierung hier fallen soll.

Wenn es um Sanierung geht, kann ich nur sagen, dass hier niemals eine Luxussanierung, wie Sie es formulieren, angestrebt wird, sondern immer eine, sage ich einmal, sachorientierte, angemessene Sanierungslösung. Den Vergleich mit dem Speicher XI, den ich für hervorragend gelungen halte und dessen Substanz ich nun doch noch

deutlich höher bewerte in seiner Außenwirkung als das Bamberger-Haus, würde ich da nicht unbedingt heranziehen.

Vorgesehen ist eine Investorenausschreibung. Ich kann mir vorstellen, dass man es dann bei der Investorenausschreibung auch offen lässt, ob hier eine Sanierung des Gebäudes oder ein Neubau des Gebäudes angeboten wird. Wesentlich ist immer die Funktionsgerechtigkeit für die Nutzung, und dann sollten wir ein Ziel haben, das eindeutig formuliert wurde bei der Gesamtveranstaltung Medienzentrum an diesem Standort, das war immer die städtebauliche Attraktivität beziehungsweise Erneuerung dieser besonderen Ecke. Ich denke, das sollte ein wesentliches Kriterium bei der dann zu fällenden Entscheidung sein. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/38 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 16/38 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/48 S abstimmen.

Wer dem Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 16/48 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Wirtschaftliches Betreibermodell für Jugendfreizeitheime

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 2. Oktober 2003
(Drucksache 16/32 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Röpke, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Knigge.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es jetzt im Bereich der Sozialpolitik noch einmal mit einem Tagesordnungspunkt zu tun, bei dem es um die Fragestellung geht, in welcher Weise eine Kommune ein bestimmtes Angebot gewährleisten soll. Hier zeigt sich auch noch einmal deutlich, dass wir als SPD-Fraktion auch sehr gut mit der CDU zusammenarbeiten können. Deswegen können wir jetzt hier auch eine Debatte erwarten, die im Hinblick auf unsere beiden Fraktionen sehr eng beieinander ist. Das erkennt man schon daran, dass wir hier einen gemeinsamen Antrag vorgelegt haben, der noch einmal deutlich macht, was wir wollen.

Wenn wir uns das Anpassungskonzept anschauen, dann muss man sagen, vor vier Jahren war das ein sehr heiß debattiertes Thema, vor allem deswegen, weil auf der einen Seite Kürzungsquoten drohten und auf der anderen Seite die Zielsetzung formuliert wurde, dass man das Wissen um die Jugendarbeit der Stadtteile in Zukunft stärker mobilisiert, dass man Stadtteilbudgets herstellt, dass man in den Stadtteilen Entscheidungen darüber fällt, welche Angebote der Jugendarbeit gefördert werden sollen und welche Angebote der Jugendarbeit vielleicht auch geändert werden sollen. Die Budgets einzuführen war nicht ganz einfach, weil es dazu führte, dass manche Stadtteile mehr und manche weniger Geld haben. Ich glaube aber, am Ende ist der Konsens in der Stadt doch relativ groß gewesen zu sagen, man bemisst die Höhe der Budgets der Stadtteile daran, wie viele Jugendliche da leben, und man bemisst sie daran, welches Maß der sozialen Benachteiligung es in diesen Stadtteilen gibt.

Die Verantwortlichkeit der Stadtteile hat sich auch wirklich durchgesetzt, und man kann sagen, dass die Diskussionen um das Anpassungskonzept sehr sinnvoll waren. Wir können mit Ergebnissen

aufwarten, die mich durchaus positiv stimmen. Wir haben dabei schon immer das Problem gehabt, dass es um das Verhältnis von freien Trägern im Bereich der Jugendarbeit zu den kommunalen Einrichtungen immer Diskussionen gegeben hat, dass es immer darum ging, dass die freien Träger beklagt haben, dass sie nicht auf gleicher Augenhöhe verhandeln können, weil das Amt für Soziale Dienste immer einem gewissen Zielkonflikt unterlag, nämlich einerseits die Jugendhilfeplanung selbst zu organisieren und andererseits auch selbst solche Angebote durchzuführen.

Wir haben festgestellt, dass die freien Träger dringend Unterstützung benötigen, um überhaupt qualifiziert auf Stadtebene die Debatten begleiten zu können. Deswegen bin ich auch froh, dass es uns gelungen ist, eine Finanzierung auf die Beine zu stellen, so dass die Wohlfahrtsverbände jetzt eine zusätzliche Kraft haben, die sich daran beteiligt, für die freien Träger in den entsprechenden Ausschüssen deren Interessen zu formulieren.

Die Jugendarbeit ist in der Stadt Bremen nicht unbedingt ein Bereich, der an allen Stellen hohe Akzeptanz hat, aber wir müssen deutlich sagen: Dadurch, dass wir die Verankerung in den Stadtteilen hinbekommen haben, hat die Akzeptanz deutlich zugenommen, und auch die politische Unterstützung für den Erhalt der Etats ist erheblich angewachsen. Deswegen bin ich auch guter Dinge, dass das, was Frau Röpke vorhin in der Fragestunde schon deutlich gemacht hat, auch Wirklichkeit wird, dass wir es im Bereich der stadtteilbezogenen Jugendarbeit nicht mit Kürzungsquoten zu tun haben werden.

Aber auch in der Fragestunde ist ja schon deutlich geworden, welche Schwierigkeiten es beim Aushandeln der Stadtteilbudgets gibt, da wir de facto mit zwei Währungen agieren; natürlich einmal mit der Währung Euro, aber auf der anderen Seite auch noch einmal mit der Währung Beschäftigungsvolumen, also Stellen in der öffentlichen Hand, und das führt oft dazu, dass die Budgets eben nicht so einfach zu berechnen sind, dass es Probleme gibt, wenn Stellen in den kommunalen Einrichtungen nicht besetzt werden können, wie sich das Ganze im Hinblick auf die freien Träger und die Stadtteilbudgets darstellen kann.

Wir haben festgestellt, dass einzelne Einrichtungen sehr gut und leistungsfähig sind, aber wir haben auch festgestellt, dass bei anderen Einrichtungen die Leistungsfähigkeit verbessert werden kann. Deswegen haben wir jetzt hier einen Antrag vorgelegt, der genau zum Ziel hat, die Leistungspotentiale zukünftig in höherem Maße auszuerschöpfen, als es uns bisher gelungen ist. Deswe-

gen fragen wir ganz deutlich nach Möglichkeiten, wie man Jugendarbeit in Zukunft wirtschaftlicher, also sinnvoller betreiben kann, und wir sagen ganz deutlich - das ist ja auch schon durch die Presse gegangen, und auch da ist relativ viel Einvernehmen über die Fraktionen deutlich geworden -, wir stellen auch in Frage, ob dieses Betreibermodell in Form einer kommunalen Angebotsstruktur angesichts der Probleme, die wir auf Stadtteilebene haben, für den Bereich Jugendarbeit noch angemessen ist.

So erwarten wir jetzt vom Ressort, dass es uns bestimmte Antworten auf die Fragen gibt, wie man qualitative Maßstäbe in Zukunft besser erfüllen kann, welche Trägerstruktur am sinnvollsten ist, welche Möglichkeiten es gibt, bestimmte Probleme, die wir gehabt haben, auch tatsächlich abzuschaffen. Über die Budgets habe ich ja schon gesprochen. Wir haben auch andere Schwierigkeiten gehabt. Ich erinnere an die Diskussion mit Frau Stahmann in der Frage, warum wir es nicht schaffen können, dass die Jugendlichen selbst über Teilbudgets innerhalb der Jugendfreizeitheimen verfügen können. Das ist uns damals nicht gelungen, weil der Finanzsenator gesagt hat, dass es aus systematischen Gründen nicht möglich sei, innerhalb der Jugendfreizeitheimen solche Budgets aufzustellen. Da haben wir es mit sehr komplizierten Strukturen zu tun gehabt, die uns noch einmal mehr deutlich gemacht haben, dass es möglicherweise besser ist, eine andere Trägerstruktur zur Grundlage zu nehmen.

Ich will jetzt nicht präjudizieren, was am Ende bei einem solchen Prüfauftrag, den wir dem Ressort gegeben haben, herauskommt. Allerdings möchte ich deutlich sagen, dass wir es mit einem Bereich zu tun haben, wo schon jetzt die freien Träger in großen Teilen sehr viele Angebote geschaffen haben, die nach meinem Eindruck mindestens so leistungsfähig sind. Deswegen kann ich hier deutlich machen, dass ich und wir als Fraktion es auch durchaus in Betracht ziehen, dass am Ende dabei herauskommt, dass die freien Träger aus dieser Debatte, die wir jetzt begonnen haben, in einer Weise hervorgehen, dass sie auch zusätzliche Aufgaben in der Jugendarbeit übernehmen können. Ich bin da jedenfalls guter Dinge. Ich denke, dass wir an dieser Stelle auch durchaus gut mit allen Fraktionen zusammenarbeiten, und hoffe, dass wir das Anpassungskonzept weiterhin auf der Erfolgslinie fortführen können, denn damit erreichen wir aus meiner Sicht eine weitere Etappe.

Wir haben mit den Stadtteilbudgets den ersten Schritt gemacht, in diesen Bereich Bewegung hineinzubringen. Wenn wir jetzt über die Effizienz, über die Trägerstruktur und über die anderen Möglichkeiten offensiv diskutieren, werden wir

noch mehr Bewegung in einen Bereich bekommen, der das bitter nötig hat. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat der Abgeordnete Bartels.

Abg. **Bartels (CDU)**¹⁾: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollege Pietrzok, ich kann im Namen meiner Fraktion größtenteils das unterstreichen, was Sie hier gerade ausgeführt haben. Ich finde, das ist ja auch umso interessanter nach der Aktuellen Stunde, die wir vorhin hatten, möchte ich ja schon fast sagen.

Wir wollen die Neuorganisation der Bremer Jugendfreizeitheimen mit dem Ziel der Beteiligung der freien Träger. In den letzten Tagen gab es auch einen aktuellen Hintergrund mit der zum Glück abgewendeten Schließung des Jugendfreizeitheims Oslebshausen. Ich begrüße das außerordentlich. Die Arbeitsverträge von zwei Sozialpädagogen mit je einer halben Stelle konnten kurzfristig verlängert werden, aber diese Irritationen kamen aufgrund des Einstellungsstopps im Amt für Soziale Dienste, und es ist unzweifelhaft, dass die Leistungsfähigkeit der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit dadurch beeinträchtigt wurde.

Der Fall Oslebshausen ist nur ein aktueller Hintergrund, aber er zeigt doch, dass es auf die Tagesordnung gehört und Handlungsbedarf gibt, sich konzeptionell mit der Organisation von Jugendfreizeitheimen zu beschäftigen. An diesem Beispiel sehen wir, dass wir ebenso wie bei der Ver selbständigung der Kindertageseinrichtungen aufgefördert sind, neue Wege zu gehen, und fordern den Senat auf, uns in diesem Antrag entsprechend ein Konzept vorzulegen. Wir benötigen Antworten darauf, wie wir stärker Kooperationsmöglichkeiten und damit Synergien schaffen, die Angebote und Personalausstattungen in den Freizeitheimen vor Ort bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und ihren Finanzierungsbedarf transparenter machen zu können. Wir brauchen wirtschaftliche Betreibermodelle, die auch das Einwerben von Drittmitteln und das Erwirtschaften von Eigenmitteln ermöglichen. Dazu gehört es, die Freizeitheimen aus der städtischen Verantwortung in die neue Rechtsform zu entlassen.

Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die SPD die Jugendfreizeitheimen nun endlich aus der Behördenstruktur ausgliedern möchte, auch unter

¹⁾ Vom Redner nicht überprüft.

Beteiligung der freien Träger. Wir verweisen hier ausdrücklich darauf, dass in einem solchen Konzept auch freie Träger auftauchen sollen. Ich habe schon in der Aktuellen Stunde einiges gesagt, und ich finde, dass wir dazu kommen müssen, dass jeder Cent, den wir ausgeben, auch tatsächlich dort ankommt, wo er dringend benötigt wird, nämlich bei den Kindern und Jugendlichen. Deshalb sind auch hier die Gespräche mit den freien Trägern zu führen und bei der Erstellung eines Konzepts die Verantwortlichen und Jugendlichen in den Freizeitheimen mitzunehmen und einzubeziehen. Auch hier ist Profilbildung unter pädagogischen Gesichtspunkten von uns ausdrücklich gefordert. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass die einzelnen Einrichtungen sich stabilisieren.

Auch sind weitere Formen der Selbstöffnung gefragt - einige Jugendfreizeitheime praktizieren das ja schon - hin zum Stadtteil und Schaffen vielfältiger Kooperationen und Synergieeffekte, die wir brauchen. Bei den Überlegungen über die Neuorganisation und die Angebote der Jugendfreizeitheime muss natürlich die Frage der Zusammenarbeit mit Ganztagschulen auch einbezogen werden. Auch hier ergeben sich Effekte und vielfältige Möglichkeiten, Angebote gemeinsam unter pädagogischen Gesichtspunkten fort- und weiterzuentwickeln.

Es geht hier, das muss ich deutlich sagen, nicht um Sparpotentiale, sondern darum, die Jugendfreizeitheime zukunftsfähig zu machen. Auch sind wir der festen Überzeugung, dass die Jugendlichen mit der Übertragung von Teilbudgets ihre Angebote selbst gestalten können und hier eine höhere Identifikation mit den Einrichtungen und deren Angeboten erreicht wird. Wir erwarten die Vorlage des Konzepts in der März-Sitzung des nächsten Jahres und werden dann auch noch einmal in der Breite, denke ich, unsere Überlegungen austauschen. Ich freue mich aber, dass wir in der Breite hier zu einem Konsens gekommen sind und dann ein Konzept erwarten können.
- Herzlichen Dank!

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Crueger.

Abg. Crueger (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pietrzok hat es in seiner Rede schon sehr schön ausgeführt: Wir haben ein Problem bei den Jugendfreizeitheimen. Das aber haben wir nicht erst seit gestern, sondern das ist ein Problem, das auch in den letzten acht Jahren rot-schwarzer Politik seitens der Grünen immer wieder kritisiert wurde. Dass mittlerweile die Bereitschaft in der

Regierungskoalition so groß ist, sich dieses Problems anzunehmen und einen entsprechenden Prüfauftrag an den Senat zu erteilen, finden wir gut und werden deshalb diesen Antrag mit beschließen. Ich denke, man muss aber schon ein paar Probleme deutlich herausarbeiten.

Zum einen, Herr Pietrzok, wurden Sie ja seinerzeit in der Presse sehr breit zitiert, dass zwischen Eigenbetrieb, Übernahme freier Träger und direkter Privatisierung in eine GmbH eigentlich alles als potentielle Option möglich sei. Ich denke, unsere Positionierung ist da klar: Wir wollen an dieser Stelle genauso wenig wie bei den KTH eine Privatisierung um jeden Preis, wir wollen keine GmbH, weil wir meinen, dass das eigentliche Ziel, das wir in der Jugendarbeit verfolgen, nämlich eine qualitativ hochwertige Betreuung, dem Prinzip einer GmbH zuwiderläuft. Außerdem haben wir unserer Meinung nach ein Gesellschaftswesen hier in Bremen, das breit genug gefächert ist, und dem eine weitere Stilblüte einzuverleiben halten wir für unnötig. Andere Ideen, beispielsweise der Eigenbetrieb, sind da sicher schon wesentlich gangbarer und die Richtung, in die man eher steuern muss.

Auf keinen Fall dürfen wir vergessen, dass wir nicht darüber diskutieren, wie wir Kosten möglichst stark minimieren können, sondern darüber, wie wir Qualität steigern sprich Effektivität vergrößern können. Qualität und vernünftige Jugendarbeit gibt es nicht zum Nulltarif. Vor diesem Hintergrund ist es natürlich auch spannend, sich die bisherigen Eckwerte anzuschauen, die für den Jugendbereich beschlossen wurden - wenn sie tatsächlich so durch die Bürgerschaft kommen und letzten Endes den Haushalt für die nächsten zwei Jahre darstellen werden -, und zu sehen, was das dann für den Jugendbereich bedeutet. Ich denke, es sollte möglichst bald offen von Ihnen ausgesprochen werden, an welcher Stelle Sie kürzen wollen. Aus unserer Sicht können Sie mit dem Finanzumfang, der dort behandelt wird, nicht all die Einrichtungen weiter finanzieren, die wir jetzt noch haben und die jetzt schon finanziell äußerst klamm sind und sich von Jahr zu Jahr und von Förderung zu Förderung hangeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das Anpassungskonzept muss vor diesem Hintergrund unangetastet bleiben und von der Kürzungsquote ausgenommen werden. Ich denke, da haben wir einen Konsens. Das wird, da setze ich einmal mein Vertrauen in Sie, so auch passieren. Anderenfalls wäre dieses Konzept hinfällig und die einzige Möglichkeit, noch halbwegs vernünftige Jugendarbeit zu machen, verloren. Ich denke aber, auch da muss man durchaus kritisch anmerken, dass natürlich das Anpassungskonzept mit

all seinen Variationen von demokratischen Prozessen in diesem System selbst, von den Möglichkeiten der Stadtteile, das untereinander zu verteilen, nur so lange funktioniert, wie es auch genug Geld zu verteilen gibt. Sobald das Geld, das oben hineinkommt, unten nicht reicht, wird es darauf hinauslaufen, dass man sich unten dann eben auf einer Stadtteilebene einigt, welche Einrichtungen den schwarzen Peter haben, und das ist ein Spiel, das wir nicht mittragen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich möchte für unsere Fraktion noch einige Anregungen mit auf den Weg geben, auch ins Ressort, wenn dieses Konzept entwickelt wird! Zum einen denken wir, dass die Kapazitäten, die das Amt für Soziale Dienste bietet, durchaus auch eine Chance sein können. Wir haben ja bei den Jugendfreizeitheimen vor allem das Problem, dass viele der Mitarbeiter sich an ihren momentanen Stellen nicht mehr wirklich wohl fühlen und gern wechseln würden. Ich denke, eine optionale Rotationsmöglichkeit muss in diesem großen Amt möglich sein. Das gilt nicht nur für den Jugendbereich, sondern das gilt letztendlich für sämtliche Bereiche von Sozialarbeit, dass man dort vernünftige Möglichkeiten für Mitarbeiter findet, auch regelmäßig zu wechseln, wenn ihnen danach ist, denn schließlich dient das nur einer möglichst guten Sozialarbeit im ganzen Land Bremen.

Die Ganztagschulen sind ja ein etwas, sage ich einmal, kritisches Thema, vor allem im Sozialressort. Ich denke aber, wenn wir Jugendfreizeitheime mit so einem Konzept zukunftsfähig machen wollen, dass wir die Schnittstelle zu Ganztagschulen nicht außer Acht lassen dürfen. Dann müssen wir von vornherein Konzepte erarbeiten, die eine Möglichkeit für Jugendfreizeitheime bieten - dann nämlich für die Mitarbeiter in diesen Einrichtungen -, so mit dem Bildungsressort zu kooperieren, dass beiden Seiten gedient ist und dass nicht die eine Seite den Kürzeren zieht, und das ist im Zweifel, das haben auch die bisherigen Erfahrungen gezeigt, immer die soziale Seite, und dass wir eine vernünftige Basis finden, auf der wir in Zukunft eine engere Verzahnung hinbekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schlussendlich möchte ich dafür plädieren, dass wir bei all diesen Bestrebungen nicht vergessen, dass wir als Politik nicht im luftleeren Raum agieren, sondern dass es Betroffene und Mitarbeiter gibt, die verunsichert sind, dass es Jugendliche gibt, die eigene Gestaltungsmöglichkeiten haben. Wir diskutieren hier immer groß über das Wahlalter 16 und bekommen es dann wegen einer der

drei Fraktionen hier doch nicht hin. Ich denke, das ist eine Möglichkeit, wenn wir versuchen, Jugendfreizeitheime vor allem natürlich den Jugendlichen angemessen zu gestalten.

(Unruhe bei der CDU)

Natürlich ist es die CDU, die das Wahlalter 16 nicht will, aber ich glaube, das ist mittlerweile schon eine Binsenweisheit, die man gar nicht mehr für das Protokoll sagen muss!

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Immer wieder!)

Wenn wir versuchen wollen, Jugendfreizeitheime für Jugendliche attraktiver zu machen, dann müssen wir natürlich auch Jugendliche in diesen Gestaltungsprozess einbeziehen und - was wir beim runden Tisch Bildung versucht haben und was nach Meinung unserer Fraktion nicht gelungen ist - zumindest bei den Jugendfreizeitheimen diesen Ansatz verfolgen, möglichst einen breiten Diskussionsprozess auf die Beine zu stellen, dessen Ergebnisse dann auch wirklich in die Entscheidungsfindung mit einfließen. Ich denke, wenn wir das schaffen würden, das wäre ein großer Erfolg. Ansonsten warten wir ebenfalls die Ergebnisse ab und werden an dieser Stelle sicher weiterdiskutieren. - Ich bedanke mich!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort hat Frau Senatorin Röpke.

Senatorin Röpke: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Jugendfreizeitheime beziehungsweise die Jugendarbeit befinden sich seit 2000 doch in einer ziemlichen Umbruchphase. Es ist sehr viel passiert, was zuletzt auch gemündet hat in das Anpassungskonzept, und aus meiner Sicht hat sich dieses Anpassungskonzept trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen bewährt. Dadurch ist auch etwas in Gang gekommen. Es hat mehr Verankerung in den Stadtteilen gegeben, die Menschen in den Stadtteilen identifizieren sich mit ihren Projekten. Sehr zu begrüßen ist auch, dass die Träger mit den Jugendfreizeitheimen, mit anderen Einrichtungen in den Stadtteilen intensiver zusammenarbeiten.

Vor allen Dingen hat es auch etwas bewirkt, dass die Beteiligung der Jugendlichen stärker in den Blick genommen worden ist. Es wird kein neues Projekt mehr geben, zum Beispiel Umbau, Neubau von Jugendfreizeitheimen, an denen Jugendliche nicht intensiv beteiligt werden. Das sind nur kleine Entwicklungspunkte, die deutlich machen, es hat sich etwas in den Stadtteilen getan, und wir

müssen auf jeden Fall dieses Anpassungskonzept absichern. Es hat im Übrigen auch den Blick geschärft in den Stadtteilen, wie die Stadtteile, die Controllingausschüsse mit dem Geld wirtschaften. Sie fragen ganz genau nach: Ist das ein sinnvolles Projekt, wozu dient dieses Projekt, ist das Geld gut angelegt? Auch das, finde ich, ist ein richtig guter Fortschritt.

Das Geld, meine Damen und Herren, ist knapp, und ich fürchte, es wird knapp bleiben, jedenfalls auf absehbare Zeit. Insofern ist es richtig und klug, sich noch einmal die Strukturen vor Augen zu führen und insbesondere vor dem Hintergrund zu fragen: Ist es betriebswirtschaftlich günstig, ist es kostengünstig, gibt es Möglichkeiten, neue Synergien zu schöpfen? Dadurch darf natürlich die Qualität der inhaltlichen und pädagogischen Arbeit nicht leiden, das ist hier auch schon gesagt worden. Das muss aber auch kein Widerspruch sein. Ich denke, man bekommt beides hin, dass man den Ressourceneinsatz überprüft, aber gleichzeitig auch Qualitätskriterien formuliert und das zueinander bringt.

Ich halte im Übrigen sehr viel davon, dass wir die Ganztagschulen da mit einbeziehen. Ich bin schon eine Anhängerin davon, dass man die Ganztagschulen auch in den Mittelpunkt stellt von Erleben von Schülerinnen und Schülern, wo sie ihren Anlaufpunkt haben. Dass man dahin den Kristallisationspunkt für Jugendliche entwickelt und wir die Freizeitheime oder andere Einrichtungen für Jugendliche auch dahin orientieren, ist für mich absolut sinnvoll. Insofern, denke ich, liegen wir auch da sehr eng beieinander. Wir werden diesen Auftrag gern mitnehmen.

Wir sind zurzeit schon dabei, uns auch noch einmal anzusehen, wie es eigentlich in anderen Städten läuft. Gibt es dort Entwicklungen, Tendenzen, Projekte, Strukturen, von denen wir lernen können? Auch das werden wir auswerten und in den Bericht, wenn es sich denn lohnt, daraus etwas Positives zu ziehen, mit aufnehmen. Wichtig ist aber aus meiner Sicht, wenn wir dieses Konzept vorlegen, wenn wir unsere Vorschläge entwickeln, dass das Anpassungskonzept weiterhin unterstützt werden muss, auch durch die neue Struktur. Ich glaube aber auch, das habe ich so verstanden, dass sich darin alle einig sind, und ich bin sehr gespannt auf das, was wir dann im Frühjahr gemeinsam diskutieren können. - Danke schön!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU mit der Drucksachen-Nummer 16/32 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

(Einstimmig)

Ortsgesetz über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 2003
(Drucksache 16/35 S)

Dazu als Vertreter des Senats Senator Dr. Nußbaum, ihm beigeordnet Staatsrat Lühr.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Wiedemeyer.

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zu guter Letzt der Tagesordnungspunkt, der sich heute mit der Einnahmeseite unseres desolaten Haushalts beschäftigt! Wir werden gleich das Ortsgesetz über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer beschließen. Das ist einer der Punkte, die vereinbart wurden im Rahmen der Koalitionsvereinbarung, und ich denke, es ist kein Geheimnis zu sagen, dass es Punkte waren, die uns als Sozialdemokraten besonders am Herzen lagen.

Die Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbesteuer als Erstes! Ich möchte hier in der Diskussion etwaigen Beschimpfungen vorgreifen, es wäre arg unternehmerfeindlich, was wir hier tun. Wir sind der festen Überzeugung, dass es in diesen Zeiten, wo jeder seinen Beitrag zu leisten hat - und wir haben oft genug in den letzten Sitzungen auch über die Beiträge oder möglichen Beiträge von Arbeitnehmern gesprochen -, auch richtig ist zu überprüfen, wie die Hebesätze der Gewerbesteuer aussehen.

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Um die Angst zu nehmen doch einmal kurz ein kleines Beispiel! Wenn wir das Beispiel einer Personengesellschaft mit einem Gewinn von 100.000 Euro haben, das heißt, nach dem, was dann noch übrig bleibt gegenüber dem Finanzamt, wenn man vorher gute Steuerberater konsultiert hat, also dem reinen Gewinn, dann hat man einen Freibetrag von 48.500 Euro, und es ergibt sich bei dem jetzigen Satz theoretisch eine Gewerbesteuer von 8938 Euro, bei dem zukünftigen von 9287 Euro. Das mag relativ viel klingen, aber wir haben derzeit ein Einkommensteuergesetz, das erlaubt, dass das Ganze als Betriebsausgabe berücksichtigt werden kann. Das führt zu einer direkten Senkung der Einkommensteuer von rund 3500 Euro beziehungsweise 3700 Euro, und wir haben dann noch einmal eine Reduzierung der Einkommenssteuer durch direkte Anrechnung der Gewerbesteuer um 4635 Euro, so dass bei einem zu versteuernden Gewinn von 100.000 Euro im Endeffekt 728 Euro nach der alten Regelung als steuerliche Belastung des Unternehmens und 937 Euro nach dem, was wir Ihnen heute als Ortsgesetz an Veränderung vorschlagen, übrig bleiben. Ich denke, dieser Differenzbetrag von etwas über 200 Euro sollte doch durchaus auch ein angemessener Solidarbeitrag der bremischen Unternehmen in diesen wirtschaftlich schlechten Zeiten sein.

Uns ist sehr wohl bewusst - und ich glaube, das Rechenbeispiel zeigt es auch -, dass es nicht darum geht, was am Ende als Belastung übrig bleibt, sondern dass das eigentliche Problem der Belastung nämlich die Frage ist, was passiert eigentlich bundesweit bei einer Gemeindesteuerfinanzreform, mit der Möglichkeit, auch die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer oder als Betriebsausgabe anzurechnen. Da, meine Damen und Herren, glaube ich, ist es unerheblich, ob wir von einer Messzahl von 530 oder 580 reden, sondern da geht es um den Tatbestand selbst, weil dann die Summe, nämlich die 3500 Euro oder die 3700 Euro, insgesamt betrachtet werden muss. Ich glaube, der Senat ist da auch gut beraten, wenn er sich die möglichen Auswirkungen dann auch auf unser Gewerbesteueraufkommen und auf unsere Unternehmen hier ansieht und wir dann, wenn es nötig sein sollte, zu gegebener Zeit noch einmal beraten und vielleicht auch Korrekturen vornehmen.

Der zweite Punkt, die Grundsteuer! Die Grundsteueranhebung ist auch viel diskutiert. Sie betrifft bei der hohen Eigentumsquote, die wir hier in Bremen haben, viele Eigentümer, aber auch so gut wie alle Mieter, da diese Grundsteuer umgelegt wird. Wenn man von einem Durchschnittseinfamilienhaus ausgeht, was bei solchen Berechnungen gern zugrunde gelegt wird, dann wird man darauf kommen, dass die steuerliche Mehrbelastung in-

folge der Hebesatzänderung rund 36,40 Euro jährlich beträgt. Ich glaube nicht, dass 36,40 Euro jährlich, weniger als vier Euro im Monat, ein Grund sein werden zu entscheiden, ob ich mich in Bremen ansiedle und mir ein Haus baue oder ob ich es nicht mache.

Ich glaube, die Frage der Gerechtigkeit stellt sich an ganz anderer Stelle, nämlich wenn wir uns die Einheitswerte ansehen, und das liegt leider nicht in der Hand von Bremen, das zu ändern. Ich glaube, da müssen wir noch einmal schauen und auch sehen, inwieweit man da vielleicht auch von Bremen aus initiativ werden kann. Hier gibt es eine ganz große Ungerechtigkeit, dass nämlich die Einheitswerte so gestrickt sind, dass Leute, die das Glück haben, ein ganz altes Haus zu haben, sehr wenig Grundsteuer bezahlen, aber die Leute, die neu bauen - und das sind in der Regel auch die jungen Familien, die wir gerade nach Bremen holen wollen, denen wir jetzt Grundstücke, auch Herr Strohmann gehört dazu, zur Verfügung stellen wollen, damit sie freihändig bauen können -, müssen unverhältnismäßig viel zahlen. Ich glaube, da muss es zu einer Änderung kommen, und ich bin mir sicher, dass wir auch da gemeinsam, wenn es ansteht, dass wir das diskutieren, zu einer vernünftigen Lösung kommen, die Bremen nicht schadet.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Köhler.

Abg. **Köhler** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bündnis 90/Die Grünen wird dem Ortsgesetzentwurf zustimmen. Wir werden also als Oppositionsfraktion einer Steuererhöhung zustimmen, obwohl wir die gesamte Finanzpolitik, die Haushaltspolitik, die diese Koalition macht, insgesamt ablehnen und daran insgesamt eine sehr heftige Kritik haben. Die betrifft aber nicht den Tatbestand, dass ein Einnahmeproblem in diesem Haushalt besteht. Da existiert vollkommene Einigkeit zwischen der Koalition und der Opposition.

Wir haben im Haushalt jedes Jahr insgesamt Ausgaben über vier Milliarden Euro, wir haben jedes Jahr über drei Milliarden Euro Einnahmen. Da gibt es eine Lücke von einer Milliarde Euro, und man kann sich fragen, wie wird so eine Lücke geschlossen. Eine Möglichkeit, Finanzlücken, Einnahmelücken zu schließen, ist, Schulden aufzunehmen. Das Problem bei Schulden ist, dass sie

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

nichts anderes sind als Steuern, wo sich der Staat nicht traut, sie zum jetzigen Zeitpunkt zu erheben, sondern sagt, wir müssen sie später erheben, wir müssen diese Lasten später kommenden Generationen aufbürden. Das ist mit Sicherheit der falsche Weg. Das, was an Steuererhöhungen möglich ist, ist durchzuführen. Dem werden wir uns als Opposition nicht verschließen, zumal, und das hat die Kollegin Wiedemeyer sehr ausführlich dargestellt, es eine maßvolle Steuererhöhung ist. Es ist also nicht so, dass da irgendjemand über Gebühr belastet wird, sondern es ist ein Beitrag, den sich jeder leisten kann, um die Sanierung Bremens voranzutreiben.

Es gibt momentan noch einen zweiten Punkt im Bundesrat, im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat ist ja der ganze Punkt Gewerbesteuer in der Verhandlung. Es geht darum, die Gewerbesteuer weiterzuentwickeln zu einer Gemeindefinanzierungssteuer. Es geht darum, den Kommunen mehr Geld zur Verfügung zu stellen, also auch mehr Geld für Bremen hereinzuholen. Natürlich ist das Modell, das wir jetzt im Vermittlungsausschuss haben, nicht das, was ursprünglich von den Gemeinden gewollt gewesen ist, aber es ist immer noch ein deutlich besseres Modell als das, das vom Bdl als Alternative vorgelegt worden ist, und es ist besser als das, was jetzt momentan bei der Gewerbesteuer existiert.

Darum fordere ich den Senat auf, dieser Veränderung, der Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zur Gemeindefinanzierungssteuer zuzustimmen. Es ist ein bisschen problematisch, es gibt hier eine große Koalition. Die CDU sagt, dass das alles eher nicht ihr Ding ist, dass sie eher dagegen ist. Ich würde diesen Bremer Senat auffordern, dem zuzustimmen, und zwar deshalb, weil Bremen davon unmittelbar Vorteile hat, und ich glaube, es darf nicht sein, dass Vorteile für Bremen aus parteipolitischen Gründen entgehen. - Herzlichen Dank!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Steuererhöhungen passen eigentlich eher nicht in die Landschaft. Trotzdem werden wir dieser Steuererhöhung zustimmen, weil es im Rahmen der Koalitionsverhandlungen ein Geben und Nehmen war, hier mussten wir geben.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Ihr doch nicht! - Abg. Kleen [SPD]: Ihr armen Geknebelten!)

Deswegen werden wir dieser Verabredung, die wir im Rahmen der Koalitionsverhandlungen getroffen haben, diesen Steuererhöhungen zustimmen. Das ist deswegen halbwegs verträglich, weil es inzwischen sowohl bei den Gewerbesteuern als auch bei den Grundsteuern im Umland und auch in vergleichbaren großen Städten eine Anhebung gegeben hat.

Bei der Gewerbesteuer hat es zuletzt 1985 eine Anhebung in Bremen gegeben. Inzwischen sind andere Kommunen auch sehr viel näher an uns herangekommen oder sogar vorbeigezogen, und deswegen ist es möglich, einer Gewerbesteuererhöhung zuzustimmen. Bei der Grundsteuer verhält es sich ähnlich, obwohl natürlich auch bei den Belastungen, die die Menschen haben, auch Vergleiche zum Umland gezogen werden, und da muss man immer aufpassen, dass wir da nicht zu hohe Kosten haben, sowohl für Eigentümer als auch für Mieter. Wir stimmen diesen Steuererhöhungen notgedrungen zu. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner erhält das Wort Herr Staatsrat Lühr.

Staatsrat Lühr: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bremen steht vor weiteren großen Sparanstrengungen. Der Senat hat deswegen am 28. Oktober einen ambitionierten Sparhaushalt vorgelegt. Es ist unumgänglich, dass alle gesellschaftlichen Gruppen in die Sanierung einbezogen werden. Insoweit sind auch moderate Steuererhöhungen kein Tabu für den Senat. Der Senat hat deswegen am 21. Oktober schon im Vorgriff auf den Haushalt 2004 und 2005 beschlossen, die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer geringfügig anzuheben. Wir erwarten dadurch zirka 20 Millionen Euro Mehreinnahmen.

Noch einmal kurz zu den Vorschlägen im Einzelnen: Der Abgeordnete Pflugradt hat bereits gesagt, dass seit 1985 der Gewerbesteuerhebesatz konstant bei 420 geblieben ist. Bremen befindet sich damit am unteren Ende der Tabelle der vergleichbaren westdeutschen Großstädte mit über 500.000 Einwohnern. Auch nach der Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes auf 440 Punkte wird Bremen damit nicht in die Champions-League-Region aufsteigen, sondern weiter im Mittelfeld der bundesdeutschen Großstädte verbleiben.

(Zuruf des Abg. Dr. Schuster [SPD])

Bitte? Wir wollen vom Tabellenplatz nicht wie Werder sein, aber das ist hier auch nicht die Vergleichsbeziehung!

Die bremischen Umlandgemeinden haben im selben Zeitraum ihre Hebesätze größtenteils auch angehoben, und damit ist das Gefälle zum bremischen Hebesatz auch wieder nivelliert worden, so dass wir da keine Schere haben. Der Senat befürchtet insoweit auch keine Standortnachteile für Bremen. Gleichwohl hat der Senat beschlossen, nach zwei Jahren das Gesetz wieder auf den Prüfstand zu stellen, um die Strukturentwicklungen, die sich aus dieser Steuerpolitik ergeben, auch genauer zu betrachten und dann auf dieser Grundlage der Analyse die weiteren Schritte im Einzelnen zu bestimmen.

Die Grundsteuer beträgt seit 1997 unverändert 530 von 100. Durch die Erhöhung auf 580 wird Bremen im Großstadtvergleich auch keine Spitzenposition einnehmen. Insoweit ist das auch eine moderate Regelung.

Ich kann es mir ersparen, die konkreten Auswirkungen dank der sehr differenzierten Darstellungen von Frau Wiedemeyer hier zu wiederholen und dann auch noch einmal zu der Anmerkung von Herrn Köhler sagen, wir warten jetzt auf das Verfahren beim Bund über die Gemeindefischschaftssteuer. Die Auseinandersetzungen laufen. Insoweit kann ich mich auch nicht als Orakel betätigen. Der Senat hat sich dazu in dem Gesetzgebungsverfahren eindeutig verhalten. Jetzt muss der politische Einigungsprozess ein Ergebnis bringen, das werden wir dann akzeptieren und

umsetzen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Vizepräsident Ravens: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wer das Ortsgesetz über die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, damit haben wir alle Tagesordnungspunkte abgearbeitet. Ich darf Sie nunmehr als Bremerhavener aus der zweitschönsten und -größten Stadt im Lande Bremen verabschieden. Ich wünsche Ihnen eine gute und sichere Heimfahrt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 17.33 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 26. November 2003

Anfrage 12: Düsseldorfer Straße

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wann wird der durch einen Brand im Januar 2002 nicht mehr zu nutzende Mobilbau des Hortes Düsseldorfer Straße abgerissen?

Zweitens: Ist dem Senat bekannt, dass die zurzeit vom Hort genutzten Räume in der Schule Düsseldorfer Straße dringend von der Schule benötigt werden?

Drittens: Kann davon ausgegangen werden, dass die Ersatzräume für den Hort nach den Schulferien 2004 zur Verfügung stehen?

Frau Reichert, Böhrnsen und
Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu eins: Das Gebäude wurde nach dem Brand gesichert, so dass von ihm keine Gefahr für die Kinder ausgeht. Im Zuge der Planung des Wiederaufbaues wird abschließend geprüft, in welchem Umfang auf die noch vorhandene Bausubstanz der Brandruine für den Wiederaufbau zurückgegriffen werden kann. Sobald dieses Ergebnis vorliegt, werden die abgängigen Bauteile abgerissen.

Zu zwei: Die Unterbringung des Hortes im Schulgebäude an der Düsseldorfer Straße wurde durch eine verstärkte Raumauslastung, die Verlegung und Konzentrierung einzelner Fördermaßnahmen sowie durch den temporären Verzicht auf einen Fachraum ermöglicht. Diese Übergangslösung ist angesichts der Notsituation vertretbar, sie kann im Hinblick auf den unveränderten Eigenbedarf der Schule jedoch nur noch begrenzt fortgesetzt werden.

Zu drei: Realistisch ist eine Fertigstellung der neuen Räume für den Hort im November/Dezember 2004.

Anfrage 13: Wohnen in Nachbarschaften

Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist vorgesehen, Mittel des Programms „Wohnen in Nachbarschaften“, WiN, 2003 für

Haushaltseinsparungen 2003 des Senators für Bau, Umwelt und Verkehr einzubringen?

Zweitens: Falls ja, wird es dadurch zu einer Einschränkung der Mittel für das Gesamtprojekt und damit zu einer Einschränkung für die stadtteilbezogenen Projekte kommen?

Drittens: Sind auch im Programm „Soziale Stadt“ im Jahr 2003 Einsparungen vorgesehen, und wirken sich diese gegebenenfalls auf die Finanzierung der WiN-Koordinatoren, konkret Neue Vahr, Blockdiek/Team 2, Hemelingen, aus?

Frau Kauertz, Böhrnsen und
Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu eins: Die Aufgabe bisher nicht verbrauchter WiN-Mittel dient der Vermeidung von Haushaltsresten. Für alle beantragten Projekte stehen Gelder zur Verfügung, weitere Anträge können bewilligt werden. Die Haushaltsmittel für das kommende Jahr sollen fortgeschrieben werden. Die in 2003 aufgegebenen Mittel, für die keine Anträge vorliegen, sollen zeitgerecht dann zur Verfügung gestellt werden, wenn entsprechende Anträge vorliegen.

Dem Senat ist außerordentlich daran gelegen, dass durch eine stringente und effiziente Antragstellung möglichst viele und qualitativ hochwertige Projekte in WiN-Gebieten gefördert werden können, ein optimaler Mittelabfluss gewährleistet wird und somit das Entstehen von Resten frühzeitig vermieden werden kann.

Zu zwei: Nein, wie oben dargestellt wird es zu keiner Einschränkung kommen.

Zu drei: Nein. Einsparungen im Programm „Soziale Stadt“ sind bremischerseits im laufenden Haushaltsjahr nicht vorgesehen.